



22. Juli 1924

## HEINRICH PEUS · DIE WAHLEN IN ANHALT UND IHRE LEHREN

**R**EICHSTAGSWAHL und Landtagswahl sind in Anhalt günstiger ausgefallen als vielfach anderswo. Wir waren nicht zufrieden, wir waren aber auch in keiner Weise niedergeschlagen. Wir konnten schreiben: Die Sozialdemokratie ist ein unerschütterlicher Fels im Land, während die Wähler aller übrigen Parteien wie Flugsand hin und her wehen. Wir haben eine Wählerschaft hinter uns, die, in ihren politischen Idealen grundsatzmäßig, aber vor allem in praktischer Arbeit gefestigt, sich auch durch die schlimmste Demagogie nicht irremachen läßt. Was an persönlicher Gehässigkeit gegen unsern Listenführer, den Verfasser dieses Artikels, verbrochen worden ist, hat alles, was man früher erlebt hat, übertraffen; wie überhaupt die ganze Wahlagitation mit einem Aufwand von Mitteln und einem Grad von Verlogenheit, insbesondere bei der Landtagswahl, geführt worden ist wie nie zuvor. Leider waren dabei die Kommunisten mit in der ersten Reihe: Sie haben kein Wort gegen die Bürgerlichen gesagt; ihre ganze Hetze hat sich nur gegen uns gerichtet.

Im Jahr 1920 haben wir Sozialdemokraten mit 35,77 % der Stimmen bei der Landtagswahl 13 Mandate von 36 errungen. Neben uns gewannen die Unabhängigen mit 18,3 % der Stimmen 6 Mandate. In diesem Jahr gewannen wir mit 37 % der Stimmen wiederum 13 Mandate und die Kommunisten mit 9,5 % der Stimmen 4 Mandate. 1920 gewannen die Demokraten bei der Landtagswahl mit 15,67 % der Stimmen 6 Mandate, diesmal mit 3,53 % der Stimmen nur 1 Mandat. Neben ihnen erzielten diesmal die Bodenreformer mit 1,7 % der Stimmen 1 Mandat. Gegen die Reichstagswahl sank die Wahlbeteiligung von 194 228 auf 175 348 Wähler. Insgesamt wurden also nahezu 19 000 Stimmen weniger abgegeben. Allein die Kommunisten verloren von 22 000 nicht weniger als 6000. Wir hatten nur einen Rückgang von 700 Stimmen. Die sozialistisch-kommunistische Linke stieg trotz dem Verlust der 6000 Kommunisten von 45,5 auf 46,5 % der Gesamtstimmenzahl.

Im Jahr 1920 lehnten wir eine Regierung mit den Unabhängigen ab; wir bildeten mit 13 + 6 eine sozialdemokratisch-demokratische Regierung (2 sozialdemokratische, 1 demokratischer Minister). Im Lauf der 4 Jahre kamen 4 Unabhängige zu uns, wir wurden 17 statt 13, und zuletzt kam von den 2 übriggebliebenen Kommunisten auch noch einer, so daß wir am Schluß der

Gesetzgebungsperiode 18 Sozialdemokraten von insgesamt 36 Abgeordneten waren. Neben uns stand 1 Kommunist und standen die 6 Demokraten; die Regierung hatte 24 oder gar 25 von 36 hinter sich. Seit 6 Jahren hat es nur eine und die selbe Regierung ohne jede Krisis gegeben. Wir standen 1920 mit 13 Sozialdemokraten und 6 Unabhängigen da, und heute sind wir 13 Sozialdemokraten und 4 Kommunisten. Dafür sind auf der Rechten 2 Deutschvölkische aufgetaucht. 1920 waren wir mit den 6 Demokraten 19, heute sind wir mit 1 Demokraten und 1 Bodenreformer 15. Hier liegt die stärkste Veränderung vor. Wir haben die Mehrheit mit den Demokraten verloren, wir haben sie mit ihnen nur einschließlich der absolut unzuverlässigen 4 Kommunisten, und sie wäre (19 gegen 17 Stimmen) kaum regierungsfähig. Immerhin ist eine Rechtsregierung auf die Dauer auch nicht möglich. Ein Vertrauensvotum mit 19 Stimmen gegen 17 (13 Sozialdemokraten, 4 Kommunisten) ist nicht zu erlangen, weil der Bodenreformer das nicht mitmacht, der Demokrat auch kaum, und die beiden Völkischen unberechenbar bleiben. Endlich setzen sich die übrigen Bürgerlichen noch aus nicht weniger als 5 Gruppen zusammen (6 Volksparteiler, 4 Deutschnationale, 3 Landbündler, 1 Wirtschaftsparteiler, 1 Hausbesitzer). Unsere Gegner von der Rechten sind denn auch recht deprimiert, sie sind überzeugt, wenn sie eine Mehrheit für den Bürgerblock jetzt nicht geschafft haben, werden sie sie schwerlich jemals schaffen. Was uns Sozialdemokraten anlangt, so haben wir seit dem November 1918 unsere Macht nie überschätzt. Als wir 1918 22 Mandate von 36 erzielten, neben denen 12 Demokraten standen, haben wir die Regierung mit den Demokraten gebildet. 1920 sind wir keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß wir nicht mit den Unabhängigen sondern nur mit den Demokraten regieren könnten. Und jetzt waren wir gewillt eine Regierung aus 1 Sozialdemokraten, 1 Demokraten und 1 Volksparteiler zu bilden. Wir wären aber auch mit einer Regierung Sozialdemokrat, Demokrat + x (Beamter) zufrieden gewesen, um unter allen Umständen zu positiver Arbeit zu kommen. Die kurzsichtige Haltung der Deutschen Volkspartei hat bewirkt, daß die Entscheidung ganz anders ausgefallen ist. Zwar wurde der Verfasser dieses Artikels als Führer der stärksten Fraktion wieder Landtagspräsident, indem die Rechtsparteien ihre Stimmzettel unbeschrieben ließen, die Kommunisten aber ihrem Führer Besser 4 Stimmen gaben. Bei der Ministerwahl aber wählten die Rechtsparteien einschließlich der beiden Völkischen den bisherigen Präsidenten der Finanzdirektion Knorr mit 17 Stimmen, während unser Kandidat, der bisherige Ministerpräsident Deist, nur 15 Stimmen erhielt (nämlich von den 13 Sozialdemokraten, 1 Demokraten, 1 Bodenreformer), da die Kommunisten es ablehnten ihm in der Stichwahl zu 19 gegen 17 Stimmen zu verhelfen. Da der Minderheitsregierung aber ein Mißtrauensvotum angekündigt wurde, erklärten sich die Rechtsparteien sofort zur Auflösung des Landtags bereit. Diese wurde einstimmig beschlossen. Am 9. November wird neu gewählt werden.

Natürlich hat das närrische Verhalten der 4 Kommunisten schon gewaltig zu unseren Gunsten gewirkt. Es ist zu hoffen, daß der neue Landtag für uns wieder noch besser werden wird. Auch die Demokraten und die Bodenreformer sind zu einem entschlossenen Kampf gegen die bereit, die die Herrschaft eines Bürgerblocks auch in Anhalt anstreben. Dieser kommt nicht zustande, wenn unsere Partei ernstlich und andauernd bestrebt sein wird im Geist fruchtbarer Arbeit zu wirken.

Solche fruchtbare Arbeit haben wir schon seit 1918 geleistet. Wir haben die richtige Grundwertsteuer geschaffen, die reine Bodensteuer, am gemeinen Wert gemessen, stark progressiv. Diese hat uns auch auf dem Land bei den kleinen Grundbesitzern Sympathieen erworben. Wir haben auf dem Land ganz allgemein besser abgeschnitten als in den Städten. Die Landarbeiter zumal haben vortrefflich für uns gewählt. Die 22 000 Morgen Land, die wir bei nur 4mal so viel Familien im Land an kleine Leute (leider nur in Pacht) gebracht haben, sind sehr wirksam gewesen. Auch hält unser Ziel: den Landarbeiter zum Grundbesitzer und Hausbesitzer, zum Heimstättenbesitzer auf eigener Scholle zu machen, die Landarbeiter und auch schon kleine Landwirte bei unserer Fahne. Es hätte nur noch viel mehr darin geschehen müssen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Geldnot, die Baunot waren uns aber dabei sehr im Weg. Auch hat uns noch die alte Bureaukratie von früher gehemmt, gegen die unser Genosse, der als zweiter Minister fungierte, energischer hätte auftreten sollen. Er wurde das Opfer der Entwicklung.

Sehr genützt hat uns bei der bessergestellten Arbeiterschaft unsere höchst energische Siedelungstätigkeit. Die 3000 Einfamilienhäuser, die wir in 4 Jahren geschaffen haben, sind ein starkes Plus für uns im Bewußtsein der Arbeiterschaft, das allerdings bei dem in stärkster wirtschaftlicher Not, in Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit schmachtenden untern Teil der Arbeiterschaft sich noch nicht geltend macht, weil es da noch an dem Vertrauen fehlt etwa auch einmal zu einem Siedelungshaus zu kommen. »Siedelungsbau und Idoschreien kann Proleten nicht befreien«, so lauteten kleine Zettel, die die Kommunisten an die Häuser klebten. Im ganzen aber hat doch gerade unsere Heimstättenarbeit sehr erfolgreich für uns gewirkt. Die diese positive Arbeit verwerfenden Kommunisten sind vornehmlich durch Einfluß von außen bei uns zu Stimmen gekommen. Wittenberg-Piesteritz, Bitterfeld, Mansfeld und Staßfurt haben uns die meisten Kommunisten gebracht. Ohne diesen Einfluß von an der Grenze liegenden Großbetrieben, in die unsere Presse nicht stark genug eindringt, weil unsere beiden anhaltischen Blätter natürlich in Preußen nicht gehalten werden, hätten es die Kommunisten nicht entfernt auf den vierten Teil der Stimmen gebracht, die *wir* hinter uns haben. So haben sie in Dessau nur ein Sechstel, in Köthen nur ein Zwanzigstel, in Hoyen nur ein Achtel, in Radegast nur ein Einundzwanzigstel, in Harzgerode nur ein Vierzigstel, in Gernrode ein Zehntel unserer Stimmen erreicht.

Außerordentlich geschadet hat die Reichspolitik, die in der Wählerschaft irrigerweise durchweg als ein Werk der Sozialdemokratie angesehen worden ist. Die auf der Landwirtschaft schwer lastenden Reichssteuern sind uns angerechnet worden, die Notwendigkeit hohe Gewerbesteuern zu erheben hat den kleinen Mittelstand gegen uns aufgebracht, die schlechte Bezahlung der unteren und mittleren Beamten ist als durch uns verschuldet aufgefaßt worden. Jetzt erst vollzieht sich ein Wandel darin. Vor allem aber wirkt gegen uns die bittere Notwendigkeit einerseits die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen aufrechterhalten und andererseits allmählich mit der Miete doch auf den natürlichen, dem Herstellungswert der Wohnungen entsprechenden Betrag hinaufklettern zu müssen. Wenn die Wohnungsnot uns einmal nicht mehr plagt, dann dürfen wir auf eine Gesundung unserer Partei rechnen. Darum muß alles geschehen, um den Wohnungsbau zu fördern. Bei der Besteuerung von Gebäudewerten bleibe für jeden Staatsbürger ein Wohn-

hauswert bis zu 10 000 Mark steuerfrei, um den Anreiz sich diesen Wert, diesen kulturell höchst bedeutungsvollen Gebrauchswert, zu verschaffen denkbar stark zu machen. Schon hat sich in mehreren Orten Anhalts ein Kleinhausbesitzerverein gebildet, der bei der Wahl für die Sozialdemokratie agitiert, so auch in der Stadt Bernburg, ein Hausbesitzerverein, der die Interessen derjenigen wahrzunehmen sich anheischig macht, die ihr Haus nur zum Gebrauch für sich haben wollen. Es ist klar, daß es höchst wertvoll ist, wenn wir diese in unseren kleinen Städten und auf den Dörfern sehr zahlreichen Kleinhausbesitzer durch Steuerfreiheit für ihr Haus (nicht für den Boden) den rechtsgerichteten Hausbesitzerorganisationen entfremden. Auch der Handwerksmeister und kleine Gewerbetreibende ist, solange er nicht von der Arbeitskraft vieler für ihn Arbeitenden einen erheblichen Gewinn erzielt, von der Gewerbesteuer frei zu lassen. Ebenso der kleine Landwirt, wie denn auf dem Land die progressive Grundwertsteuer die Hauptsteuer sein sollte, weil sie leicht gerecht abzuschätzen ist und dem Fleißigen und Tüchtigen keine höhere Belastung bringt als dem Faulen und Unfähigen.

Wir setzen uns so das Ziel eine Partei der Arbeit, nicht bloß der Arbeiter, zu werden, eine Partei der produktiven Arbeit in Stadt und Land, der Industriearbeiter wie der Landarbeiter, aber auch der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden und natürlich auch der Angestellten und Beamten. Indem wir uns ferner zum Ziel setzen jeden Staatsbürger, der will, zum Grund- und zum Hausbesitzer zu machen, stellen wir uns eine Aufgabe, die allgemeine Begeisterung weckt und an sich selber ein wichtiges Stück Arbeit darstellt.

Unsere Partei in Anhalt hat durch die letzte Wahl ein stabiles Fundament aufgewiesen. Alle schlimmen Verhältnisse der letzten Jahre (die Inflation, die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit, die Wohnungsnot) haben uns die Treue von 37 % der Bevölkerung nicht rauben können. Die 9,5 % Kommunisten gilt es für uns zurückzugewinnen. Die 46,5 %, die wir zusammen haben, sind bei einer Fortsetzung unserer positiven Politik unter günstigeren Verhältnissen leicht wieder auf 50 % und mehr zu steigern, besonders wenn man bedenkt, daß sich schon die 1,7 % Bodenreformer neben uns gesammelt, und die 4,5 % Völkischen in der Zeit vom 4. Mai bis zum 22. Juni von 12 000 auf 8000 vermindert haben. Schon jetzt können wir eigentlich reaktionäre Maßnahmen abwehren, gegen uns 19 Sozialdemokraten, Kommunisten, Bodenreformer und Demokraten (13 + 4 + 1 + 1) können unsere 17 Gegner rechts nichts ausrichten. Wenn wir noch durch positive Arbeit auch nur 2 Mandate der Rechten wieder abspenstig machen, ist unsere Maßgeblichkeit in der Regierung absolut gesichert, und für Dinge, die in unserm Sinn reif sind, und zu deren Gunsten wir unsere Gegner moralisch niederzwingen können, haben wir dann volle Realisierungsmöglichkeit.

Sich immer den Machtverhältnissen anpassen, das Parteiwohl immer dem Gemeinwohl unterordnen und stets für die unmittelbare Gegenwart arbeiten, ohne doch die Zukunft je aus dem Auge zu verlieren: das ist der Weg, daß wir das Volk für uns gewinnen und unsere Ideale verwirklichen können. Wir sind in Anhalt guten Mutes und haben nur den Wunsch, daß uns die Reichspolitik sowohl nach innen wie nach außen dabei kräftig unterstütze. Bisher hat es daran reichlich gefehlt. Auch nicht ohne Schuld der Partei: nach innen wie nach außen. Hoffen wir, daß das nun anders wird.

## MAX SCHIPPEL · DAWESGUTACHTEN UND INTERNATIONALE ARBEITSGESETZGEBUNG

**S**EIT längerer Zeit schon ließ sich voraussehen, daß Deutschlands eigenartige politische und wirtschaftliche Lage zu Meinungsverschiedenheiten auch innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation führen werde, zu deren stärksten und verlässlichsten Stützen Deutschland trotz seinem Ausschluß vom Völkerbund von Anfang an zu rechnen war. Wie weit ist Deutschland, nachdem zur Deckung seiner eigenen Bedürfnisse noch die allmählich bestimmter übersehbaren enormen Leistungen an das Ausland hinzugetreten sind, in der notwendigen Anspannung aller seiner wirtschaftlichen Kräfte wesentlich höher belastet als andere Länder? Und kann es diesen unausweichlichen vereinten Anforderungen ohne tiefste Herabsetzung seiner allgemeinen Lebenshaltung und seiner Akkumulation genügen, falls es, entsprechend den internationalen Washingtoner Beschlüssen vom Herbst 1919, auf seine Produktion nur die gleiche Arbeitszeit und Arbeitsanstrengung wie vor allem England und Amerika verwenden darf?

Die gewöhnlich vorgebrachten und innerhalb gegebener Grenzen durchaus berechtigten Gründe für den Produktionsausgleich bei verminderter oder für die Produktionsvermehrung bei gleicher Arbeitszeit versagen im vorliegenden Fall. Die Vervollkommnung des toten technischen Apparats, die Rationalisierung des gesamten Produktionsprozesses kann und soll in erster Linie die lebendige persönliche Arbeitskraft vor erhöhter Inanspruchnahme schützen. Aber diese vollzogene und weiter sich vollziehende Rationalisierung wird sich in allen modernen Industriestaaten ungefähr im Gleichschritt durchsetzen und durchsetzen lassen. Jedenfalls wird niemand erwarten, und im Ausland wahrscheinlich sogar niemand ertragen wollen, daß in dieser, die ganze internationale Wirtschaftsstellung eines Volkes ausschlaggebend bestimmenden Richtung Deutschland regelmäßig und dauernd einen Vorsprung genießen könnte, groß genug, um die ihm von außen her durch machtpolitische Schicksalsschläge auferlegte riesenhafte Mehrproduktion gleichsam spielend, ohne gesteigerte persönliche Arbeitsanspannung zu vollbringen. Wenn alle denkbare Produktionsrationalisierung Tat und Wirklichkeit geworden ist, wenn deshalb, was ohne Bedenken hier unterstellt sei, alle nichtdeutschen Staaten, in erster Linie gering belastete Staaten wie England und Amerika, mit 8stündiger Arbeit ohne Schwierigkeiten auszukommen vermögen, wenn jedoch weiter, wie man annehmen muß, keiner dieser Auslandsstaaten sich zu irgendwelcher durchgehenden technisch-produktionellen Minderwertigkeit gegenüber Deutschland herabdrücken lassen will und kann: bleibt dann für das besiegte und von fremden Interessen hin und her geworfene Deutschland nicht dennoch als letzter möglicher Ausweg die bittere Pflicht der Mehrarbeit, soweit es über die gleichen oder ähnlichen Aufgaben der glücklicheren, günstiger dastehenden Auslandsstaaten hinaus noch Erfüllungspolitik in dem nun einmal vorgeschriebenen Rahmen treiben soll und will? Wird es nicht mehr und mehr zum baren Widersinn: stets vom ernsthaften Reparationswillen zu sprechen und dabei den einzig verbleibenden Kraftquell zur Verwirklichung jeder ernstzunehmenden deutschen Erfüllungspolitik durch ein internationales Verbot von Arbeitszeitdifferenzierungen abzuschneiden?

Setzt man im Einklang mit Rathenaus bekannten Reparationsberechnungen eine durchschnittliche Jahresarbeit gleich 1500 Goldmark, so deckt sich eine Jahresreparationsleistung von 2½ Milliarden Mark, wie sie als Norm im Dawesgutachten erscheint, mit der Jahr für Jahr fortlaufenden zusätzlichen Arbeit von 1⅓ Millionen Menschen, oder bei durchschnittlich 8stündiger Tagesarbeit: mit dem verlangten Mehrerzeugnis von 500 Millionen Arbeitstagen oder 4000 Millionen Arbeitsstunden. Die Umgestaltung der sachlichen Produktionsvoraussetzungen als international differenzierenden Faktor ausgeschaltet, durch welche unheimliche, unsichtbare Zauberkraft soll diese auferlegte und anerkannte Riesenmehrleistung aufgebracht werden, wenn gleichzeitig eine internationale Differenzierung der Arbeitszeit verpönt und ausgeschlossen bleiben soll?



ALBERT Thomas, der Leiter des Internationalen Arbeitsamts in Genf, dessen Sachverständigkeit, guter Wille und gewinnende Persönlichkeit hier stets anerkannt wurden, hat sich zur Beschwichtigung des unwillkommenen und doch, wie die Dinge lagen, unabwendbaren Meinungs- und Interessenkonflikts eine recht einfache Formel zurechtgelegt. Er schwört vor versammelter Konferenz oder Verwaltungsspitze glattweg auf die Worte des Sachverständigen-gutachtens, in dem allerdings eine bitter zu schluckende Pille (wie ruhig angenommen werden darf: im Hinblick auf das zu überwindende naturgemäße Widerstreben des Patienten) reichlich überzuckert dargeboten ist.

Gleich im Schreiben des Vorsitzenden an die Reparationskommission heißt es hier, in Anknüpfung an die deutsche Note vom 29. Mai 1919: die deutsche Besteuerung müsse »verhältnismäßig genau ebenso schwer« sein wie die irgendeiner der in der Kommission vertretenen Mächte; »mehr als diese Grenze war nicht zu erwarten [?], weniger aber als diese würde Deutschland von den gemeinsamen Nöten befreien und ihm im industriellen Wettbewerb der Zukunft einen unbilligen Vorteil verschaffen. Diesen Grundsatz verkörpert der Plan.« Schon hierbei übersieht Thomas, daß zunächst nur von der Besteuerung, also dem einen Teil der Dreieinigkeit von Reparationslasten geredet wird. Im Bericht selber lauten die Vergleiche zwischen In- und Ausland schon merkbar zahmer: »Das Komitee zweifelt nicht, daß es dem deutschen Volk möglich ist eine Belastung zu tragen, wie sie der Plan ihm auferlegt, ohne daß seine *Lebenshaltung unter den Stand* herabzusinken braucht, der sich dem der alliierten Länder und ihrer europäischen Nachbarn *vergleichen* läßt, die ebenfalls schwere Lasten zu tragen haben, die in hohem Grad auf die Kriegskatastrophe zurückzuführen sind.« Später spricht der Bericht von einer Gleichwertigkeit der Belastung für Deutschland, »wenn es wieder zu voller wirtschaftlicher Blüte gekommen ist«, und nochmals doppelt vorsichtig von einem »Grundsatz« der Gleichbelastung, »welche Einschränkungen man auch immer bei diesem Grundsatz machen mag«. Und immer, wie gesagt, ist die derart verzuckerte Hülle keineswegs der Pille Kern, auf den es zweifellos allein ankommt.

Außerdem hat niemand in der ganzen Welt und vor allem niemand in Deutschland mit den Schlußergebnissen und Schlußforderungen des Berichts zugleich dessen ganze Argumentation und Wortfassung als glaubensverbindliche Heilsbotschaft anerkannt. Am allerwenigsten unsere deutschen Gewerkschaften, an die sich heute Thomas vorzugsweise wendet, nachdem er

sie in der Revue de Paris vom 15. März 1924 nicht gerade mit übermäßiger Hochschätzung in ihrem Verhalten gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt beurteilt hatte. Das Organ des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wies seinerzeit sofort in einer amtlich förmlichen Erklärung die wohlgemeinten Verschleierungen des wahren Sachverhalts scharf und entschieden zurück: wenn auch in der Einleitung zum Gutachten darauf verwiesen sei, daß mit der Reparationsleistung die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht ungünstiger als die aller übrigen Länder sein solle, so »ist das nichts anderes als eine schöne Geste, die in der volkswirtschaftlichen Betrachtung des Gutachtens keinerlei Stütze findet«. <sup>1</sup> Der frühere Staatssekretär Julius Hirsch, eine der wenigen volkswirtschaftlichen Kapazitäten, die in Deutschland von der neuen Strömung seit 1914-1918 emporgetragen wurden, legt, gleichfalls in der Gewerkschaftszeitung, ausführlich dar, daß der Dawesbericht Lage und Aussichten der deutschen Produktion, zum Teil auf Grund von irreführendem deutschen Regierungsmaterial, viel zu rosig male; ein »hauptsächliches Bedenken« liege darin, daß »die Belastung des deutschen Volkes zunächst bedeutend schwerer wird als der Dawesbericht annimmt«. <sup>2</sup> Rudolf Wissell wiederholt in seiner Denkschrift: wir würden »Schweres zu tragen haben . . . bei uns in Deutschland wird noch auf lange Jahre hinaus Schmalhans Küchenmeister bleiben«. Und Kurt Heinig spricht in gleicher Resignation seine Auffassung dahin aus, »daß die Belastung Deutschlands mit der Wiedergutmachung notwendigerweise das Deutsche Reich zum Lande der niedrigen Löhne und der langen Arbeitszeit machen muß«. <sup>3</sup>

Einige Gewerkschaftsblätter mit agitatorisch verengtem Horizont haben freilich hernach den Thomasschen Beweisen aus dem Gutachten Beifall gespendet; sie haben sogar eine beschämende Niederlage der deutschen Regierung in Genf, nicht des eigenen frühern Standpunkts darin erblickt. Es ist jedoch nach wie vor unvorstellbar, daß die eigentliche Gewerkschaftsführung vor der öffentlichen Meinung Deutschlands und der deutschen Arbeiter diese Verflüchtigung der besondern Besiegtenbelastung zu einer reinen Bagatelle und Einbildung jemals vertreten könnte. In den nächsten Jahren werden im Anschluß an den Fortgang der Erfüllungspolitik, die wir als Besiegte und nach allem Geschehenen und Getanen politisch und moralisch nicht ablehnen können und wollen, die zu erwartenden politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen viel zu ernst und leidenschaftlich sein, um für solche Eskamotierungsscherze noch Raum zu lassen.

**N**EUERDINGS ist dies wohl Albert Thomas selber klarer zum Bewußtsein gelangt. In einer Zuschrift, die der Berliner Vorwärts am 8. Juli veröffentlicht, sucht er der wirklichen Sachlage in einer Weise gerecht zu werden, die man meines Erachtens aus innen- und außenpolitischen Rücksichten nicht von vornherein grundsätzlich ablehnen sollte, obwohl über die Zweckmäßigkeit des von Thomas etwas nebelhaft angedeuteten Weges die Meinungen auseinander gehen mögen.

1) Siehe *Gewerkschaftszeitung* vom 28. Juni 1924: Die Gewerkschaften zum Sachverständigen Gutachten. Am 9. Juli 1924 schreibt dagegen das *Schuhmacherfachblatt* in seiner Wochenrundschau bereits ganz seelenruhig: »Wie Havas meldet, haben der englische und der französische Arbeitsminister sich dahin ausgesprochen, daß sich der Sachverständigenbericht auf dem Gedanken . . . der gleichmäßigen Belastung aller Industrienationen aufbaut . . . Das ist in der Tat eine niedliche Ohrfeige für den deutschen Regierungsvertreter.«

2) Siehe *Hirsch Dawesgutachten und Arbeitnehmerinteresse*, in der *Gewerkschaftszeitung* vom 12. Juli 1924.

3) Siehe *Wissell, Heinig und Mierendorff Das Dawesgutachten /Berlin 1924/* Seite 69 und 79.

Sollte man, schreibt Thomas, »zu der Erkenntnis kommen, daß Deutschland, wie es behauptet, gezwungen ist während einer bestimmten Zeit längere Arbeitstage einzuführen«, so müsse dies »sozusagen durch ein gemeinsames Abkommen zwischen ihm und seinen Nachbarn geschehen«. Der Sachverständigenbericht lege neue »Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen« nahe; der Gedanke einer dahingehenden »Aussprache« sei schon vor Monaten erörtert worden. »Ich kann nicht glauben, daß, wenn das Problem so liegt, Deutschland lange zögert auf dem Boden der Gleichberechtigung in eine Aussprache wie diese einzutreten.« Sollte dies für Deutschland auf eine wesentliche Ausnahmestellung beim Achtstundentag abzielen, so scheint die gleichzeitige Thomassche Anregung: »zu suchen, wie Deutschland sich der Ratifizierung [des Washingtoner Beschlusses von 1919], die in England wie in Frankreich sich durchzusetzen scheint, anschließen kann«, fürs erste nicht weiterzuführen. Denn die Washingtoner Fassung gestattet, vom Krieg abgesehen, nur die eine allgemeinere Abweichung von den genau vorgesehenen Vorschriften: »en cas d'évènements présentant un danger pour la sécurité nationale«, »in the event of war or other emergency endangering the national safety« (Artikel 14). Um eine Gefährdung der nationalen Sicherheit handelt es sich jedoch bei Deutschland nicht. Es sei denn, daß man die im Fall der Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen zu erwartenden Zwangsmaßnahmen der Gläubigerstaaten als eine Bedrohung Deutschlands ansieht. Ob eine solche Interpretation anerkannt werden würde, die Ausnahmebestimmung des Artikels 14 deshalb herangezogen werden könnte, ist sehr fraglich.

Die Hauptversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation kann allerdings nach Artikel 402 des Friedensvertrags bei der Aufstellung eines Vorschlags oder eines Entwurfs »auf diejenigen Länder Rücksicht nehmen, in denen das Klima, die unvollkommene Entwicklung der industriellen Organisation oder andere Sonderumstände die Bedingungen für die Industrie wesentlich verschieden gestalten, und sie muß solche Abstufungen in Anregung bringen, die sie für notwendig erachtet, um den besonderen Verhältnissen eines jeden Landes zu entsprechen«. Das wäre jedoch eine Umgestaltung des Washingtoner Entwurfs, die nur von einer Hauptversammlung, nicht von enger begrenzten Vertragsverhandlungen ausgehen könnte. Außerdem brachte dies Thomas früher (nach einer unverkennbar amtlichen Polemik im Reichsarbeitsblatt vom 16. Juni 1924) in Verbindung mit einer »Kontrolle über Deutschland dahin, daß die Mehrproduktion nur zur Zahlung von Reparationen bestimmt sei und nur so lange dauere wie diese«. Ich teile hier die Aufregung des deutschen Reichsarbeitsministeriums, dem auch Hermann Müller als Gewerkschaftsvertreter in Genf zustimmte, nicht so ganz. Eine internationale Tatsachenbeobachtung und -ermittlung auf dem erwähnten Gebiet brauchte durchaus nicht auf eine unerträgliche Verkümmern der »Rechte und Pflichten als souveräner Staat« hinauszulaufen. Dagegen hätte sie den nicht zu unterschätzenden Vorteil zunächst für eine anerkannte internationale Stelle und weiterhin für die internationale Öffentlichkeit die Sonderbelastung Deutschlands schärfer und unbestreitbarer herauszuarbeiten, die internationale Erkenntnis der unvermeidlichen Folgen einer solchen Sonderproduktionsbelastung zu fördern und so einer spätern Umgestaltung der ganzen Reparationspraxis, die nur durch eine neue außenpolitische Orientierung möglich wird, Bahn brechen zu helfen.

Wenn durch das spezielle Arbeitszeitproblem vor allem die internationale Arbeiterschaft an diesen Fragen und Zusammenhängen überwiegend interessiert wird, um so besser. Bisher war hier ihre Unterrichtung, wie in Genf die Reden der englischen und der französischen Delegierten lehrten, sehr einseitig und sehr lückenhaft. Bei näherer Beschäftigung mit der Angelegenheit wird sie sich meines Erachtens sehr bald überzeugen können, daß zwischen deutschen und ausländischen, besonders englischen und amerikanischen, Produktions- und Mehrproduktionsverpflichtungen denn doch der Unterschied wahrscheinlich ganz gewaltig, sicherlich nicht gering ist: gerade nach dem Dawesgutachten.

## META CORSSEN · DIE POLITISCHE TÄTIGKEIT DER FRAUEN NACH DEM KRIEG, HOFFNUNGEN UND WIRKLICHKEITEN

**N**ACHDEM eine Reihe von Staaten der Erde den Frauen die politische Gleichberechtigung gewährt hat (wir in Deutschland sehen auf 5½ Jahre weiblicher Mitarbeit am politischen Leben zurück), muß einmal die Frage gestellt werden, in welchen Auswirkungen sich die politische Mündigkeit der Frauen geltend gemacht hat. Gegen die Berechtigung dieser Fragestellung ist es kein Einwand, daß die Zeit noch nicht lang genug gewesen sei, um irgendwelche sichtbaren Resultate zu zeitigen. Irgendwelche Ergebnisse müssen auch heute schon da sein, oder sind sie es nicht, so ist auch das eine Antwort. Wenn für eine politische Wirksamkeit der Frau, für eine Umwälzung oder Erneuerung des politischen Lebens im Sinn und Geist der Frau ein starker innerer Antrieb vorhanden gewesen ist, so muß er jetzt in seiner Wirkung zu erkennen sein. Gibt es, so lautet allgemein gestellt die Frage, eine spezifisch weibliche Politik? In einer Frauengruppe, die allerdings in vielen Punkten zu der gegenwärtigen Politik in starker Opposition steht, der radikal pazifistischen Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, wird mit großer Entschiedenheit diese Frage bejaht und der »Männerpolitik« der Vergangenheit und Gegenwart eine bessere Frauenpolitik, die die Zukunft bringen soll, gegenübergestellt. Aber nur die Tatsachen können auf eine solche Frage die entscheidende Antwort geben. Wir wollen vor allem diejenigen Tatsachen, die wir bei uns in Deutschland in unmittelbarer Nähe erlebt und beobachtet haben, sprechen lassen.

Als Form für ihr politisches Wirken schien den Frauen vielfach eine eigene Partei das Gegebene zu sein. In Deutschland und auch in fast allen anderen Ländern, in denen die Frauen in die Politik eintraten, wurde die Gründung einer Frauenpartei versucht. Aber fast nirgends ist sie mit Erfolg durchgeführt worden.<sup>1</sup> In Deutschland wurde schon auf der Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine in Hamburg 1919 die Bildung einer Frauenpartei abgelehnt. Alle lokalen Versuche ähnlicher Art scheiterten; so gab es in der Berliner Kommunalwahl 1921 eine parteilose Frauenvereinigung, die kein Mandat erhielt. Sehr bald traten innerhalb der Frauen die parteipolitischen und weltanschauungsmäßigen Gegensätze hervor, wobei sich

<sup>1</sup>) Siehe *Wicksell Women and Political Parties*, in den *International Woman Suffrage News* 1922-1923 Seite 162 f.

namentlich die Frauen, die auf der Seite der rechtsgerichteten Parteien standen, durch ein Zusammengehen mit den Frauen anderer Parteien beeinträchtigt fühlten, und so mußten derartige Vereinigungen immer schnell wieder auseinanderfallen. Nur in einzelnen Fällen konnten zu einem bestimmten Zweck Frauen verschiedener Parteien bei einer Wahl zusammenwirken; in besonderen Frauenfragen haben die Frauen verschiedener Fraktionen gemeinsame Schritte unternommen. Aber für eine eigene Frauenpartei ist keine genügend große Basis gemeinsamer Forderungen und Anschauungen vorhanden; die spezifischen Fraueninteressen reichen dafür nicht aus, da sie auch immer wieder mit den allgemeinen Fragen des sozialen und politischen Lebens verknüpft sind. Sobald die Frauen einmal an politischer Arbeit teilnehmen, werden sie eben in die Parteien gedrängt. Die Gegensätze, die sich im Bund deutscher Frauenvereine seit dem Beginn der politischen Gleichberechtigung immer schärfer herausbildeten, bezeugen das aufs deutlichste. In diesem Sinn gibt es also jedenfalls keine besondere weibliche Politik.

Wollte man nun aus dem Verhältnis, in dem sich die Frauen auf die verschiedenen politischen Parteien verteilen, einen Schluß auf eine bestimmte Zielrichtung des politischen Willens der Frauen ziehen, so haben die Wahlen in Deutschland bisher gezeigt, daß die Frauen in größerer Zahl für die konservativen Parteien und das Zentrum stimmten. Auch die Umschichtung auf der Rechten selber, den Zug zu den Völkischen, wie er sich im Winter 1923-1924 zeigte, haben die Frauen mitgemacht; das konnte man an den Ergebnissen der bayrischen Landtagswahlen am 6. April feststellen. Über die Verteilung der von den weiblichen Wählern bei der letzten Reichstagswahl, am 4. Mai, abgegebenen Stimmen läßt sich noch nichts Genaueres sagen. Es ist zwar in verschiedenen Bezirken nach Geschlechtern getrennt abgestimmt worden, doch liegt im ganzen bis jetzt noch kein authentisches Material vor. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß man nicht fehlgeht, wenn man annimmt, daß die Frauen an dem großen Stimmenzuwachs der Deutschnationalen prozentualer stark beteiligt gewesen sind.

Nach den ersten Wahlen, an denen sich die deutschen Frauen beteiligt hatten, wurden in der Deutschen Zeitung vom 11. Dezember 1920 die Ziele deutschnationaler Frauenarbeit von Emma Witte dahin gedeutet, daß die prachtvollste Gleichgültigkeit der weiblichen Wähler gegen die ihnen zuströmenden "Rechte" zu preisen sei, daß man ausdrücklich für die Frauen auf Anteil an der großen Politik verzichte und es den Männern überlasse auch weiterhin Geschichte zu machen. Dagegen muß betont werden, daß sich in den Frauenkreisen des Zentrums ein ausgesprochener politischer Sinn erkennen läßt. Eine Frauensondernummer der Zeitschrift Das Zentrum vom 15. Juli 1922 zeigte Verständnis für die Notwendigkeit der politischen Bildung der Frau, ihres Hineinwachsens in die Gemeinschaft; sie zieht aus der großen Zahl von Stimmen weiblicher Wähler, die dem Zentrum zugefallen sind, den Schluß, daß jetzt erst recht die Frauen politisch geschult werden müßten. Im übrigen mag es dahingestellt bleiben, ob die Verteilung der Frauenstimmen in Deutschland das Symptom einer allgemeingültigen politischen Einstellung der Frauen ist: In England ist die Zahl der Frauenstimmen in der Arbeiterpartei im Wachsen; in Wien hat bei den letzten Gemeinderatswahlen die Sozialdemokratische Partei prozentual die meisten Frauenstimmen erhalten. So bietet das formale Moment der parteipolitischen Zugehörigkeit der Frauen keinen Anhaltspunkt für die Beurteilung einer weiblichen Politik.

Man muß also fragen, ob sich in der politischen Tätigkeit der Frauen irgendeiner Partei oder größerer parteipolitisch nicht festgelegter Frauengruppen eine bestimmte Willensrichtung erkennen läßt. Von dem Eintritt der Frau in die Politik hat man in verschiedener Beziehung eine Umwandlung, vielleicht einen Durchbruch neuer Ideen und Gesichtspunkte erwartet. So hat man vielfach, nicht nur in den Kreisen der nach politischer Gleichberechtigung strebenden Frauen selbst, geglaubt, daß auf außenpolitischem Gebiet die Frauen in der Richtung des Friedens, der Verständigung der Völker wirken würden. Man hat es geglaubt, weil die Frauenbewegung international organisiert war, also schon zwischen den Frauen der verschiedenen Nationen eine Gemeinsamkeit bestand, und weil man annahm, daß es dem Wesen der Frau entsprechen müsse dem Krieg, der Zerstörung des Lebens, dem zu dienen sie die Natur vor dem Mann bestimmt hat, entgegenzuarbeiten. Aber es ist nicht nur im Krieg die Internationale der Frauen zusammengebrochen, wie alle anderen internationalen Bewegungen. Auch nach dem Krieg, seitdem in vielen Ländern die Frauen am politischen Leben mitwirken, ist nirgends sichtbar geworden, daß sie eine neue Gemeinschaft der Völker als ihr eigenes politisches Ziel erkannt und ergriffen hätten. Es gibt wohl eine Anzahl von Frauen, die sogar während des Krieges die internationale Verbindung aufrechterhalten haben, und die auch jetzt in allen Ländern den Boden für eine Völkerverständigung vorbereiten wollen, aber es sind nicht die Frauen schlechthin, es sind einige Frauen, wie es einige Männer sind. Auch nach dem Krieg hat sich immer wieder gezeigt, daß bei der Entscheidung großer Fragen des Völkerlebens "die" Frauen keine andere Stellung einnehmen als die Männer. Handelte es sich um Streitfragen, die zwischen den Völkern auszutragen waren, so ist nirgends zu beobachten gewesen, daß die Frauen etwa sich auf einen Standpunkt jenseits dieser Fragen gestellt hätten, sie äußern sich und handeln ebenso ausschließlich aus den Interessen und Gesichtspunkten ihrer eigenen Nation heraus wie die Männer. Es ist dies ebensowenig zu verwundern wie die Tatsache, daß die Frauen innerhalb ihres Volkes keine besondere Partei jenseits der Klassen, denen sie angehören, bilden können. Wie in Fragen der innern Politik die Klasse, so ist in der äußern Politik die Nation der Boden, auf den jeder, der aktiv sein will, sich stellen muß; einen besonderen Boden für das Geschlecht kann es daneben nicht geben. Freilich fordert die weltpolitische Entwicklung heute ein übernationales Denken; sie fordert nicht, daß die einzelnen Nationen aufgehoben, daß der Mensch von der Erde, in der er wurzelt, losgelöst wird, wohl aber, daß (negativ) für die Lösung internationaler Konflikte eine gemeinsame Basis gefunden, und (positiv) eine Gemeinschaftsarbeit der in organischen Wirtschaftskörpern zu gliedernden Völker zum Zweck der Bewältigung allgemeiner Menschheitsaufgaben geleistet wird. Die Interessen der einzelnen Nationen, die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Existenz sind heute so in einander verflochten, daß sie nicht mehr durch Landesgrenzen von einander geschieden werden, und die Völker innerhalb ihrer Grenzen sich ungestört entwickeln können; es ist einfach für jede Nation eine Lebensfrage sich mit den Nachbarnationen unter einem höhern gemeinsamen Gesichtspunkt auseinanderzusetzen. Früher war es so, daß die einzelnen Nationen in der Hauptsache ihr Leben für sich führten, daß Streitigkeiten, die von Zeit zu Zeit mit den Nachbarvölkern ausgefochten wurden, ihren Lebensnerv nicht berührten. Heute bedroht der Krieg, wie wir erlebt

haben, ein Volk in seiner gesamten Existenz, er ist kein taugliches Mittel mehr für eine Nation wirkliche Vorteile zu erringen; er kann wohl die politische Machtverteilung ändern, aber er bedeutet auf jeden Fall für die kriegführenden Völker eine ungeheure Zerstörung von Lebens- und Schaffenskräften auf Jahre hinaus, eine Lähmung des sozialen Fortschritts, einen Niedergang des geistigen Lebens. Wahrhaft nationale Politik bedeutet deshalb heute eine Politik, die sich auf die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen den Völkern, zunächst zwischen den durch ihre Lage und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse am meisten auf einander angewiesenen gründet. Sie setzt eine Synthese nationalen und internationalen Denkens voraus. Heute wird eine solche Politik noch stark gehemmt durch gefühlsmäßige Bindung an alte Formen nationalen Eigenlebens, nationaler Abgeschlossenheit, die, zur Leidenschaft gesteigert, die Menschen unfähig macht den Blick über die Grenzen des eigenen Landes hinauszurichten und so ihre eigene Lage, das wahre Interesse ihres eigenen Volkes zu erkennen. Weil eine solche neue Politik nun nicht nur wirtschaftliche und nationale Realpolitik ist sondern zugleich eine Politik der Völkerversöhnung, hätte man vielleicht erwarten können, daß die Frauen, die ja an die alte Form der Politik durch ihre Vergangenheit nicht gebunden waren, für sie einen offeneren Blick gehabt hätten, daß sie vielleicht den Männern hätten helfen können die Fesseln alter Vorurteile abzuschütteln. Es sind jedoch nirgends Anzeichen dafür vorhanden, weder in Deutschland, das doch in der Situation des Unterlegenen am meisten auf solche neue Politik angewiesen ist, noch anderswo.

Die deutschen Frauen haben nach dem Krieg die Aufwühlung nationalistischer Leidenschaften, die Einzwängung in überlebte Schranken nicht nur an sich selbst geschehen lassen, sie haben in hohem Grad aktiv daran mitgewirkt. In den meisten Fällen haben sie nicht die Initiative ergriffen, aber sie haben sich mitziehen, sie haben sich vorschieben lassen und dann der nationalistischen Propaganda noch eine spezifische Note, einen besondern Nachdruck gegeben: durch eine ihnen eigentümliche sentimentale Einstellung, die, je weniger sie die Zusammenhänge klar erkennen läßt, um so stärker klagende Töne eingibt. So erließen im Mai 1919 der Deutsche Frauenbund und 156 Berliner Frauenvereine eine Protestkundgebung gegen den Versailler Friedensvertrag, die der damals von großen Volksteilen betriebenen Propaganda gegen dessen Unterzeichnung Vorschub leistete; die Frauen erblickten in dem Friedensvertrag nichts als »Entehrung« und erklärten, daß, statt solche Bedingungen auf sich zu nehmen, die Frauen bereit seien ihre Kräfte für einen Verteidigungskampf bis zum Äußersten einzusetzen. Einerseits zeigen die Frauen sich hier außerstande zu einer ruhigen Erwägung der tatsächlichen politischen Situation, die ihnen hätte sagen müssen, daß einem besiegten Volk nichts übrig bleibt als die Friedensbedingungen seiner Gegner anzunehmen, und daß es seinem Namen keinen »unauslöschlichen Makel« anheftet, wenn es sich mit diesen Bedingungen in Fassung und Würde abfindet, statt in einem aussichtslosen Kampf seine letzten Kräfte aufzureiben. Andererseits aber hätten die Frauen, wenn sie die Frage einmal vom moralischen und gefühlsmäßigen Standpunkt auffaßten, in dem Friedensvertrag nicht nur ungerechte Beschuldigungen sehen sondern auch die moralische Verpflichtung Deutschlands zum Wiederaufbau anerkennen müssen; von solcher Anerkennung findet sich in der ganzen Kundgebung aber kein Wort. Auch die Tätigkeit des Bundes deutscher Frauenvereine

zeigt in außenpolitischer Hinsicht keine an neuen Gesichtspunkten orientierte Anschauung, die das Interesse der Nation durch internationale Beziehungen bedingt sieht. Im November 1919 allerdings forderte der Bund in einer Eingabe die Zuziehung der Frauen zu den vorbereitenden Besprechungen über den Wiederaufbau Frankreichs. Hier hat eine richtige Erkenntnis die Aufgabe erfaßt, an der als an einem wahren Friedenswerk mitzuwirken die Frauen in besonderm Maß berufen sein müßten. Aber in der spätern Entwicklung, in der sich dann das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich auf englisches Betreiben immer mehr zuspitzte, haben gerade die Frauen und insbesondere auch der Bund deutscher Frauenvereine an der Verschlimmerung der Lage erheblichen Anteil genommen. Sie haben die sachlich nicht begründete sondern zum Zweck der Vertiefung des deutsch-französischen Gegensatzes inszenierte Propaganda gegen die farbige Besatzung aufs lebhafteste unterstützt. Gerade hier zeigt sich die verhängnisvolle Eigentümlichkeit "weiblicher" Politik, daß sie die Zusammenhänge nicht erfaßt und dann einseitig und schief gesehene Tatsachen mit großer Heftigkeit aufgreift und, ohne die Wirkung zu bedenken, als politische Faktoren einsetzt. Wären sich die Frauen darüber klar gewesen, wie diese Propaganda das Verhältnis zu Frankreich vergiftet, die Verständigung erschwert hat, von der doch, wie man jetzt wohl allgemein einsieht, einfach Deutschlands Lebensmöglichkeit abhängt, so hätten sie sich vielleicht mehr zurückgehalten. Vielleicht auch nicht, da sie eben unter fremdem Einfluß agierten. In ähnlicher Weise trat bei der im Jahr 1921 eingeleiteten Protestbewegung gegen die "Schuldlüge" deutlich zutage, wie sich die Frauen (die sich durch die Gründung eines besondern Frauenausschusses daran beteiligten, der 52 Frauenorganisationen mit 8 Millionen Mitgliedern umfaßt) in gutem Glauben für eine hauptsächlich gegen Frankreich gerichtete politische Aktion gebrauchen ließen, die das von ihr erstrebte Ziel: eine Befreiung Deutschlands von den Lasten des Versailler Vertrags, unmöglich erreichen sondern nur die Stimmung verschärfen, die Verständigung erschweren und damit eine Erleichterung der Lage Deutschlands hinausschieben konnte. Sie mußte im Lauf des Kampfes auch zu einer Verwischung der ursprünglichen Absicht: die Wahrheit herauszustellen, die Behauptung von der "Alleinschuld" Deutschlands zu widerlegen, führen, indem man nur Tatsachen zusammensuchte, die Deutschland entlasten sollten, und sich schließlich selbst einredete, Deutschland habe überhaupt keine Schuld. Also Kurzsichtigkeit in der Berechnung der Folgen einer politischen Handlung und Trübung des sachlichen Urteils kennzeichnen diese Handlungsweise. Daß die Frauen zuletzt den Ruhrkrieg bedingungslos unterstützten, brauchte nach allem, was vorausgegangen war, nicht wunderzunehmen. Der Bund deutscher Frauenvereine erklärte, daß der passive Widerstand nie zur Ruhe kommen würde, daß die Besetzung ein Anlauf zu tiefer unauslöschlicher Feindschaft sei. Eine einfache Überlegung würde zeigen, daß die antifranzösische Politik, die bei uns getrieben wurde, das, was sie proklamiert hatte: die Erhaltung deutschen Gebiets, nicht nur nicht gefördert sondern wesentlich erschwert hat. Deutschland und Frankreich können nicht leben ohne einander, noch weniger gegen einander. Wirtschaftliche Notwendigkeiten fordern eine Verbindung des lothringischen Erzes und der Ruhrkohle. Will man den deutschen Boden dem Deutschen Reich erhalten, so muß man sich mit dem uns gegenwärtig an Macht überlegenen Nachbarvolk verständigen. Dies zu erkennen und

danach seine politische Handlungsweise einzurichten wäre wahre Friedenspolitik. Und es wäre eine Politik, die sich auf eine Gesinnung weiter und großer Menschlichkeit gründen müßte, auf den Willen an die Stelle des Hasses, der jahrelang zerstörend gewütet hat, die aufbauende Liebe und Brüderlichkeit zu setzen. Solche Gesinnung verwirklichen hieße nicht eine eigene weibliche Politik einführen. Es kann nur *eine* Politik geben, die aus bestimmten sachlichen Gründen, aus einer Erkenntnis der Verhältnisse heraus, dem Frieden dient; sie können und sollten Männer wie Frauen verfolgen. Eine Frauenpolitik mit eigenen Methoden gibt es nun einmal nicht.

Freilich, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit glaubt an eine solche Möglichkeit. Sie stellt sich, vielfach mit Bewußtsein, außerhalb der politischen Realität; sie will, ohne Rücksicht auf die Mächte des politischen Lebens, auf rein menschlichem Weg für die Versöhnung der Völker wirken. So veranstaltet sie internationale Konferenzen, richtet internationale Sommerschulen ein und pflegt den Gedankenaustausch zwischen den Völkern in einem in verschiedenen Sprachen erscheinenden Bulletin. Jeder der Zweige der Internationalen Frauenliga sucht durch intensive Propaganda im eigenen Land für den Gedanken der Völkerverständigung den Boden zu bereiten. Von dieser Tätigkeit, die sich bisher vorwiegend in Resolutionen erschöpfte, sind politische Folgen nicht zu erwarten. Wohl aber könnte diese Arbeit indirekt auch für die Gestaltung der politischen Verhältnisse von Bedeutung werden. Sie kann dazu beitragen eine geistige Umstellung herbeizuführen, die mit der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit Hand in Hand gehen muß, wenn sich die Nationen zu einem wirklichen Organismus, der Dauer verbürgt, zusammenschließen sollen. Dahin könnte auch ein von dem Bulletin der Internationalen Frauenliga im Frühjahr 1923 unterstützter Plan des Verbandes internationaler Vereinigungen, der von einer französischen Gruppe von Friedensvereinigungen zuerst ausgearbeitet wurde, wirken: die Wünsche der Völker, die eine neue internationale Ordnung zum Ziel haben, in Friedensdenkschriften, Cahiers de la Paix ähnlich den Cahiers der französischen Revolution, zu sammeln und von einem Weltkongreß durcharbeiten zu lassen, um so den Willen der Völker den Regierungen gegenüber zur Geltung zu bringen. Das Organ der Internationalen Frauenliga in Deutschland Die Frau im Staat ist den nationalistischen Bestrebungen immer mit großer Entschiedenheit entgegengetreten. Von Bedeutung ist, daß im letzten Jahr die Internationale Frauenliga es sich zur besondern Aufgabe gemacht hat die deutsch-französische Verständigung zu fördern. Deutsche Mitglieder der Liga haben die verwüsteten Gebiete bereist und bemühen sich in Deutschland die Kenntnis der furchtbaren Zerstörungen zu verbreiten und den Willen zum Wiederaufbau zu wecken. Gemeinsam mit den Jugendverbänden, die im August 1923 in Hellaue zur Versöhnung mit Frankreich aufriefen<sup>2</sup>, sammeln sie für ein Versöhnungsoffer; die Mittel, die die Internationale Frauenliga zusammenbringt, sollen verwandt werden, um in einem französischen Ort, der neu aufgebaut wird, ein Gemeindehaus zu bauen. Dieser Versöhnungswille hat auf der andern Seite sofort ein Echo gefunden; der französische Zweig der Internationalen Frauenliga hat während der Ruhrbesetzung 200 Familien des Ruhrgebiets mit Lebensmitteln und anderen Gebrauchsgegenständen versorgt.

<sup>2</sup>) Siehe Koch Die Jugend und die deutsch-französische Verständigung, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 533 ff.

Der Kreis von Frauen allerdings, die für diese Bestrebungen zugänglich sind, ist bisher noch sehr klein, so sehr sie, wie man meinen sollte, dem Wesen der Frau gemäß sein müßten. Die Internationale Frauenliga versperrt sich auch selbst den Weg zu weiterer Ausdehnung ihres Einflusses durch manche Einseitigkeiten, besonders durch eine reichlich überlebt anmutende einseitige Hervorkehrung des Frauenstandpunkts, die zum Beispiel dazu führte, daß die zum internationalen Gewerkschaftskongreß im Haag im Dezember 1922 eingeladenen deutschen Vertreterinnen der Frauenliga, die 2 Tage vorher im Haag getagt hatte, nachher in der Frau im Staat in sehr absprechender und verletzender Weise über den Kongreß berichteten und zu dem Schluß kamen: Was trennte diesen Weltfriedenskongreß der Männer von der Weltkonferenz der Frauen? Alles das, was Männerzivilisation seit Jahrhunderten zwischen den Geschlechtern aufgerichtet hat. Außerdem zeigen diese auf internationale Verständigung hinarbeitenden Frauen vielfach absolute Verständnislosigkeit für berechtigtes nationales Gefühl. Die Frauen scheiden sich im allgemeinen, ebenso wie die Männer, nur vielleicht mit noch stärkerer Ausschließlichkeit, in national und menschheitlich Empfindende. Es sind nur ganz wenige, die die Synthese beider Anschauungsweisen gefunden haben. Und doch ist nur, wenn diese gelungen und ins allgemeine Bewußtsein übergegangen ist, auf eine Ausbreitung wirklichen und wirksamen Friedenswillens zu hoffen. Hieran mitzuarbeiten sind gewiß die Frauen, die Mütter, denen festes Wurzeln in der Heimat ihrer Kinder ebenso natürlich sein mußte wie Mitfühlen mit den Müttern jedes fremden Landes, in erster Linie berufen. Aber hier ist alles noch Aufgabe, nicht Tatsache.

Vielleicht besteht eine bestimmte Aufgabe für die Frauen auch in der Gestaltung der Lebensformen, der inneren Zustände des eigenen Volkes. Auch hier hat man von der Frau, die politisch verantwortlich arbeitet, eine besondere Leistung erwartet, und die Frauen haben es selbst als ihr Ziel verkündet: einen Einschlag der Mütterlichkeit in das Leben der Gesamtheit, eine Gemeinschaftskultur zu bringen. Es wäre nur natürlich, wenn es den Frauen am Herzen läge in die Beziehungen zwischen den Gliedern eines Staates, die bisher noch so unlebendig, so entfernt von jeder wirklichen Gemeinschaft sind, Wärme und Menschlichkeit zu bringen. Eignet der Frau doch im allgemeinen ein stärkeres Interesse an dem Persönlichen der Menschen um sie herum als an sachlicher Betrachtung der menschlichen Beziehungen. Freilich ist sie von sich aus immer geneigt den Kreis um sich sehr eng zu ziehen, ihr menschliches Interesse zu beschränken auf ihre nächsten Angehörigen und auf diejenigen, die ihr persönlich in den Weg geführt werden. Aber eine Beteiligung am öffentlichen Leben muß ihren Gesichtskreis von selbst erweitern, und wenn sie ihren Sinn für das Lebendige und Persönliche in die politische Tätigkeit hinüberrettet, so kann das eine glückliche Ergänzung der sachlichen Arbeit bedeuten, die bisher von Männern geleistet ist. Es scheint, als ob hierfür wirklich schon Anfänge vorhanden wären. Es ist unverkennbar, daß die Frauen, soweit sie am politischen Leben teilnehmen, sich in erster Linie den Aufgaben zugewandt haben, die das Leben der engsten politischen Gemeinschaft, der Gemeinde, stellt, und das sind vor allem Probleme der Wohlfahrtspflege, der Fürsorge, der Arbeit am Menschen. In der Fürsorge der Gemeinschaft für ihre nicht arbeitsfähigen Glieder und vor allem für die Jugend liegen für den sozialen Staat, dessen Herausbildung von der heutigen Zeit gefordert wird, noch unabsehbare Aufgaben, und es ist

sicher, daß sie mit den alten bürokratischen Methoden, die bisher für die Tätigkeit des Staates vielleicht genügten, nicht gemeistert werden können. Menschliche Wärme und mitfühlende Zartheit sind für fruchtbares Arbeiten die Voraussetzung. So stellen sich die Frauen, wenn sie aus innerm Antrieb diese fürsorgerische Arbeit ergreifen, in die Linie der Entwicklung.

Wenn wir die innenpolitische Arbeit der Frauen in Deutschland betrachten, so ist schon die Art ihrer Tätigkeit in der Nationalversammlung und im Reichstag<sup>3</sup> für die Einstellung der Frauen bezeichnend. Die weiblichen Abgeordneten waren vor ihrem Eintritt in das Parlament fast zur Hälfte, in der Sozialdemokratischen Partei zu zwei Dritteln sozial und fürsorgerisch tätig. In der Nationalversammlung war es das Gesetz für Reichswochenhilfe, an dem vorwiegend Frauen aller Fraktionen gearbeitet haben. Im Reichstag waren es ebenfalls alle Gebiete der öffentlichen Fürsorge und insbesondere der Jugendpflege, auf denen die Mitarbeit der Frauen eine eigene Note trug. Sie haben sich auch zu allen anderen Fragen geäußert, doch ohne besonders hervortreten und ohne neue Gesichtspunkte in die Behandlung zu bringen. Aber nicht nur in der Gesetzgebung, auch in der praktischen Einzelarbeit auf dem Gebiet der öffentlichen Wohlfahrtspflege hat man ein lebendiges Interesse der Frauen gefühlt. Die bürgerliche Frauenbewegung schritt hier auf einem längst betretenen Weg weiter. Eine ihrer größten und ältesten Organisationen, der Allgemeine deutsche Frauenverein, umfaßte als sein besonderes Tätigkeitsgebiet die kommunale Frauenarbeit; er hat jetzt auch ein eigenes kommunalpolitisches Frauenprogramm aufgestellt, das 7 Punkte umfaßt: Wohnungswesen, Ernährungsfürsorge, Gesundheitsfürsorge, Erziehungs- und Schulwesen, Jugendfürsorge, Arbeitsnachweis, Wohlfahrtsorganisation. Die proletarische Frauenbewegung, die eigentlich erst nach der Erlangung des Frauenwahlrechts angefangen hat innerhalb der Klassenbewegung eigene Frauengesichtspunkte herauszustellen, hat auch sofort die Gemeinde- und Wohlfahrtsarbeit als ihren wichtigsten Aufgabenkreis ergriffen. Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen vom Oktober 1920 räumte den Fragen der Wohlfahrts- und Jugendpflege einen hervorragenden Platz ein, die Konferenz vom September 1921 hatte als Thema die sozialen Aufgaben der Frau in den verschiedenen Zweigen der Wohlfahrtspflege. Die Arbeiterschaft hat außerdem von sich aus in besonderen Ausschüssen für Arbeiterwohlfahrt eine Fürsorge organisiert, an der sich Frauen stark und erfolgreich beteiligen. In den sozialen Ämtern, für die sie am stärksten interessiert sind, wirken die Frauen mit Erfolg und Befriedigung und in guter Zusammenarbeit mit den männlichen Kollegen.<sup>4</sup> In dem Zeitabschnitt 1913 bis 1923 hat die berufliche Frauenarbeit in den Gemeinden stark zugenommen.<sup>5</sup> In der gesamten Wohlfahrtspflege hat sich die besoldete Frauenarbeit vervierfacht; das Verhältnis der Frauenarbeit zur Männerarbeit ist 74 zu 26. In einzelnen Zweigen ist eine noch stärkere Zunahme zu erkennen: In der Säuglingspflege arbeiten gegenüber 40 Frauen 1913 jetzt 406, die Familienfürsorge einbezogen 611 Frauen; in der Polizeifürsorge gegenüber 23 Frauen in 22 Städten jetzt 90 Frauen in 41 Städten. Als ein durch die Frauen eingeführtes Prinzip hat sich die Bezirks- oder Familienfürsorge in

3) Über diese siehe *Deutsch Die politische Tat der Frau /Gotha 1920/* und *2 Jahre parlamentarischer Frauenarbeit /Gotha 1923/*.

4) Siehe *Apolant Die Frau in Gemeindevertretung und Gemeindevorstand, in der Frau 1921 Seite 65 ff.*

5) Siehe *Wolf Entwicklungstendenzen in der kommunalen Frauenarbeit, in der Frau 1923 Seite 328 ff.*

der Wohlfahrtspflege durchgesetzt; ein Prinzip, das vom Menschen ausgeht, von ihm aus die Beziehungen zu den einzelnen Wohlfahrtsämtern sucht, also geeignet ist in der Richtung einer Beseelung und persönlichen Gestaltung der sozialen Arbeit zu wirken. In der Berufsberatung für die weibliche Jugend, in der Arbeit der Fortbildungsschulen und auf vielen anderen Gebieten öffnen sich weiblich mütterlicher Tätigkeit reiche Möglichkeiten, die auch von den Frauen gesehen und mit starkem Interesse ergriffen werden.

Auf verschiedenen Gebieten hat diese Arbeit der Frauen in den einzelnen Ländern bereits gewisse Erfolge gehabt. Gemeinsam ist den Frauen aller Länder der Kampf gegen die doppelte Moral. In Deutschland ist das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das die Reglementierung der Prostitution prinzipiell aufhebt, unter starker Beteiligung der Frauen zustande gekommen; in Wien ist die Schließung aller öffentlichen Häuser erreicht worden. Unmittelbar neben dem Kampf um die Würde und Freiheit des eigenen Geschlechts steht die Sorge für die Kinder. Ein Programm für die Wohlfahrt der Jugend, das der Internationale Frauenbund ausgearbeitet hat, will die Gesamtheit verpflichten die Sorge für die Entwicklung des Kindes zu körperlicher, geistiger und seelischer Tüchtigkeit zu übernehmen, und stellt eine Reihe von Mindestforderungen auf, die sich auf Schutz vor Ausbeutung, vor sittlicher Gefährdung, auf Gesundheitsfürsorge und auf die Erziehung richten. Das Komitee des Internationalen Frauenbundes für Erziehung beschäftigt sich in einem besondern Programm mit den Fragen der modernen Pädagogik, mit den Problemen der Einheitschule und der Koedukation. Freilich sind dies erst Anfänge. Bis zu einer umfassenden Fürsorge der Gemeinschaft für ihre Kinder, wie sie die Zukunft bringen muß, ist noch ein weiter Weg, und es sind vorsichtige Schritte, die hier getan werden. Aber die Frauen bewegen sich doch in ihrer praktischen Arbeit diesem Ziel entgegen. In Finnland hat sich in den letzten Jahren die öffentliche Tätigkeit der Frauen hauptsächlich auf die Kinderfürsorge gerichtet. In Deutschland haben die Frauen an dem Zustandekommen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, das einen Anfang macht den Staat, die Gesamtheit für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich zu machen, hervorragenden Anteil genommen. Überall suchen die Frauen bei den Jugendgerichten Einfluß zu erlangen, und in einigen Ländern haben sie ihn auch, obgleich sie noch nicht zu allen juristischen Ämtern zugelassen sind, schon erreicht, so in Canada; in Italien sind sie mit der Überwachung der Jugendlichen in den Gefängnissen beauftragt.

In England haben sich die Frauen mit großer Energie einer wichtigen öffentlichen Funktion zu bemächtigen gesucht: der Polizei, insbesondere der Sittenpolizei. Zuerst haben freiwillige weibliche patrols mit der Arbeit begonnen, und dann ist eine beamtete weibliche Polizei geschaffen worden. In London sind 100 weibliche Polizisten mit gutem Erfolg tätig. Amerika hat ebenfalls bereits eine große Zahl weiblicher Polizisten; New York zählt deren 95, Chicago 65, im Staat Wisconsin bestimmt ein Gesetz, daß jede Stadt weibliche Polizeibeamte haben muß. Die Frauen arbeiten in verschiedenen Ländern mit an der staatlichen Filmzensur. Sie führen den Kampf gegen den Alkohol. Hier macht sich freilich, bei der an sich guten Absicht, das Schlimme des Mangels an feinerem Verständnis des Seelischen bemerkbar. Die plumpe Gewaltanwendung, das einfache Alkoholverbot, wie es in den Vereinigten Staaten von Amerika durchgesetzt wurde, ist jenem Mangel ge-

schuldet; sie ist sittlich ebenso abzuweisen wie psychisch, weil sie die Würde des Menschen verletzt und ein kompliziertes Problem des menschlichen Seins durch eine so primitive Maßregel lösen zu können glaubt. Das ahnt man vielleicht auch schon. In anderen Ländern ist man mindestens bereits vorsichtiger. So verlangt in Österreich der Frauenbund das Alkoholverbot nur für Jugendliche und das Gemeindebestimmungsrecht für Schankkonzessionen; in England hat ein weibliches Parlamentsmitglied eine Bill, die den Alkohol für Jugendliche verbietet, durchgebracht. Solche Maßnahmen, die sich auf das pädagogische Gebiet beschränken, wären sehr wohl zu diskutieren.

Leider treten auch Erscheinungen in der öffentlichen Tätigkeit der Frauen auf, die nicht nur Mangel an Überblick und Einsicht verraten sondern einen Mangel des Gefühls, der an Stelle der Menschlichkeit und Güte, die mit dem Eintritt der Frau in das Gemeinschaftsleben einziehen soll, Starrheit und selbstgerechte Härte setzt, und zwar gerade da, wo es sich um ihr eigenes Geschlecht, ja um Leben und Glück der Kinder handelt. So haben sich bei uns mehrfach Frauen selbst gegen die unehelichen Mütter gewandt, ihre gesellschaftliche Ächtung unterstützt, ja die Zerstörung ihrer Existenz befürwortet, wo es sich um Beamtinnen handelte, was natürlich auch die Kinder dem Elend aussetzen hieß.<sup>6</sup> In mehreren Ländern treten die Frauen für Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen ein. Für weibliches und mütterliches Gefühl müßte das eine selbstverständliche Forderung sein; und der Widerspruch mit dieser einfachen Menschlichkeitsforderung, der in der Stellungnahme der deutschen Frauenorganisationen zutage tritt, ist wohl daraus zu erklären, daß eine traditionelle Bindung an überlieferte gesellschaftliche Anschauungen und Lebensformen, eine Unselbständigkeit diesen Formen gegenüber, die sie selbst nicht geschaffen haben, denen sie nur sich zu fügen gewohnt waren, den Frauen das Gefühl verwirrt hat. Hoffentlich nur dies. Der Fall könnte freilich auch schlimmer liegen.

Anfänge, Ansätze also sehen wir, aber nirgends ist Anlaß in Befriedigung über das Erreichte auszuruhen. Die deutsche Frauenführerin Marie Stritt zog vor einem Jahr das Fazit: »Sind wir auf dem Weg zu einer Kultur mit weiblichem Einschlag, zu einer *menschlichen* Kultur weitergekommen? Nein, noch keinen Schritt.«<sup>7</sup> Überall drängen Aufgaben; materielle Not, geistiges und seelisches Elend schreien nach Hilfe und Erlösung. Überall sind zwischen den Menschen, zwischen den Völkern, den Klassen, den einzelnen Mauern von Haß, von Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit aufgetürmt. Sie müssen mit einem starken Impuls, einem festen und tiefgegründeten Willen zu gegenseitigem Verstehen und gegenseitiger Hilfe, zur Brüderlichkeit niedergerissen werden; alle Kräfte der Seele müssen aufgerufen werden, um die Menschen zusammenzuführen, zu gemeinsamem Schaffen zusammenzuschließen, zu einem Miteinanderleben, in dem das Leben des Einzelnen durch das Leben aller erhöht und erweitert wird. An alle ergeht dieser Ruf unserer Zeit, aber an die mütterliche und schwesterliche Seele der Frau in besonders eindringlichen Tönen. Sie wird, je mehr sie die Forderungen, die die Gesamtheit an sie stellt, zu erfüllen lernt, ihr eigenes Wesen zu wahren Menschentum entwickeln.

6) Siehe die Rundschau *Frauenbewegung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 II Seite 826 f. und 1923 Seite 109 f.

7) Siehe *Stritt Unser Ziel*, in den *International Woman Suffrage News* 1922-1923 Seite 115 f.

# MARK LEWIN · MENSCHENRECHTE UND BOLSCHEWISTENDIENEREI

**B**EKANNTLICH ist es wiederholt vorgekommen, daß die russischen Bolschewisten die von ihren "Gerichten" für die Todesstrafe auserkorenen Opfer zu Gefängnisstrafen oder ähnlichen Wohltaten "begnadigt" haben; wenn nämlich das Ausland über diesen oder jenen Fall nicht mit der üblichen Seelenruhe hinweggehen wollte, sondern ausnahmsweise eine gewisse Entrüstung über die blutigen Schandtaten an den Tag legte. Bedingung hierfür war freilich, daß die bolschewistischen Sucher nach dem kapitalistischen Goldenen Vlies im Ausland oder ihre Helfer aus dem diplomatischen Ressort gerade in diesen Augenblicken guter Hoffnung sein mußten und sich wegen einer Bagatelle, wie einige abgehauene Köpfe mehr oder weniger es sind, nicht der Gefahr eines Mißlingens aussetzen wollten.

Man sollte es aber wahrlich nicht für möglich halten, daß Menschen von unzweifelhafter Kultur, die es erleben, daß Millionen von Mitmenschen durch Hunger, Seuchen und Terror umgebracht werden, es sich noch überlegen, ob sie sich nicht allzusehr in idealistische Unkosten gestürzt haben, wenn sie einmal einem Henker sein Opfer entrissen haben. Und doch muß man, ein Zeichen der in Bolschewistendienerei verlaufenden Zeit, feststellen, daß auch solche Fälle denkbar sind, und es bei weitem nicht die Schlimmsten unter uns sind, die von solchen "Gewissensbissen" betroffen werden. Ein phänomenales Beispiel bietet ein Brief der französischen Schriftstellerin und Sozialistin Séverine in der Ere Nouvelle vom 1. Mai dieses Jahres, in dem die Verfasserin noch obendrein im Namen Anatole Frances spricht. Sie beide seien, heißt es dort, »schändlich belogen« worden, als man ihnen nahelegte für die Sozialrevolutionäre, für den Patriarchen, für die Kiewer Professoren einzutreten und sie dem Tod zu entreißen. Sie glauben noch immer befürchten zu müssen, daß sie »schändlich belogen« seien, obwohl alle Tatsachen von den bolschewistisch offiziellen Iswestija und Prawda berichtet werden, und sie verlangen noch immer weitere »Bestätigungen oder Widerlegungen« zur Beruhigung ihrer Gewissen. Da werden sie schön warten können. Die bolschewistischen Henker werden aber die Zwischenzeit auszunutzen wissen.

Die Ere Nouvelle steht Herriot nahe und will mit ihm Frieden und Gerechtigkeit der ganzen Menschheit bringen. Sollte sie dann nicht damit anfangen in einem besondern Fall, nämlich gegenüber den Opfern des bolschewistischen Terrors, das elementarste Maß von Gerechtigkeit einzuhalten? Aber als der bekannte Sozialrevolutionär Suchomlin der Redaktion eine Erwiderung an Séverine zusandte, wurde deren Veröffentlichung verweigert. Sollten die von Herriot in sein Programm aufgenommenen Verhandlungen mit der "Sowjetregierung" bereits ihre Schatten vorausgeworfen und die seine Politik unterstützenden Zeitungen verpflichtet haben Opfer dieser Regierung nicht in Schutz zu nehmen? Glücklicherweise fühlte sich der Populaire noch nicht ganz auf solche Politik eingeschworen, kann noch etwas auf Menschenrechte halten, und so ist der Offene Brief Suchomlins doch noch am 28. Mai an die Öffentlichkeit gelangt, wenn auch nicht an die selben Leser, denen der darin beantwortete Vorwurf aufgetischt worden war. Diejenigen, die die Antwort gelesen haben, wissen nunmehr, daß der Brief jedenfalls nicht etwa wegen unangebrachter Polemik von der Ere Nouvelle unterdrückt werden mußte, und sie

werden vielmehr annehmen müssen, daß der Grund in allgemeinen Richtlinien zu suchen ist, die die Verteidigung von Menschenrechten nicht zulassen, sobald die Gefahr besteht, daß sie der Bolschewistendiererei abträglich werden könnte. Es empfiehlt sich die polemisch recht zurückhaltende und nichtsdestoweniger sachlich sehr gründliche Antwort des Genossen Suchomlin ungekürzt wiederzugeben. Sie lautet in deutscher Übertragung, nach der Wiedergabe in der russischen Zeitung Dni:

»Madame, ich konnte erst heute Ihren Artikel lesen, der in der Ere Nouvelle vom 1. Mai erschienen ist. Das folgende von der in Berlin auf bolschewistische Kosten herausgegebenen russischen Zeitung bereits ausgeschlachtete Zitat aus seinem Inhalt kann ich nicht ohne Antwort lassen.

Sie schreiben: »Aus Rußland kommen Klagen, wie zwei Tropfen Wasser allen früheren ähnlich. Aber diesmal brechen sie mein Herz doppelt stark. Denn ich kann mich wegen Parteilichkeit nicht meines Rechts begeben zu wählen. Diesmal handelt es sich um Arbeiter, bescheidene Leute, als Verhaftete auf der Solowetzinsel. Ihre Bitte ist mir durch einen sehr rechtschaffenen Menschen und kämpfenden Revolutionär überbracht worden, der auch selbst gelitten hatte. Wenn die Tatsachen der Wirklichkeit entsprechen, schließe ich mich dem Protest an. Doch hat man uns schon mehr als einmal schändlich belogen, indem man uns von angeblich unbedingt bevorstehenden Erschießungen erzählte [einmal für Sozialrevolutionäre, ein andermal für den Patriarchen Tichon, wieder einmal für die verurteilten Professoren und Intellektuellen], daß meine Vernunft jetzt meine Empfindungen einigermaßen dämpft. Anatole France und ich sind bereits auf den Leim gegangen; jetzt sind wir vorsichtiger. Andererseits wäre es aber unerträglich sich berechtigtem Mitgefühl zu verschließen.« Und Sie kommen dann zum Schluß: »Ich fordere Bestätigung oder Widerlegung der bereits in Prawda und Iswestija vermerkten Tatsachen. Um Himmlerswillen, gebet eine Erwiderung auf die Anklage!«

Ich weiß nicht, wer Sie, wie Sie sagen, in dem Fall des Patriarchen Tichon sowie der Professoren und Intellektuellen »belogen« hat. Ich bin einer von denen, die mehr als einmal Weckrufe an die sozialistische Internationale unterzeichnet und genaue Mitteilungen über das Geschick der vom kommunistischen Gericht in Moskau zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre gemacht haben. Die sozialistische Presse hat mehr als einmal unsere Angaben sowie diejenigen unserer Genossen, der Sozialdemokraten (Menschewisten), veröffentlicht. Gilt es nicht etwa uns, wenn Sie da sagen, daß wir Sie »schändlich belogen« hätten?

Wollen wir doch endlich das Jonglieren mit Worten lassen. Es ist Ihnen mitgeteilt worden, daß unsere Freunde am 7. August 1922 zur Todesstrafe durch Erschießen verurteilt worden waren, und die Vollstreckung durch die Regierung aufgeschoben wurde. Sie sollten nun als Geiseln verbleiben, um in jedem gegebenen Augenblick erschossen werden zu können, sobald die Tätigkeit der Sozialrevolutionären Partei im Land dies, nach dem Gutdünken der Regierung, erforderlich machen wird. Ist das für Sie nicht genug? Oder gehört unbedingt sofortiges Erschießen dazu, um Ihr Mitgefühl wachzurufen? Da dieses Erschießen ausgeblieben ist, nehmen Sie sich heraus uns Lügner zu nennen und so für die Moskauer "Richter" Partei zu ergreifen. Warum verhalten Sie sich nicht in der gleichen Weise, wo es sich um Nicolau und Matteu in Spanien, um Sacco und Vanzetti in Amerika handelt? Auch sie sind schließlich nicht hingerichtet worden. Will dieses besagen, daß man Sie »schändlich belogen« hat, als man Ihnen von den Todesurteilen berichtete? Oder billigen Sie es, Sie vielleicht das Geiselsystem in seiner ganzen Herrlichkeit? Oder billigen Sie es, daß Sinowjew nach der Tötung des bolschewistischen Gendarmen Uritzki in Petersburg 500 an dem Attentat völlig unschuldige Menschen zum Zweck der Einschüchterung niederschießen ließ? Der einmütige Protest des internationalen Sozialismus hat die Bolschewisten daran gehindert unsere im Moskauer Prozeß verurteilten Genossen zu erschießen. Er hat es aber nicht verhindern können, daß die Opfer anderthalb Jahre lang in Haft blieben: jeden Tag der Gefahr des sofortigen Todes ausgesetzt. Am 19. Dezember 1923 hat einer der Verurteilten, Sergej Morosow, ein junger und ritterlicher Kämpfer der Revolution, der in einem zaristischen Gefängnis als Sohn von Eltern, die im Dienst der selben Idee standen, geboren wurde, und unter dem Zarenregime 2mal Zuchthausstrafe (Katorga) verbüßt hatte, mit Glasscherben seine Pulsadern durchschnitten. Er hat diesen Selbstmord begangen, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die unmögliche Lage seiner Kerkergenossen zu

lenken. Er wollte sie auf diese Weise retten. Ist Ihnen diese Tatsache bekannt? Und, wenn Sie sie kannten, wollen Sie dennoch nach wie vor Sich und Anatole France als belogen betrachten? 2 Tage darauf, am 21. Dezember, haben die bolschewistischen Kerkermeister 6 verhaftete Sozialisten, darunter 2 Frauen, gemordet: in jenem Solowetzklöster, das im Eis des Weißen Meeres der Welt entrückt liegt. Erst dann hat sich die bolschewistische Regierung (sie schickte sich gerade damals zu den Verhandlungen mit MacDonald an) bewogen gesehen Morosows Genossen die Todesstrafe gegen mehrere Jahre Gefängnis zu erlassen. Das sind die Tatsachen. Diese Tatsachen sind, wie Sie richtig sagen, in Prawda und Iswestija vermerkt. Welche Bestätigung brauchen Sie denn noch darüber hinaus?

Erlauben Sie mir noch Ihnen zu sagen, daß Sie Sich im Irrtum befinden, wenn Sie die aus russischen Gefängnissen ergehenden Stimmen als »Klagen« oder »Anflehnungen« kennzeichnen. Die 11 Genossen Morosows und die 252 Revolutionäre im Solowetzklöster brauchen kein Mitleid. Sie flehen ebensowenig darum, wie diejenigen, die Sie »Nihilisten« nennen, es in der Vergangenheit taten. (Sie wissen vielleicht nicht, daß dieser unsinnige Spitzname von Ihrer Presse den selben Sozialrevolutionären angehängt ward, deren Schicksal jetzt Ihr »Herz bricht«.) Ebenso hat es keinen Sinn die Verhafteten zu »bescheidenen Leuten« zu stempeln. Es sind Revolutionäre, Madame, ganz richtige Revolutionäre. Sie haben für Recht, für Freiheit und für Sozialismus gekämpft und werden dafür kämpfen. Sie wenden sich an diejenigen, die im Ausland für das selbe kämpfen, wenn auch unter viel günstigeren Verhältnissen. Sie bitten nicht um Bedauern seitens des internationalen Sozialismus und der internationalen Arbeiterschaft sondern erinnern diese an ihre Pflicht und stellen den gemeinsamen Feind an den Pranger, jenen Feind, der das Recht mit Füßen tritt, die Freiheit verleugnet und den Sozialismus prostituiert. Was das Bedauern betrifft, so meinen sie, daß dieses eher als ihnen denjenigen gebührt, die in Europa, ob aus Unwissenheit oder aus Leichtgläubigkeit oder aus purer menschlicher Schwäche, die Augen vor allen Verbrechen der bolschewistischen Regierung zudrücken. Rußland ist, Madame, ein großes Land, das nicht um Mitgefühl bettelt und für Tränen des Beileids keinen Bedarf hat. Wir haben den Zarismus bekämpft und werden ebenso gegen die jetzige Diktatur kämpfen, mit unseren eigenen Kräften und ohne jemand um Hilfe anzugehen. Doch stehen wir als Mitglieder einer internationalen Gemeinschaft da, und mit ihr verbinden uns einheitliche Gedanken und Aktionen. Und jedesmal, wenn diese Gemeinschaft sich bloßstellt, indem sie Greuelthaten: heute des Zarismus und morgen des Bolschewismus, unterstützt oder verteidigt oder durch ein organisiertes Verschweigen schützt, können wir für unsern Teil nicht mit Schweigen darüber hinweggehen.

Entschuldigen Sie die Schärfe meiner Ausdrücke. Es geht aber um dermaßen prinzipielle Fragen, daß man in Rußland für sie einen Kuhhandel nicht kennt. Es handelt sich auch um Hunderte, wenn nicht Tausende, meiner Genossen, die zu Selbstmord und gelegentlich auch zu Geisteskrankheit getrieben werden.

Genehmigen Sie, Madame, den Ausdruck meiner tiefen Hochachtung. Wassilij Suchomlin, Vertreter der russischen Sozialrevolutionären Partei im Ausschuß der sozialistischen Internationale.«

Es hieße die Wucht dieser Anklage schwächen, wollte man zu dem Brief auch nur ein Wort des Kommentars hinzufügen. Eines muß aber erwähnt werden: Es liegt dem Genossen Suchomlin ebenso wie jedem andern Kenner der bolschewistischen Verhältnisse selbstverständlich durchaus fern anzunehmen, daß das Leben der Moskauer Sozialrevolutionäre wie der Kiewer Professoren (mit dem Patriarchen steht es wegen des von den Bolschewisten gerade neuerdings ins Werk gesetzten Hokuspokus auf kirchlichem Gebiet vielleicht etwas günstiger) nunmehr in Sicherheit sei, nachdem ihre Kerkermeister Papierfetzen in die Welt hinausgeschickt haben, auf denen von "Begnadigung" die Rede war. Wieviel Tausende von Menschen schon in bolschewistischen Gefängnissen ihr Leben eingebüßt haben, ohne selbst von den dortigen "Gerichten" verurteilt gewesen zu sein, weiß jeder, der an dem organisierten Verschweigen nicht direkt interessiert ist, und was unseren Genossen in Moskau sowie den Professoren in Kiew nach wie vor jeden Tag droht, weiß auch jeder, der es wissen will und ein Gewissen hat.

Leider findet nicht jeder unwürdige Ausfall gegenüber verdienten russischen Revolutionären oder, was das selbe ist, jede Kriecherei vor den Bolschewisten, eine ebenso gehörige Antwort. Als ein solcher unwürdiger Ausfall ist die Leistung des wirtschaftlichen Mitarbeiters der Welt am Montag zu bezeichnen, der ohne die mindeste Spur eines Beweises in einem Artikel Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen am 12. Mai folgendes schrieb: »Dann sollte man auch einmal die Tätigkeit des durchaus nicht deutschfreundlichen Herrn Kerenskij . . . einer schärfern Kontrolle unterziehen. Ich glaube, daß man dann manche Fäden aufdecken könnte, die nach westlichen Hauptstädten laufen, wo man große Summen für die deutschfeindliche und gegenrevolutionäre russische Propaganda auswirft.«

Der Artikel ist W. Vogel unterschrieben. Doch nicht auf den Verfasser des Artikels kommt es an sondern auf den Ort des Erscheinens. Andere Zeiten, andere Vögel; andere Vögel, andere Lieder, und für unsere Zeit der Bolschewistendiensterei paßt eben dieses Lied am besten. Aber die Welt am Montag wird in der Öffentlichkeit mit ihrem Herausgeber Hellmuth von Gerlach identifiziert. Wie konnte er es geschehen lassen, daß in seinem Blatt solch eine Verleumdung gedruckt wird? Wir wollen mit dem Artikelschreiber nicht einmal über den Punkt russische Gegenrevolution streiten. Denn da haben ja die Herrschaften leichtes Spiel: Sobald man ihnen etwas Wahrheit darbringt, fühlen sie sich »schändlich belogen«, und wie zart ihr Gewissen in solchen Fällen ist, haben wir ja eben gesehen. Zudem handelt es sich bei der Entscheidung darüber, was Revolution, was Gegenrevolution ist, letzten Endes um Sittlichkeitsfragen; und darüber mit jedermann zu debattieren ist zwecklos. Aber die Welt am Montag ist denn doch erheblich weitergegangen. Sie behauptet nämlich, daß Genosse Kerenskij aus westlichen Hauptstädten große Summen bekommt, um in Berlin deutschfeindlich zu wirken, mit anderen Worten: das ihm gebotene Gastrecht zum Zweck des Landesverrats auszunutzen. Der ganze Artikel sagt sachlich sonst so wenig, daß ein sachverständiger Leser nicht umhin kann seinen einzigen Inhalt in jener Verleumdung gegen Genossen Kerenskij zu erblicken. »Was seit Oktober 1923 in den Sphären der russischen Regierung vorgegangen ist, läßt sich« nach der Auffassung des Artikelschreibers »von Deutschland aus schwer beurteilen.« Nun, wenn dem so ist, so sollte es doch naheliegen bis auf weiteres über dieses Thema »von Deutschland aus« keinen 2spaltigen Artikel zu schreiben und dem deutschen Bürger bis auf weiteres nicht Angst davor zu machen, daß Holland und England ihm den Segen der bolschewistischen Geschäfte wegschnappen könnten. (Wie wenig dieser Segen im Verhältnis zu den Umsätzen Deutschlands ausmacht, hat das Auswärtige Amt neulich offiziell und zahlenmäßig (1,9 respektive 2,2 %) bekannt gegeben.) Die Schwierigkeit die Sachlage von Deutschland aus zu beurteilen ist aber gar nicht so groß. Man braucht nur jemand zu haben, der bolschewistische Zeitungen lesen kann und Verständnis und vor allen Dingen Ehrlichkeit genug besitzt, um aus ihnen alle Nachrichten wiederzugeben, die für die Aufklärung der gegebenen Frage maßgebend sind. Allerdings wäre dieses wiederum mit der Gefahr verbunden etwas Wahrheit zu bekommen, oder, wie die Betreffenden das nennen, »schändlich belogen« zu werden. Daß kein einziger deutscher Kapitalist je daran gedacht hat seine Konzessionen (es ist natürlich nur von den ernstesten und dauernden industriellen Konzessionen die Rede) auszunutzen, solange der bolschewistische Pogrom fort dauert, und alle Erwerbungen nur den Zweck verfolgten Rußland später auspowern zu können, wenn erst wieder

geordnete Verhältnisse da sind, scheint dem Artikelschreiber ebensowenig bekannt zu sein wie der Umstand, daß die deutsche Kapitalflucht, die eine Zeit lang auch Rußland für ihre Zwecke auszunutzen suchte, jetzt im großen und ganzen aufgehört hat, und dadurch so manches sich erklärt, was für ihn schwer ist »von Deutschland aus« zu »beurteilen«.

7 Wochen nach dem Erscheinen jenes Artikels, am 30. Juni, lesen wir nun in der Welt am Montag die folgende Notiz ihres wirtschaftlichen Mitarbeiters: »Eine Bemerkung in dem am 12. Mai dieses Jahres in unserem Blatt veröffentlichten Aufsatz über Die deutsch-russischen Beziehungen hat in den Kreisen der in Deutschland lebenden russischen Sozialrevolutionäre lebhaften Unwillen erregt. Man glaubte irrtümlicherweise aus den Schlußsätzen den Vorwurf gegen Herrn Kerenskij herauslesen zu können oder auch gar zu müssen, er beziehe aus westlichen Hauptstädten große Summen für die deutschfeindliche und konterrevolutionäre Propaganda. Ein solcher Vorwurf hat mir ferngelegen.«

Soll das etwa ein Widerruf sein? Glaubt man in den Kreisen der deutschen Linkspresse, die vor den russischen Bolschewisten eine Verbeugung nach der andern macht, man könne russische Sozialisten ungestraft verdächtigen, nur weil sie augenblicklich nicht an der Macht sind, und man brauche, zur Rede gestellt, dann nur zu sagen, es habe ein »Vorwurf« beim Aussprechen jener Verleumdung einem »ferngelegen«? Wo bleibt die Erklärung, wie jene so unzweideutig gefaßten verleumderischen Worte denn sonst zu verstehen waren? Der Herausgeber der Welt am Montag ist Mitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte. Er dürfte es keinesfalls dulden, daß in seinem Blatt die Menschenrechte eines andern zertreten werden.

Die russischen sozialistischen Parteien (und gerade Genosse Kerenskij und seine nächsten Freunde als erste) haben stets den Standpunkt eingenommen, daß alle Länder, natürlich auch Deutschland, den wirtschaftlichen Verkehr mit Rußland selbst in der Periode des alles tötenden Bolschewismus pflegen sollten. Anders als im Wirtschaftlichen liegt aber der Fall im Politischen. Hier in den Sozialistischen Monatsheften ist, vom deutschen Standpunkt aus, stets betont worden, daß Deutschland schon allein aus Zweckmäßigkeitsgründen sich politisch nicht auf das vergängliche und vergehende bolschewistische System einstellen dürfe; von Gründen moralischer Natur gegen eine solche Orientierung ganz zu schweigen. Auf jeden Fall aber sollte es sich von selbst verstehen, daß auch politischen Feinden die elementarsten Menschenrechte, also vor allen Dingen Schutz gegen Verleumdungen, gewährt werden müssen. Die Deutsche Liga für Menschenrechte darf nicht davor zurückschrecken die Menschenrechte auch gegen Bolschewistendienerei zu schützen.

## CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · INTERMEZZO · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

**N** IEMALS habe ich Ort oder Jahreszeit ohne Schönheit gefunden:  
Weder das Meer, wo die weißen Zuchthengste  
An ihren Zäumen kauen und sich gegen die Zügel bäumen;  
Wo die Flur der Welt in Purpur ausgelegt ist  
Und die Sonne in Gold und Scharlach wandelt.

Noch die Steppe, die hohnvoll abseits sitzt,  
Eine ungefreite Prinzessin, unbekümmert, gleichgültig;  
Sie breitet ihre Gewänder, die über alle Schätzung herrlich sind,

Und stickt beständig an ihrem Mantel.  
 Sie ist eine Königin, auf goldenen Thron gesetzt  
 In der Halle des Schweigens.  
 Sie beharrt auf Demütigkeit.  
 Sie beharrt auf sinnende Betrachtung.  
 Sie beharrt darauf, daß die Seele frei sei.  
 Sie verlangt eine Antwort.  
 Sie verlangt die endgültige Antwort auf Gedanken,  
 Die nicht beantwortet werden können.  
 Sie zündet die Sonne als eine Fackel an  
 Und stellt die großen Klippen als Schildwachen auf.  
 Der Morgen und der Abend sind die Vorhänge  
 Vor ihrer Kammer.  
 Sie ist grausam und läßt Opfer ein,  
 Ruhlos bewegt sie ihre Handgelenke und Knöchel,  
 An denen überreichlich Saphire hängen.  
 Ihre braunen Brüste blitzen von Opalen.  
 Sie erschlägt jene, die sie fürchten,  
 Doch läßt sie ihre Hand liebend über die Stirn derer streichen,  
 Die wagen,  
 Sänftigend mit üppiger Liebkosung.  
 Sie ist eine Kurtisane, die Juwelen trägt,  
 Lockend, ein kühnes Lächeln lächelnd;  
 Ihre schimmernde Kleidung lässig angetan,  
 Liegt sie sinnend auf ihrer reich betepichten Flur,  
 Ihre braunen Schenkel schön und nackt.  
 Sie spielt tändelnd mit der blendenden Pracht ihrer Diademe  
 Und entfaltet die Sterne als ihre Krone,  
 Unerforschlich lächelnd.  
 Sie ist eine Nonne, die sich hinter ihrem Schleier birgt;  
 Grau, geheimnisvoll, nachdenklich, unnahbar.  
 Ihr Körper ist vom Eifer der Sonne lohfarben  
 Und ihre Augen Teiche, die in tiefen Schluchten leuchten.  
 Sie ist eine schöne, dunkelbraune Frau,  
 Mit Opalen an ihrem Halse,  
 Rubinen an den Risten  
 Und Topasen um ihre Knöchel.  
 Ihre Brüste gleichen den Abend- und den Taggestirnen.  
 Sie sitzt auf ihrem Thron von Licht, stolz und schweigend,  
 Gleichgültig gegen Freier.  
 Die Sonne ist ihr Vasall, die Sterne sind ihr Gefolge;  
 Sie laufen ihr voran.  
 Sie singt ihren eigenen Ohren ein Lied,  
 Einsam, aber zureichend;  
 Das Lied ihres Seins.  
 Sie ist eine nackte Tänzerin und tanzt  
 Auf einem Pflaster von Porphyr und Perlen,  
 Gleißend, so daß die Augen beschattet werden müssen.  
 Sie trägt die Sterne auf ihrer Brust  
 Und flicht die Sternbilder in ihr Haar.

Ich weiß, die Steppe ist schön.  
 Ich habe in ihren Armen gelegen.  
 Sie hat mich geküßt.  
 Ich bin gekommen, um an ihrer Brust zu liegen  
 Und die jungfräuliche Luft  
 Der Urzustände zu atmen.  
 Ich bin von den Stätten der Menschen hergekommen,  
 Vom Kampfplatz der Wölfe am Aas,  
 Damit ich im Schmelztiegel der Schöpfung geschmolzen  
 Und rein gemacht würde.

Von ihrer geheimnisvollen Kammer her  
 Hör' ich ihr Geflüster:  
 »Nur der Mensch hat seiner Mutter getrotzt  
 Und die Idole seiner Unwissenheit aufgerichtet.  
 Nur der Mensch hat die Freiheit verleugnet  
 Und die Häßlichkeit geliebkost.«

Ich will die Morgengipfel nicht erklimmen  
 Und, gleich einer Lerche, mein frohlockendes Lied  
 Dem Schatten unten zuwerfen, wo die Millionen sich plagen  
 Und die Kinder zur Mühsal geboren werden,  
 Sondern ich will, ein Trauernder, an der nackten  
 Und unfruchtbaren Brust der urzeitlichen Mutter liegen.

Ich will der Zivilisation einen Grabgesang singen.

Ich kann nicht von Schönheit singen, denn der Mensch hat einen Makel  
 Auf ihre Stirn gesetzt und ihr die vollkommenen Glieder verkrümmt.  
 Ich kann nicht von Wahrheit singen, denn der Mensch hat niemals noch  
 Das Blitzen ihrer Augen geschaut.  
 Ich kann nicht von Gerechtigkeit singen, denn die Gerechtigkeit steht  
 Auf einer großen Höhe, hohnvoll, gleich einer finstern Wolke,  
 Die über einem Berge hängt.  
 Ich kann nicht von Freiheit singen, denn die Freiheit ist jenseits  
 Der Nacht von heute und küßt, wie ein Stern,  
 Den Rand der Welt.

Dichter haben von Freiheit gesungen, aber niemals  
 Hat die Freiheit des Menschen blasse Lippen berührt.  
 Dichter haben von der Gerechtigkeit gesungen, aber die Gerechtigkeit  
 Hat in den Heimstätten der Menschen nicht gewohnt.  
 Dichter haben von der Schönheit gesungen,  
 Aber wer hat sie geschaut,  
 Oder wer an der zurückweichenden  
 Vollkommenheit ihres Busens geruht?  
 Dichter haben von der Wahrheit gesungen, aber wer  
 Ist vom Blitz ihrer Augen verbrannt  
 Oder vom Rauschen ihrer Schwingen hingerafft worden?



# VICTOR ENGELHARDT · RELIGION UND PHILOSOPHIE



UNTERSUCHUNGEN über die religiöse Renaissance der Gegenwart werden vielfach durch die unsichere Abgrenzung des Religiösen gegen andere Sphären des Erlebens getrübt. Bei unserer heutigen stark erregten Geisteslage kann solche Unsicherheit der Begriffsbildung zu einer Polemik führen, die weit über den Rahmen sachlicher Debatten hinausgeht. Mancher empfindet, um nur ein Beispiel zu nennen, die Behauptung, sein Sozialismus sei religiös, als bitterem Vorwurf, während ein anderer in solcher Feststellung erst die wahre Kennzeichnung sozialistischer Weltanschauung sieht.

Zwischen philosophischem und religiösem Bereich sind Grenzüberschreitungen allerdings kaum zu vermeiden. Man denke daran, wie manche Religion im Pantheismus philosophisch wurde, und wie, umgekehrt, die ursprüngliche Naturphilosophie des Monismus heute vielfach in religiösen Formen erscheint. Die Verschwommenheit der Grenzen zwischen beiden Gebieten ist durchaus historisch. Erste Philosophie ist fast überall aus dem Mythos erwachsen, denn im Mythos machte Religion Deutungsversuche, die ins Philosophische weisen. In mittleren Zeiten wurde, nicht nur bei uns, die Philosophie als "Magd der Theologie" dem religiösen Herrschaftsbereich völlig eingeordnet. Erst die neuere Zeit brachte mit der Vorherrschaft rationalistischer Aufklärung die Möglichkeit einer scharfen Trennung der Sphären. Diese ging wieder verloren, als man in jüngster Gegenwart das philosophische Mühen auf irrationale Gebiete erstreckte. Rational und irrational kann keine Scheidung mehr sein. So fließen neuerdings Religion und Philosophie, sehr zum Nachteil klarer Debatten, oft wieder völlig zusammen. Die Frage entsteht: Ist es, nachdem die engen, rationalistischen Schranken der Philosophie hinfällig wurden, überhaupt noch möglich zu einer Scheidung der beiden Sphären zu kommen, die, mehr als Wortdefinition, irgendwie den tatsächlichen Erlebnisinhalt trifft und darum fruchtbar ist?

Erste Möglichkeit wäre die Trennung durch Zuweisung bestimmten *Materials*. Auf religiösem Gebiet liegt die Materialdefinition durch den meist vorhandenen Gottesbegriff nahe. In vergangenen Tagen war sie berechtigt; heute würde sie weite Erlebnisgebiete ausscheiden, die wir, wie manche Formen des Sozialismus, als durchaus religiös empfinden. Damit wird sie unbrauchbar. Die Philosophie hat Materialdefinitionen (zum Beispiel Philosophie als Wissenschaft vom Absoluten bei Fichte, Schelling und Hegel) nur im Rahmen bestimmter Systeme versucht. Für eine alle Systeme umfassende Abgrenzung läßt sich eine solche nicht finden, denn Material der Philosophie ist, ebenso wie das der Religion, letzten Endes die Welt im weitesten Sinn des Worts. Das Material haben beide Gebiete gemeinsam.

Eine *methodologische* Definition liegt der Philosophie weitaus näher. Sie greift mit der Berufung auf die wissenschaftliche Grundlage ihrer Arbeit meist die Erkenntnistheorie heraus und trifft damit tatsächlich ein der Religion fremdes Gebiet. Die methodologische Definition hat, wenn sie weit genug gefaßt wird, den Vorzug große Systemgruppen zu umschließen. In Epochen, die, wie die neukantische oder wie die Aufklärungszeit, unter dem Einfluß eines großen Gedanken methodologisch verwandte Systeme erzeugen,

wird die Definitionsart befriedigen. Das Ganze der Philosophie, das Erkenntnistheorie, Weltanschauung und Lebensbestimmung umfaßt, ergreift sie jedoch nicht. In Zeiten, die versuchen Lebensphilosophie auf intuitiv erfaßte Werte zu gründen, muß sie versagen. Überdies ist sie zur Abtrennung gegen das Religiöse kaum geeignet, da Religion sich wohl selten Rechenschaft über ihre Methode ablegen wird, das Vergleichungsmitglied also wegfällt.

Versagen Material und Methode als die, sagen wir einmal, vorgegebenen Faktoren, so bleiben für den Versuch eine heute brauchbare Trennung durchzuführen nur die nachgegebenen Faktoren (das Wort nicht zeitlich und auch nicht im Gegensatz zu kausal verstanden) übrig. Als nachgegeben bezeichne ich das Ziel oder wenigstens die Tendenz. Gerade unserm Zeitalter, das eine ins Teleologische gerichtete Schwenkung vollzieht, wäre die an der Tendenz orientierte Trennung sicher gemäß. Bei der Orientierung an der Tendenz müssen wir zwischen den schaffenden und den aufnehmenden Individuen scheiden. Schon ihr quantitatives Verhältnis ist für beide Gebiete verschieden. Die Zahl der religiös Produktiven, der Religionsstifter, ist verschwindend klein gegen die Masse der Anhängerschaft. Der produktive Philosoph dagegen dürfte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum eine große Zahl Anhänger haben, deren Leben von seiner Lehre völlig erfaßt wird. Ein grundlegender Unterschied, der erst bei Untersuchung des rezeptiven Verhaltens völlig klargestellt werden kann, ist damit angedeutet. Er wirft ein Licht auf das Wesen der religiösen und der philosophischen Produktion.

Lassen wir die wissenschaftliche, erkenntnistheoretische Grundlage, die weiten Gebieten der Philosophie, nicht allen, gemeinsam ist, aus den schon genannten Gründen beiseite, so treffen wir in der Tendenz eine Weltanschauung zu bilden (die auch negativ als Ablehnen der Synthese auftreten kann) ein Ziel, das den produktiven Geistern in Religion und Philosophie gemeinsam ist. In unseren Tagen, und nur für diese spreche ich, hat der Gedanke der Entwicklung die philosophischen Köpfe so ergriffen, daß wohl keiner mehr glaubt im ewigen Werden ein bleibendes "System" zu schaffen. Das "System" wird bewußt zur Bilanz der Persönlichkeit gemacht. Der Philosoph steht nach Heinrich Rickert »still, um die Bedeutung des bisher Erreichten für den Lebenssinn zum Bewußtsein zu bringen«. Das "System" ist in moderner Auffassung nicht Selbstzweck, nicht Ende, sondern nur der latente und nach dem Unendlichen "offene" Hintergrund, an dem sich das individuelle philosophische Wollen orientiert. Dieses Wollen aber gilt, wie Fritz Medicus vor kurzem im Logos ausgeführt hat, den »Problemen«. Ihre Identität ist der bleibende Inhalt der Philosophiegeschichte, der ruhende Pol in der Systeme Flucht. Der moderne Philosoph fühlt sich bewußt als Glied einer endlosen, von den Problemen getragenen Systemreihe. Philosophie bleibt immer Frage, und die Antwort des einzelnen ist Arbeit an der endlosen Kette. Die Bedeutung des Systems wird damit in sein Wirken verlegt. Nicht was der Philosoph Abschließendes bot, macht seine Größe, sondern was er an vorwärtstreibenden Kräften hervorrief. Aristoteles' größter Erfolg lag nicht in nachbetender Scholastik, sondern in einem Galilei, der, von ihm gereizt, das Neue schuf.

Wo beharrende Tendenzen erscheinen, wo das systemgestaltende Individuum auf absolute abschließende Geltung zielt, wo dogmatische Färbungen erglänzen, hat der produktive Wille aufgehört in modernem Sinn philosophisch

zu sein. Er streift religiöse Sphären, wohlgerichtet nur für uns, für unsere teleologisch gerichtete Zeit. Das Zeitalter der Aufklärung würde Religion und Philosophie in ganz anderer Weise trennen. Für die Orientierung am Ziel, an der Tendenz des Gestaltenden, aber wird hier der Unterschied klar. Philosophie erlebt und will das Werden, Religion den Zustand, der nicht über sich hinausstrebt, der immer am Ziel ist. Das Absolute ist Thema, das Dogma Gestalt. Wird diese Tendenz, wie in monistischen Versuchen durchbrochen, indem man auch auf religiösem Gebiet Anpassung an die Entwicklung verlangt, in der "persönlichen" Religion sogar ein Begleiten der Individualentwicklung fordert, so überschreitet man die religiöse Sphäre und ist bereits mitten im philosophischen Land.

Mit der Trennung nach dem auf das Absolute oder auf das Bedingte eingestellten Willen ist das anfangs angedeutete Verhältnis der rezeptiven Sphäre klar gegeben. Moderne Philosophie kann Anhänger im wahren Sinn des Wortes, gläubige Jünger nicht brauchen. Nur Mitarbeiter sind ihr gemäß. »Jeder Philosoph« sagt schon Fichte in einem Brief »ist notwendig ein Alleinphilosoph, denn wenn er das nicht ist, so hat er unrecht und ist gar kein Philosoph, und wo das Alleinsein ein Ende hat, da hat auch die Philosophie ein Ende, und dann hebt an Dunkel, Wahn und Geschwätz.« Gefolgschaft in der Philosophie kann nur Annahme einer schon bestehenden Lehre nach eigener kritischer Untersuchung oder in nachschaffender Intuition bedeuten. Auch in der rezeptiven Sphäre, soweit man hier von einer solchen überhaupt noch sprechen darf, ist Philosophie eine individuelle Angelegenheit. Beim Lesen eines philosophischen Werkes reagiert mein gegenwärtiges persönliches Wesen mit dem vorliegenden System. So gleiten viele Stellen "unverstanden" ab, das heißt, sie vermögen in keiner Weise meine nachschaffenden oder Neues schaffenden Kräfte zu erregen. Andere Stellen führen wieder zu starker lust- oder unlustbetonter Reaktion, die bis zu den höchsten Graden der Begeisterung oder des Hasses emporflammen kann, je nachdem die gelesene Meinung die in mir sich auswirkende philosophische Tendenz fördert oder hemmt. Die subjektiven "Wahrheitsurteile" sind die in kritischer Form auftretenden Ausflüsse derartiger Reaktionen. Fallen beim Studium des fremden Systems unter bewußter oder unbewußter Ausschaltung des eigenen Wesens Reaktionsfähigkeit und auch "Nichtverstehen" fort, so wird das Werk nicht mehr im philosophischen Sinn gelesen sondern im religiösen Sinn gläubig hingenommen. Es kommt im Einzelfall zur unbedingten Jüngerschaft, bei Kollektivwirkungen zur Schul-, das heißt Gemeindebildung. Mit dieser aber betreten wir rein religiöses Gebiet, für das die Kollektivwirkung, das Massenbewußtsein, kennzeichnend ist. Eine geistige Gemeinschaft ist nur bei weitgehender Ausschaltung des Einzelbewußtseins möglich. Kritische Überprüfung des gebotenen Inhalts, nachschaffenden Erlebens, werden ersetzt durch das mit autoritativer zwingender Macht ausgestaltete Dogma, das die Zusammenfassung der vielen im Glauben ermöglicht. Wo kritische persönliche Auseinandersetzung mit dem Lehrinhalt beginnt, ist die Religion zu Ende. Solange die kritische Reaktion positiv verläuft, das heißt zu einer Bejahung des Lehrinhalts kommt, wird der Bruch mit dem Religiösen meist nicht erkannt. Man bleibt in der Sphäre der Theologie und merkt nicht, daß diese sehr irreligiös, sehr philosophisch sein kann. Erst wenn die Reaktion zu einer Ablehnung des religiösen Lehrinhalts kommt, wird das Überschreiten der religiösen Sphäre allgemein erkannt. Überall dort aber, wo

man nach freier Gestaltung eines persönlichen religiösen Weltbilds, nach einer "persönlichen Religion" verlangt, steht man bereits mitten im philosophischen Reich.

Fassen wir zusammen: Die Religion hat die Richtung auf das Absolute, auf das Endgültige, auf das Bestehende, auf das überindividuell Kollektive. Die Philosophie baut ihr Reich im Relativen, im Vorläufigen, im Werdenen, im Persönlichen auf. Diese Trennung nach der Tendenz dürfte für unsere Epoche die schärfste sein. Sie hat zeitgeschichtlichen Wert, denn sie kennzeichnet letzten Endes unser Erleben. Sie macht klar, warum weite Kulturgebiete heute religiöse Färbung aufweisen, ohne inhaltlich religiös zu erscheinen. Das Betonen des sozialen Wesens im Menschen, das Betonen des Gemeinschaftsbewußtseins, das heute unsern Geist erfüllt, drängt ohne weiteres ins religiöse Bereich. Das Religiöswerden vieler Verhältnisse repräsentiert nach Simmel ein gewisses Entwicklungsstadium eben der selben Inhalte, die »vorher und nachher von anderen Formen der Beziehung zwischen Menschen getragen« werden.

Selbstverständlich ist mit der Trennung nach der Tendenz kein Mittel gewonnen Religion und Philosophie, wie Säure und Base, durch Lackmus zu scheiden. Zwischengebiete bleiben stets bestehen. Mystik ist ein solches in reinster Form. Mystik (als individuelles Gotteserleben, als Eintauchen des sehr persönlichen Ichs in eine umfassende, selbstgeschaffene Kollektivität) ist auch nach unserer Scheidung Religion *und* Philosophie und wurde darum mit Recht stets von beiden Seiten behandelt. Allgemeingültig soll unsere Scheidung ja auch nicht sein, nur unserer heutigen Geisteslage gemäß. In diesem, sich selbst beschränkenden Sinn ist der Versuch philosophisch.

## HERMANN MATTUTAT · DIE KRISIS IM WOHNUNGSBAU

**M**IT dem Eintritt der wärmern Jahreszeit hat das Bauen, das so lange unter dem Einfluß der ungünstigen Witterungsverhältnisse ruhen mußte, wieder begonnen. Zugleich hob sich die Geschäftstätigkeit in anderen Erwerbszweigen, womit auch von dieser Seite der Arbeitsmarkt in gutem Sinn beeinflusst wird. So begrüßenswert diese Tatsache ist, so wenig darf man sich der Hoffnung hingeben, daß die Bautätigkeit, besonders auf dem Gebiet des Kleinwohnungsbaus, in diesem Jahr einen größern Umfang erreichen wird. Namentlich ist nicht daran zu denken, daß sich dadurch die Wohnungsverhältnisse nennenswert bessern werden. Der Mangel an Wohnungen, vor allem an Kleinwohnungen, nimmt noch immer zu und führt zu einer Gefährdung der allgemeinen Volkswohlfahrt, über deren Wirkungen man sich in den maßgebenden Kreisen anscheinend noch nicht genügend klar geworden ist.

Von privater Seite ist für die günstigere Gestaltung der Wohnungsverhältnisse bis jetzt sehr wenig geschehen. Es fehlen dazu die Mittel. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der in ihrer Vermögens- und Einkommenslage Bessergestellten vermochte bei den andauernd steigenden Baustoffpreisen und Baukosten zum Eigenwohnungsbau zu schreiten. Die Errichtung von Mietwohnungen blieb fast ausschließlich den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften überlassen. Aber auch von dieser Seite konnte

nichts Durchgreifendes unternommen werden, weil die Geldentwertung in Verbindung mit der Minderung der Steuereingänge alle Projekte, die auf eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse abzielten, über den Haufen warfen. Gebaut wurde deshalb nur noch von denjenigen kapitalistischen Kreisen, die während der Inflationsperiode die zur Verfügung stehenden Mittel in Sachwerte umzuwandeln suchten und sich in der Fortsetzung dieser Tätigkeit weder durch die nominell steigenden Löhne noch durch die Erhöhung der Baukosten abschrecken ließen. Für den Kleinwohnungsbau fiel dabei nichts ab. Unter der Wirkung der privatkapitalistischen Angriffe gegen die gemeinwirtschaftliche Finanzierung des Wohnungsbaus und der Forderung einer vollkommenen Wiederherstellung der freien Wirtschaft im Wohnungswesen ging auch der öffentliche Wohnungsbau ständig zurück, so daß von einer den Anforderungen einer vernünftigen zeitgemäßen Wohnungsfürsorge entsprechenden Wohnungsversorgung keine Rede sein konnte. Allmählich ist auf dieser Seite eine gewisse Ernüchterung eingetreten, so daß man jetzt selbst aus den Kreisen der Bauunternehmer das Zugeständnis vernehmen kann, daß ohne staatliche Hilfe, ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel der Bau von Wohnungen unmöglich ist.

Diese veränderte Beurteilung ist leicht verständlich. Unter der Kontrolle der behördlichen und genossenschaftlichen Bauauftraggeber war der Kleinwohnungsbau für den privaten Bauunternehmer schon bisher kein gutes Geschäft. Solange ihn Industrie, Handel und Landwirtschaft reichlich mit Aufträgen versorgten, konnte er leicht darauf verzichten. Diese Auftragsquelle begann aber zu versiegen, so daß er sich dem Kleinwohnungsbau zuwenden mußte. Das Ausbleiben von Bauaufträgen verführte zu der Annahme, daß allein die bürokratische Wohnungswirtschaft an dem Wohnungselend Schuld trage und deshalb durch die beweglichere private Initiative ersetzt werden müsse. Diese Erwartungen mußten enttäuscht werden, denn trotz Steigerung der Mieten zeigte die private Initiative bis jetzt noch nicht die geringste Neigung sich dem Wohnungsbau zuzuwenden; selbst dort nicht, wo "Friedensmieten" und mehr in Aussicht stehen. Es stellt sich ihr die Tatsache entgegen, daß Deutschland unter dem Druck des stärksten Kapitalmangels zu leiden hat. Die gewaltigen Zinsen für Kreditkapital können aber vom Baugewerbe noch weniger getragen werden als von der Industrie, weil diese immerhin noch in stande ist durch Steigerung und Verbilligung der Produktion, dadurch vermehrten Absatz usw. die von ihr in das Produkt einzurechnende Zinsquote zu vermindern. Nun können freilich auch in der Bauwirtschaft durch Beschleunigung des Wohnungsbaus, Vereinfachung der Bauweise, Anwendung arbeitssparender Maschinen, Normalisierung und Typisierung, rationellere Gestaltung der Bauausführung usw. die Baukosten verringert werden. Sie aber auf den Vorkriegsstand herabzudrücken ist bei den derzeitigen Zinssätzen nicht möglich. Daraus ergibt sich, daß die heutigen Mieten für die Belegung der Wohnungsbautätigkeit nicht ausreichen, ja selbst ihre weitere Steigerung auf den Friedensstand oder darüber hinaus an dem bestehenden Wohnungsmangel kaum etwas zu bessern vermöchte. Der private Wohnungsbau muß, die Errichtung von Eigenwohnungen ausgenommen, unter diesen Umständen stagnieren, weil die Lohn- und Gehaltsempfänger heute nicht in der Lage sind einen auf das Zwei- und Dreifache über den Vorkriegsstand erhöhten Mietszins aufzubringen.

Das Versagen der privaten Initiative auf dem Gebiet des Kleinwohnungsbaus ist keine neuere Erscheinung. Es war schon vor dem Krieg, wenn auch in weniger empfindlicher Weise, zu beobachten. Es ist bekannt, wie sich das Baukapital schon zu jener Zeit in ständig steigendem Maß von dem Kleinwohnungsbau abwandte. Dies hat ja gerade die Entwicklung des gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus veranlaßt. Die Gemeinden und Genossenschaften mußten die Aufgabe übernehmen die von der privaten Bautätigkeit gelassenen Lücken auszufüllen. In welchem Umfang das geschah, zeigt der Anteil, den die Baugenossenschaften in den Jahren 1908 bis 1914 an der Kleinwohnungsherstellung hatten. Von allen neuen Wohnungen wurden in Magdeburg 18,1 %, in Duisburg 19,7 %, in Gelsenkirchen 21,5 %, in Braunschweig 24,2 %, in Elberfeld 32,9 %, in Königsberg 61,3 %, genossenschaftlich hergestellt; in anderen Orten das gleiche Bild. Diese Zahlen beweisen, wie nichtig die auf die private Wohnungsbautätigkeit gesetzten Hoffnungen sind, um so mehr, als sich schon damals die Notwendigkeit herausstellte die Tätigkeit der Baugenossenschaften noch mehr auszuweiten, weil das von ihnen Geleistete nicht zur Befriedigung der bestehenden Bedürfnisse genügte. Der Mangel an Wohnungen zwang viele Gemeinden aus ihrer Reserve herauszutreten und sowohl durch Kredite an auf ihre Anregung entstehende Genossenschaften und Gesellschaften wie durch Wohnungsbau in eigener Regie einzugreifen. Dabei lagen damals für die Kapitalbeschaffung wesentlich günstigere Verhältnisse vor. Der Kapitalmarkt war flüssig; die Kapitalbeschaffung verursachte bei genügend gesicherter Tilgung und Amortisation dem Bauunternehmer keine besonderen Schwierigkeiten. Wie anders heute. Selbst den öffentlichen Organen, Reich, Staat und Gemeinden, ist es jetzt unmöglich ihren Kapitalbedarf durch Anleihen zu decken. Die Industrie hat die größte Mühe sich auch nur notdürftig zu versorgen. Wollte man den Kapitalmarkt auch noch durch die Ansprüche für die Befriedigung der Wohnungsbedürfnisse belasten, so könnte das zu nichts anderm als zu noch weitergehender Erhöhung der Zinsrate, zugleich aber auch weiterer Steigerung der Baukosten und Wohnungsmieten führen.

Nach der 3. Steuernotverordnung des Kabinetts Marx-Stresemann soll nun eine Mietssteuer in Höhe von 25 % der Friedensmiete erhoben werden. Diese Mietssteuer dient aber nicht etwa der Beschaffung des für den Wohnungsbau notwendigen Kapitals sondern der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden. Diese sind nur verpflichtet mindestens 10 % der aufkommenden Steuern zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwenden, so daß für diesen Zweck lediglich  $2\frac{1}{2}$  % der Friedensmiete verbleiben. Dagegen muß entschieden protestiert werden, und zwar nicht nur deshalb, weil der auf die Befriedigung des Wohnungsbedarfs entfallende Teil der Mietssteuer durchaus unzulänglich ist, sondern auch weil die Besteuerung der Wohnräume für allgemeine Zwecke höchst ungerecht und unsozial wirken muß. Wie wenig die durch die neue Steuernotverordnung beabsichtigte Lösung zu befriedigen vermag, geht aus den Plänen des preußischen Wohlfahrtsministers hervor. Der preußische Finanzminister hat zugesagt, daß er 10 % des Mietssteueraufkommens zur Förderung des Wohnungsbaus bereitstellen will. Bei 20 % Zuschlag wird die Einnahme aus der Mietssteuer für Preußen mit 500 Millionen Goldmark veranschlagt. Es würden also 50 Millionen zur Verfügung stehen, die allenfalls für den Bau von 12- bis 15 000 Kleinwohnungen ausreichen. Daß mit der Herstellung

dieser Wohnungen, selbst wenn damit in den nächsten Jahren fortgefahren wird, die Wohnungsnot nicht fühlbar abnehmen kann, ist klar. Anders, wenn der Wohnungsbauförderung 10 % der Friedensmiete zufließen. Mit den daraus gewonnenen Mitteln wäre es möglich bei Gewährung billigen Hypothekarkredits mindestens die 4- bis 5fache Anzahl von Wohnungen zu schaffen. Diese Lösung beseitigte die herrschende Wohnungsnot zwar auch noch nicht, schüfe aber doch eine Grundlage ihrer in absehbarer Zeit Herr zu werden und wieder zu normalen Verhältnissen zu kommen. Reich, Staat und Gemeinden haben daran das allergrößte Interesse. Eine vermehrte Wohnungsbautätigkeit wirkt belebend und befruchtend auf das gesamte Erwerbsleben ein, gibt der werktätigen Bevölkerung sowie weiten Kreisen des Mittelstandes die so schmerzlich entbehrt und für ihre Existenz notwendige Bewegungsfreiheit wieder, hebt den ungeheuerlichen Zustand, der Gewerbe-freiheit und Freizügigkeit zu leeren Begriffen macht, wieder auf.

Wiederholt und eindringlich ist auf das Verkehrte und Unrationelle der heutigen Erwerbslosenfürsorge hingewiesen worden, die besonders in der verfloßnen Inflationsperiode Millionen von Volksgenossen zwang sich monatelang mit einer kaum zur Stillung des Hungers zureichenden Unterstützung zu begnügen, weil sie für ihre Arbeitskraft keine Verwendung zu finden vermochten. Reich, Staat und Gemeinden wurden durch diese Unterstützungen in fortgesetzt steigendem Maß belastet. Da die Mittel zu ihrer Aufbringung fehlten, mußte man sie durch die Notenpresse beschaffen, wodurch die Inflation gesteigert, die Arbeitslosigkeit vermehrt wurde. Die produktive Erwerbslosenfürsorge bedeutete zwar einen kleinen Vorteil, blieb aber unzulänglich. Eine rechtzeitig eingeleitete umfassende Wohnungsbautätigkeit hätte hier vielen Schaden verhüten können. Es wäre eben wirklich gearbeitet worden. Bedauerlicherweise besteht wenig Hoffnung, daß man aus der Vergangenheit lernt: Es wird fortgewurstelt.

Um so mehr muß man in den von der Wohnungsnot betroffenen Kreisen selbst auf Abhilfe denken. Die drängende Not läßt in zunehmendem Maß Vorschläge und Projekte auftauchen, die Hilfe in Aussicht stellen. Der Gedanke einer Selbsthilfe mag manchem utopistisch erscheinen, braucht es aber nicht zu sein. Auch die Tätigkeit der vor dem Krieg gegründeten, auf Selbsthilfe gerichteten Bestrebungen der Baugenossenschaften wurden lange Zeit mit mißtrauischen Augen angesehen. In sehr vielen Fällen war solches Mißtrauen auch gerechtfertigt, weil die für ein Gelingen erforderlichen Voraussetzungen fehlten. Es blieben aber genug Fälle übrig, wo der beabsichtigte Zweck erreicht wurde. So sind trotz Skepsis und sonstigen Hindernissen die gemeinnützigen Baugenossenschaften zu für die Wohnungsversorgung wichtigen Faktoren geworden, die sich die allgemeine Anerkennung zu erwerben wußten. Auch heute ist der arbeitenden Bevölkerung der Weg zur Selbsthilfe nicht verschlossen. Besonders dürfte es Aufgabe der Gewerkschaften sein ihn zu beschreiten. Diese Auffassung scheint auch in den leitenden Kreisen der freien Gewerkschaftsbewegung Eingang gefunden zu haben. Die von dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen deutschen Beamtenbund am 14. März dieses Jahres errichtete Reichswohnungsfürsorgeaktiengesellschaft ist als Zentralstelle für sämtliche auf dem Boden des gemeinschaftlichen Eigentums stehende Baugenossenschaften und Siedelungsgesellschaften gedacht, die vorzugsweise die Wohnungsfürsorge für die Beamten, Angestellten und Arbeiter

betreiben soll. Sie verfolgt satzungsgemäß ausschließlich gemeinnützige Zwecke und hat zum Gegenstand die Förderung des Wohnungswesens durch Beschaffung gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen für die genannten Lohn- und Gehaltsempfänger. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf das ganze Reich. Neben der Förderung der Gemeinwirtschaft im Wohnungs- und Siedelungswesen, der Vertretung der Interessen der Wohnungsbedürftigen gegenüber den Organen des Reichs, der Länder und Gemeinden in allen Wohnungs- und Siedelungsfragen, der Beschaffung und Erschließung von Baugelände für Kleinwohnungszwecke, dessen Veräußerung und Vergebung zum Erbbaurecht, der Bearbeitung von Bau- und Siedelungsplänen, der Förderung der Typisierung und Normalisierung des Kleinwohnungsbaues sowie der Vermittlung und Beschaffung von Baustoffen, Bauteilen und Hausrat aller Art soll sie sich auch mit der Beschaffung von Baukapital, von Bürgschaften und Baukostenvorschüssen sowie mit der Organisation des Sparkapitals befassen. Ein verheißungsvoller Anfang. Von besonderer Bedeutung wird für die neue Gesellschaft unter den bestehenden Umständen die Kapitalbeschaffung und die Organisation des Sparkapitals sein. Hierfür liegen die Verhältnisse nicht ungünstig. Das Einkommen der Arbeiter hat sich wieder gehoben, wenn es auch in Hinblick auf die bestehende Teuerung noch nicht an die Friedenshöhe heranreicht. Es werden wieder Ersparnisse gemacht, die aber zum großen Teil ungenutzt liegen bleiben. Das durch die Verluste der Sparer bei den öffentlichen Sparkassen hervorgerufene Mißtrauen, die Furcht, diese Verluste könnten sich wiederholen, veranlaßt sie den Sparkassen fern zu bleiben. Es gilt diese Sachlage durch gewerkschaftliche Spareinrichtungen auszunutzen, die Spargroschen der Beamten, Angestellten und Arbeiter ihren eigenen Interessen nutzbar zu machen, was bei den öffentlichen Sparkassen nicht uneingeschränkt der Fall ist. Welche Mittel auf diese Weise flüssig gemacht werden können, geht daraus hervor, daß die bei den öffentlichen und nichtöffentlichen Sparkassen vor dem Krieg angesammelten Sparguthaben rund 20 Milliarden Mark ergaben. Wenn auch nicht daran gedacht werden kann, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in absehbarer Zeit ähnliche Mittel gewonnen werden, so darf das nicht abschrecken. Der Wohnungsbau muß auch durch das, was zu erreichen sein wird, belebt werden. Das Vorgehen der Gewerkschaften bedeutet ein Stück praktischen Sozialismus, der sich auch auf anderen Gebieten fruchtbringend auswirken muß.

Die heute herrschende Wohnungsnot bildet freilich nur einen Teil des das deutsche Volk bedrückenden Wirtschaftselends, dessen Beseitigung wir anzustreben haben. Nur mit ihm kann sie verschwinden. Organisieren und Sparen allein genügt nicht, um hierin vorwärtszukommen. Die Ursache unserer wirtschaftlichen Not ist die Verarmung, die über das deutsche Volk gekommen ist, der ungeheure Mangel an Arbeits- und Gebrauchswerten, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit verloren gingen. Diesem Mangel kann weder durch Organisation- und Sparrezepte noch durch Konjunkturgewinne oder Lohnforderungen abgeholfen werden. Die Menge der vorhandenen und damit zur Verteilung verfügbaren Werte wird durch derartige Mittel nicht vermehrt. Darauf allein aber kommt es an. Die Forderung unserer Zeit bleibt daher: Schaffung von mehr Werten, was nur durch weitestgehende Steigerung der Produktion zu erreichen ist. Allein auf diesem Weg können wir zu einer Wiedergesundung unserer Wirtschaft gelangen.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampffmeyer

Wirtschafts-  
demokratie

Im Mai dieses Jahres ist das Gewerkschaftsarchiv (siehe weiter unten den Abschnitt Literatur) mit dem programmatischen Artikel Karl Zwings Gewerkschaftliche Zeitenwende eröffnet worden. Zwing führt, völlig zutreffend, aus: »Die hinter uns liegende politische Umwälzung hat die wirtschaftliche Unreife der Arbeiterklasse auf das eklatanteste aufgezeigt. Das ist kein Vorwurf, nur eine historische Feststellung. Woher sollte die Arbeiterklasse auch die wirtschaftliche Reife haben? War doch die Wirtschaft ureigenstes Privileg und Monopol des Bürgertums. Die Umwälzung traf die Arbeiterklasse einschließlich der Gewerkschaften völlig unvorbereitet. Ihr moderner 70jähriger Emanzipationskampf lag mehr auf politischem Gebiete.« In der Tat, die Arbeiterschaft hatte über dem Kampf für die Eroberung der politischen Macht den planmäßigen Aufbau der Wirtschaftsdemokratie vernachlässigt, die erst der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse das feste, tragfähige Fundament geben kann. In der Wirtschaftsdemokratie, betont Zwing, sind wir erst in die entscheidende Entwicklungsstufe eingetreten. Die Gewerkschaften müssen vor allem jetzt ihr geistig wirtschaftliches Rüstzeug verbessern. Die »wirtschaftliche Persönlichkeit« der arbeitenden Menschen erweitert und vertieft sich. Die Rätegedankenwelt ersteht, die Wirtschaftsdemokratie und der Wirtschaftsparlamentarismus gewinnen an Boden. Der körperliche und geistige Arbeiter wandelt sich vom Industrieuntertan in einen gleichberechtigten »Wirtschaftsbürger«. Dieses neue Bürgertum fällt dem Arbeiter selbstverständlich nicht im Schlaf zu, es will mit heißen Mühen erworben sein. In der Metallarbeiterzeitung ruft Fritz Kummer nach einer Erweiterung der engen Grenzen der Gewerkschaftsarbeit. Und Zwing pflichtet ihm völlig in der Ansicht bei, daß mit bloßen Lohnkämpfen weder die Wirkungsmöglichkeit der Gewerkschaften ausgeschöpft, noch die Lebensordnung der Arbeiterklasse grundsätzlich verändert werden kann. Er entwickelt den Plan eines Aufbaus der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftstheorie hat nach seiner Meinung bisher unterlassen »in Verbindung mit

dem Verbraucherproblem das Problem der Arbeiterbanken zu fördern«. »Ist es nicht denkbar« fragt er »über ein zentralisiertes System von Arbeiterbanken alle Lohn- und Gehaltseinkommen zu leiten? Heute ist alles Lohn- und Gehaltseinkommen Privatkapital. Es muß doch von gewaltiger Wirkung sein, wenn man die Riesensummen von Lohn und Gehalt dem Privatkapital entzieht und in Gemeinschaftskapital umwandelt.« Ist das nicht ein Weg zu »einem neuen volkswirtschaftlichen System mit ungeahnter gewerkschaftlicher Machterweiterung?« In dem Aufsatz Konstruktiver Sozialismus im Gewerkschaftsarchiv schaut Siegfried Aufhäuser, nachdem seiner Ansicht nach der Gesetzgeber als »Schöpfer der Sozialisierung« versagt hat, ebenfalls nach neuen Wegen der »organisierten Selbsthilfe« aus. Die Gewerkschaft muß in enger Verknüpfung mit den Genossenschaften Einfluß und Macht in der Warenerzeugung und -verteilung gewinnen. Sicher kann die organische Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Genossenschaften der Wirtschaftsdemokratie, dem konstruktiven Sozialismus freie Bahn schaffen. Es ist dazu freilich noch eine tiefere Durcharbeitung der neuen Ideen notwendig, derart, wie sie hier in den Sozialistischen Monatsheften begonnen worden ist. Sie wird dazu führen, daß man den Kern des Rätegedankens erfaßt, und wird auch ein neues Licht auf das Wesen des Syndikalismus werfen.

Genossenschaft  
und Gewerkschaft

Die Blutsverwandtschaft zwischen den Gewerkschaften und den Genossenschaften hat Hans Müller in seinen Arbeiten, die sich über 3 Jahrzehnte erstrecken, wiederholt und eindringlich nachgewiesen. Beide Organisationen sind dem urwüchsigen Bedürfnis der Arbeiter nach Schutz, Sicherung und Erweiterung ihrer Existenz entsprossen. Beiden Organisationen liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die Arbeiter in ihrer Vereinzelung der wirtschaftlichen Macht der besitzenden Klassen, den Fabrikanten sowohl wie den Händlern, völlig ausgeliefert sind. »Oft waren«, wie Hans Müller in seiner Schrift Das Prinzip der Genossenschaften und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften / Jena, Thüringer Verlagsanstalt/ betont, »die Gründer von Gewerkschaften Genossenschafter und umgekehrt, und durchweg rekrutieren sich die Mitglieder beider Organisa-

tionen aus den selben, zum Bewußtsein ihrer Interessen erwachenden Schichten des Arbeitervolks.« Beide Organisationen ruhen auf breiter demokratischer Grundlage, beide stehen auf dem Boden des gegen jede Ausbeutung gerichteten Arbeitsprinzips und formen durch die ihnen innewohnenden Tendenzen die Wirtschaft in gemeinwirtschaftlichem Sinn um. Die Gewerkschaften bereiten nach Müller den Sozialismus direkt vor, »und zwar in um so höherem Grade, je mehr sich die Arbeiterklasse bewußt zur Trägerin des Produktionsgedankens macht«. Müller strebt nun, da die Gewerkschaften und Genossenschaften Verkörperungen des gleichen sozialen Prinzips sind, eine dauernde, enge organisatorische Verknüpfung beider Institutionen an. Die Gewerkschaften sollen nach ihm zu Wahlkörpern bei der Bildung der leitenden Organe der Genossenschaften gemacht werden. Müller will von dem System der atomistisch-bürgerlichen Interessenvertretung zu einer organisierten Arbeiterdemokratie übergehen. Bei dem heutigen Wahlmodus ist die genossenschaftliche Demokratie zur leeren Form geworden. Durch die innige Verknüpfung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen will Müller eine wirkliche schaffende Demokratie ins Leben rufen. Er hält es für möglich, »daß wir auf diesem Wege schließlich zu einer höhern Einheit in der Arbeiterbewegung gelangen, zu einer organisatorischen Form, in der sich alle in ihr vorhandenen Kräfte mit Erfolg auf ein großes einheitliches Ziel konzentrieren: auf die planmäßige Umwandlung unserer anarchischen Profitwirtschaft in eine geordnete, auf dem Arbeitsinteresse des ganzen arbeitenden Volkes beruhende Gemeinwirtschaft«.

#### Völkische Gewerkschaften

Die Maiwahlen zum deutschen Reichstag haben gezeigt, daß der Nationalsozialismus auch in proletarische Kreise eingedrungen ist. Es existieren 4 deutschvölkische Reichsverbände: für Arbeiter, Bergarbeiter, Angestellte und weibliche Angestellte. Diese Verbände schließen sich zu einer Zentralstelle zusammen. »Sie bilden anscheinend« schreibt Karl Zwing im Gewerkschaftsarchiv »das Aufnahme-reservoir für alle die durch die Hetze gegen Gewerkschaftsführer irreführenden Arbeiter, und die, durch die Verhältnisse begünstigt, den Glauben an die alte Gewerkschaftsbewegung verloren haben. Ihre Idee ist die "Werkgemeinschaft". Also eigentlich eine Idee aus

dem syndikalistischen Geistesschatz stammend; aber doch ist, wenn man die übrigen Programmpunkte näher betrachtet, keine Täuschung möglich, daß es sich um eine Fortsetzung der früheren Werkvereine, der sogenannten gelben Gewerkschaften, handelt.« Fürs erste spielen sich die völkischen Gewerkschaften sehr arbeiterfreundlich auf. In der Reichstagswahlagitation geberdeten sie sich als grundsätzliche Kapitalfeinde, und sie erschreckten dadurch diejenigen, die ihre nächsten Gesinnungsgenossen sein sollten: die Deutschnationalen, so stark, daß sie von diesen als leibhaftige "Marxisten" verschrien wurden. Das selbe beschimpfend gemeinte Wort flog ihnen an den Kopf, als sie sich im Reich und in Mecklenburg für den Achtstundentag einlegten.

Den Kampf gegen die deutschvölkischen Gewerkschaften darf man sich gar nicht so leicht vorstellen, da Millionen deutscher Volksgenossen nach dem Zusammenbruch theoretisch und praktisch recht ungenügend im Gewerkschaftswesen erzogen wurden. Überdies wird die Zersetzungsarbeit der Völkischen noch wirksam durch die Zellenbildung der Kommunisten unterstützt.

**Kurze Chronik** Am 31. Dezember 1923 zählte der *Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund* 5 111 961 männliche und 1 424 764 weibliche Mitglieder. Von 100 Mitgliedern waren 21,80 weiblichen Geschlechts. Vorwiegend weibliche Mitglieder haben die Tabakarbeiter (79,6%), die Buchbinder (78,6%), die Hutarbeiter (71,1%), die Textilarbeiter (66,5%), die Bekleidungsarbeiter (65,5%), die graphischen Hilfsarbeiter (65,5%), die Kürschner (64,7%). ◊ Bei den Wahlen zum Reichstag am 4. Mai wurden folgende bekannte Gewerkschafter gewählt: Siegfried Aufhäuser, August Brey, Robert Dissmann, Peter Graßmann, Fritz Husemann, Hermann Krätzig, Heinrich Limbertz, Oswald Schumann, Josef Simon, Rudolf Wissell. ◊ Die Gründung eines Wirtschaftsrats, für den sich der französische Gewerkschaftsbund schon jahrelang eingelegt hatte, scheint in Frankreich nahe bevorzustehen. Der Gewerkschaftsführer Jouhaux schreibt darüber im Peuple: »Wir wissen noch nicht, wie der Wirtschaftsrat zusammengestellt werden wird. Wird die kommende Regierung die Vorschläge der Unternehmer oder der Arbeiter als Grundlage nehmen? . . . Stellen wir nur fest, daß ein Wirtschaftsrat in der Erfüllung der Auf-

gaben der kommenden Zeit eine Notwendigkeit ist.«  $\diamond$  In England ist eine Nationale Föderation der Gewerkschaftskartelle gegründet.  $\diamond$  Der Gewerkschaftsbund Dänemarks umfaßte am 31. Dezember 1923 233 116 Mitglieder. Zur Unterstützung notleidender deutscher Kinder brachte er 57 659 Kronen auf.  $\diamond$  Die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes Hollands ging vom 1. Januar 1922 bis zum 1. Januar 1923 von 217 348 Mitgliedern auf 179 929 Mitglieder zurück.  $\diamond$  Auf dem Gewerkschaftskongreß Jugoslawiens, der vom 27. bis zum 28. April in Belgrad tagte, waren 31 Verbände mit 36 755 Mitgliedern vertreten.  $\diamond$  Die in Palästina mit Hilfe organisierter Arbeiter begründete Arbeiterbank hat für 1923 sehr günstige Resultate aufzuweisen. Das Fachblatt der jüdischen Arbeiter in Palästina, die Lokomotive, wird jetzt auch in arabischer Sprache herausgegeben.  $\diamond$  Das Unternehmertum Australiens führt einen planmäßigen Feldzug gegen die Gewerkschaften. Es schloß zum Teil die Fabriken und eröffnete Fachschulen zur Fortbildung ungelerner Arbeiter. Das Baugewerbe allein weist etwa 100 000 Arbeitslose auf.  $\diamond$  Ein (glücklicherweise seltenes) Beispiel geistiger Beschränktheit haben die englischen Musikergewerkschaften geboten, als sie zu Beginn dieses Jahres »zur Wahrung der berechtigten Wirtschaftsinteressen ihrer Mitglieder« das Gastspiel der Wiener Staatsoper in London bekämpften. Der Sekretär des britischen Gewerkschaftskongresses, dessen Intervention angerufen worden war, erklärte, daß er außerstande sei die Einstellung dieses Feldzugs zu erwirken.

#### Literatur

Das von Karl Zwing herausgegebene *Gewerkschaftsarchiv* /Jena, Verlag des Gewerkschaftsarchivs/, eine neue Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung, will eine neue geistige Ära für die Gewerkschaften einleiten, die vor allem die Gewerkschaftswissenschaft neu beleben soll. Ein genauer Überblick über die Bewegung der 3 Heersäulen der Gewerkschaften soll in jedem Monat gegeben werden. Das Archiv setzt es sich weiter zum Ziel den Gewerkschafter über den jeweiligen Stand des Arbeitsrechts, des Betriebsrätewesens, der Sozialpolitik zu informieren. Das Gebiet der wirtschaftlichen Machteroberung wird besonders in das Blickfeld des Gewerkschafters gerückt werden. Die Frage der gewerkschaftlichen Machterweiterung, das

Staatsproblem, innengewerkschaftliche Organisationsfragen werden in der neuen Monatschrift behandelt werden. Der Inhalt der Zeitschrift spiegelt sich in folgenden Aufsätzen, Übersichten und Mitteilungen wider: Clemens Nörpel Antriebe und Ziel des Mitbestimmungsrechts, Albert Falkenberg Zur geschichtlichen Entwicklung der Beamten-gewerkschaften, Robert Fette Versicherung oder Versorgung?, Georg Engelbert Graf Arbeiterbewegung und Bildungsproblem.  $\diamond$  Die Konzentrationsbewegung der Gewerkschaften behandelt das Buch Johann Fiedler Die Konzentrationsbewegung der Gewerkschaften /Wien, Hölder-Pichler-Tempsky/. Der Verfasser betont, daß sich die monopolistische Tendenz der Gewerkschaften den Arbeitsmarkt zu beherrschen am leichtesten durchsetzen könne, je geringer der Kreis der Berufsangehörigen sei. Zwischen den einzelnen Kategorien der Arbeiterschaft bestehen nun klar erkennbare Interessendifferenzen. Diese Differenzen verschwinden nicht in dem Maß, wie Marx annahm, mit der Einstellung der ungelerten Arbeiter, deren Arbeit gleichsam ohne bestimmte Qualität ist. Der ungelerte Arbeiter ist eben durchweg nicht eine rein mechanisch arbeitende lebende Maschine. Die Entwicklung der Maschinenteknik stellt häufig hohe Ansprüche an die Intelligenz des ungelerten Arbeiters. Die Unterschiede und Gegensätze in den Interessen der Arbeiterschaft werden nicht, wie Marx voraussetzte, kurzerhand beseitigt. Durch eine Konzentration der Berufsgewerkschaften werden die Interessengegensätze zwischen einzelnen Arbeitergruppen ausgeglichen, und es wird verhindert, daß die monopolistischen Tendenzen zu Erfolgen einzelner Arbeitergruppen auf Kosten der anderen führen. Mit der Quantität der Mitglieder eines Gewerkschaftsverbandes ändert sich die Qualität dieses Verbandes. Mit den Konzentrationsbestrebungen der Gewerkschaften, mit der Entwicklung des beruflichen Zentralverbandes zum Industrieverband gestalten sich die Funktionen des Verbandes um. Die Schutztendenz der Gewerkschaften tritt auf Kosten der Monopoltendenz hervor. Fiedler hätte seine leitenden Gedanken über die Monopol- und Schutztendenzen der Gewerkschaften klarer herausarbeiten müssen, da sie in ihrer jetzigen Form leicht zu Mißverständnissen führen können. Nach Fiedler ist die Klassenbewegung ein notwendiges Moment des sozialen Fortschritts, das überhaupt nicht ausgeschaltet werden kann.

Genossenschaftsbewegung / August Müller

**England** Die schottische und die englische Großeinkaufsgesellschaft geben seit 1917 gemeinschaftlich ein Jahrbuch heraus, in dem mit der Genossenschafts- und der allgemeinen Arbeiterbewegung in Großbritannien und im Ausland zusammenhängende Fragen erörtert werden. Das Jahrbuch für 1924 enthält einen Bericht über die britische Genossenschaftsbewegung im Jahr 1922, soweit die Genossenschaften dem britischen Genossenschaftsbund angeschlossen waren. Danach umfaßte dieser Genossenschaftsbund Anfang 1923 1445 genossenschaftliche Organisationen mit 4569 089 Mitgliedern. Das Anteil- und Leihkapital umfaßte 120 408 650 Pfund Sterling, die Reservefonds betragen 10 912 636 Pfund. 183 195 Angestellte und Arbeiter wurden von den Genossenschaften beschäftigt, die in Form von Löhnen und Gehältern 25 586 278 Pfund Sterling bezogen. Der Gesamtumsatz der Genossenschaften belief sich auf 262 220 810 Pfund Sterling, der Reinüberschuß auf 15 199 008 Pfund Sterling. Seit 1920, da die britischen Genossenschaften mit 404 Millionen Pfund die bisher höchste Umsatzziffer erreicht hatten, ist der Umsatz zurückgegangen. Das hat seine Ursache zum Teil in Veränderungen des Geldwerts, vor allem aber in der Arbeitslosigkeit und in anderen wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Anteil- und Leihkapital ist zwar im Vergleich mit 1921 noch um rund 2 Millionen Pfund gewachsen, der Umsatz ist aber um 72 Millionen Pfund, der Reinüberschuß um 3 Millionen Pfund, die Zahl der Beschäftigten um 4 784, die Zahl der angeschlossenen Vereine um 27 und die Mitgliederzahl um 29 648 geringer.

Betrachtet man allein die Konsumgenossenschaften, so zeigt sich ein Rückgang um 31, bei den Mitgliedern um 29 395 oder 0,6 %; das Anleih- und Leihkapital ist von 85,6 auf 84,8 Millionen Pfund oder um 0,9 % gesunken, der Umsatz von 218,7 auf 169,5 Millionen Pfund, also um rund 49 Millionen Pfund oder um 22,5 %. Die Anzahl der Beschäftigten verminderte sich um 3 %, die Lohnsumme um 14,4 %. Die Unkosten der britischen Konsumgenossenschaften haben sich nicht in gleichem Maß verringert wie der Umsatz und der Reinüberschuß. Diese rückläufige Bewegung in der machtvollsten Konsumentenorganisation der Welt kennzeichnet die europäische Wirtschaftskrise; das britische Genossenschaftswesen gefährdet sie natürlich nicht, obgleich ka-

pitalistische Unternehmungen sich die schwierige Situation der Konsumgenossenschaften zunutze zu machen versuchen und in den letzten Jahren Kampfmethoden wieder aufgenommen haben, die man längst für überwunden hielt.

Im Jahr 1922 existierten 105 Produktivgenossenschaften mit 38 138 Mitgliedern, 2,9 Millionen Pfund Anteil- und Leihkapital, 5,3 Millionen Pfund Umsatz und 314 900 Pfund Reinüberschuß. Sie beschäftigten 10 779 Personen, die 1,3 Millionen Pfund Löhne und Gehälter bezogen. Auch die Produktivgenossenschaften hatten 1920 den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht und gehen seit diesem Jahr zurück, und zwar in allen Bilanzposten bis auf das Anteil- und Leihkapital. Das ist begreiflich; denn wie in Deutschland besteht auch in Großbritannien die Mehrzahl dieser Produktivgenossenschaften als Anhängsel der Konsumvereinsbewegung, so daß das Schicksal der einen das der anderen bedingt.

Für die Statistik berichteten 3 Großeinkaufsgesellschaften: die englische, die schottische und die irische. Am günstigsten steht die englische da. Ihr Anteil- und Leihkapital ist noch um 9,5 % gewachsen und beträgt 25,5 Millionen Pfund. Der Großhandelsumsatz ging auf 65,9 Millionen Pfund oder um 19,6 % zurück. Im Gegensatz zu 1921, wo die Gesellschaft mit Verlust arbeitete, wurde ein Überschuß von 420 000 Pfund erzielt. Die Anzahl der Beschäftigten und die an sie gezahlten Löhne verminderten sich ebenfalls, und zwar um 1,1 und 14, 2 %. Die Löhne sind also ziemlich stark abgebaut worden; dieser Abbau hatte verschiedene aufsehenerregende Arbeitskonflikte im Gefolge. Der Wert der in den Produktivbetrieben hergestellten Güter betrug 20,6 Millionen Pfund. Gegenüber dem Jahr 1921 fiel er um 22,2 %. Die Eigenproduktion wurde daher vorerst nicht weiter ausgedehnt. Die schottische Großeinkaufsgesellschaft verfügt über ein Anteil- und Leihkapital von 6,1 Millionen Pfund, ihr Umsatz belief sich auf 17 Millionen Pfund, ihr Reinüberschuß auf 316 000 Pfund; 1921 hatte auch diese Gesellschaft mit Verlust abgeschlossen. Die Anzahl der Beschäftigten ging hier um 6,5 %, die Lohnsumme um 7,9 % zurück. Der Wert der Eigenproduktion betrug 5,3 Millionen Pfund, gegen 7 Millionen im Jahr 1921; das ist eine Abnahme von 23,2 %. Die irische Großeinkaufsgesellschaft stellt einen zentralisierten Betrieb landwirtschaftlicher Genossenschaften dar. Ihr sind 684 Genossenschaften ange-

schlossen. Ihr Anteil- und Leihkapital betrug 292 000 Pfund, der Großhandelsumsatz 688 000 Pfund. Das Geschäftsjahr schloß, wie das vorhergehende, mit einem Verlust. Die Eigenproduktion der Gesellschaft ist nur gering entwickelt. Sehr nachteilig wirkten in Irland die politischen Unruhen auf die Entwicklung der Gesellschaft. Aus diesen Unruhen ist der Verlust und der Rückgang des Anteilkapitals zu erklären; der erste, den die Gesellschaft seit ihrem Bestehen zu verzeichnen hat.

**Rußland** Die Genossenschaftspolitik der Bolschewisten hat sich wieder einmal geändert. Am 10. April 1918 war die erste Verordnung über das Genossenschaftswesen erschienen, ihr folgte eine Reihe anderer bis zum 27. Januar 1920; sie alle schlugen eine Politik ein, die das russische Genossenschaftswesen vernichtete. Mit einer neuen Verordnung vom 7. April 1921 begann eine 2. Periode der Genossenschaftspolitik, die zum allmählichen Wiederaufbau dieser Organisationen führte. Entsprechend der "neuen ökonomischen Politik" (siehe die Rundschau Staatssozialismus, 1923 Seite 682 f.) versuchte man aus den Genossenschaften gemischtwirtschaftliche Betriebe zu machen, die den zuerst rein bürokratischen Charakter der bolschewistischen Genossenschaften nicht mehr besaßen, in der Hauptsache aber immer noch Organe, und zunächst sogar bevorzugte Organe der "kommunistischen" Staatswirtschaft blieben. Man lockerte den auf den Genossenschaften lastenden Druck, und schließlich ergaben sich wieder Lebensmöglichkeiten für andere Genossenschaftsformen. Von freien Genossenschaften mit demokratischer Verfassung konnte aber noch nicht die Rede sein. Bestand doch sogar noch immer die Zwangsmitgliedschaft für Konsumgenossenschaften. Außerdem hielten nach wie vor die staatlichen Organe die genossenschaftlichen Verwaltungen fest in der Hand. Aber der einmal begonnene Umwandlungsprozeß setzte sich fort. Die Zwangsmitgliedschaft in den Konsumgenossenschaften wurde schon im Jahr 1922 praktisch aufgehoben. Es waren auch allmählich neben den "kommunistischen" Konsumgenossenschaften freiwillige Genossenschaften entstanden, in denen bürgerliche Elemente den entscheidenden Einfluß ausübten. Die bolschewistischen Behörden entschlossen sich daher abermals ihre Genossenschaftspolitik zu ändern. Eine Verordnung vom 28. Dezember 1923 führt wieder den

Grundsatz der freiwilligen Mitgliedschaft ein. Die Konsumgenossenschaften erhalten das Recht wieder Produktivbetriebe einzurichten, wobei vor allem an ländliche Produktivabteilungen gedacht ist. Die Bolschewisten fahren aber fort die Genossenschaftsverwaltungen zu beherrschen; denn es wurde bestimmt, daß das aktive und passive Wahlrecht für die Genossenschaftskörperschaften nur den Mitgliedern zusteht, die nach dem Staatsgrundgesetz aktives und passives Wahlrecht für die Sowjets besitzen. Man hat es also noch keineswegs mit wirklichen Genossenschaftern im westeuropäischen Sinn zu tun; es hat vielmehr den Anschein, als befolge die Neuregelung den Zweck auch die freiwilligen, nach dem Prinzip der politischen Neutralität gebildeten Genossenschaften unter die Herrschaft der Bolschewisten zu bringen. Im übrigen geben die bolschewistischen Führer selbst zu, daß die Konsumgenossenschaften unter ihrem Regime nur wenig geleistet haben; die Hauptursache liegt natürlich darin, daß die russische Wirtschaft überhaupt nach wie vor darniederliegt. In Moskau fiel im Jahr 1923 die Zahl der Konsumgenossenschaften von 250 auf 128; die zersplitterten genossenschaftlichen Kleinbetriebe vermochten sich bei der allgemeinen Wirtschaftslage nur zum Teil zu behaupten.

**Italien** Es wird berichtet, daß in Mailand und Monza die Fascisten, als die Wahlergebnisse nicht ihren Erwartungen entsprachen (weil die Sozialisten und die Popolari erhebliche Erfolge erzielt hatten), etwa 30 Konsumvereine und Vereinslokale zerstörten und eine größere Zahl von Personen verletzten. Dieser Vorgang zeigt, daß die Leidensgeschichte des italienischen Genossenschaftswesens, die mit der fascistischen Diktatur begann (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 309), noch nicht beendet ist, obwohl Mussolini im vergangenen Jahr in einer Unterredung mit dem Präsidenten der italienischen Genossenschaftsliga Vergnani selbst sein Vertrauen in das italienische Genossenschaftswesen ausgesprochen und Entgegenkommen bei der Behandlung der Genossenschaften in Aussicht gestellt hatte. Die Fascisten haben im übrigen eine eigene Genosschaftsorganisation geschaffen, über deren Umfang und Bedeutung aus der uns zugänglichen Genossenschaftspresse aber nichts Näheres zu ersehen ist. Das italienische Genossenschaftswesen umfaßte 1922, soweit der größte Verband, die Genosschafts-

liga in Betracht kommt, 8000 Genossenschaften mit 2 Millionen Mitgliedern und mehr als 2 Milliarden Lire Umsatz. Allerdings war diese Bewegung in Italien stets stark zersplittert. Neben höchst interessanten und wichtigen landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, wie sie in gleicher Art in keinem andern Land der Welt zu finden sind, gab es in ganz Italien rund 10 000 Konsumgenossenschaften mit etwa 40 000 Warenabgabestellen und zahlreichen Produktivbetrieben sowie einer Großeinkaufsgesellschaft in Mailand. Davon waren allerdings nur 3600 Konsumgenossenschaften der Genossenschaftsliga angeschlossen, die außerdem noch 2700 Arbeits- und Produktivgenossenschaften, 700 landwirtschaftliche und 1000 Genossenschaften anderer Art umfaßte. Im Krieg und mehr noch in den Nachkriegsjahren drangen in das italienische Genossenschaftswesen aber allerhand Tendenzen ein, die es nicht fördern konnten. Die geschäftlichen Grundsätze wurden über den Haufen geworfen, politische Wirrköpfe nisteten sich ein, und so zeigten sich schon vor der Entwicklung des Fascismus bedenkliche Rückschritte. Dann kam der Fascismus, der besonders in den Konsumgenossenschaften die Stütze der sozialistischen Bewegung sah und in seiner kleinbürgerlichen Ideologie das Genossenschaftswesen möglichst schädigen, wenn nicht ganz vernichten zu müssen glaubte. Diesem Vernichtungswerk widmeten sich die Fascisten anfänglich mit großer Gründlichkeit. In der Cooperazione Italiana vom 11. Januar 1924 machte Vergnanini einige Mitteilungen über die Folgen des fascistischen Gewaltregiments für das italienische Genossenschaftswesen. Er spricht von einem »rasenden Feldzug der entfesselten Gewalten gegen Hunderte von Organisatoren, die getötet, verwundet, von der Verbannung betroffen wurden, gegen Tausende von Genossenschaften, die in Brand gesteckt, verwüstet, deren Leitungen mit Gefängnis bedacht wurden«. Die Genossenschaftsliga lehnte alle Angebote einer Verständigung mit den fascistischen Machthabern ab. Sie besteht auch noch, freilich sehr geschwächt und mit einer Mitgliederzahl von 2000, statt der 8000, die sie noch im Jahr 1922 umfaßte. Die meisten Produktivgenossenschaften sind zerstört, aufgelöst oder gesetzlich davon ausgeschlossen sich bei Ausschreibung öffentlicher Arbeiten am Wettbewerb zu beteiligen. Dabei haben sich diese Genossenschaften zum Teil große Verdienste dadurch erworben, daß sie sich in höchst

uneigennütziger Weise an Meliorationen von Gegenden beteiligten, die von der Malaria heimgesucht waren, oder von Erdbeben zerstörte Gebiete wiederaufbauten. Sie wurden rücksichtslos privater Gewinn gier geopfert. Eine Genossenschaftskreditbank wurde durch eine Ministerialverfügung gezwungen ihren Verwaltungsrat den Wünschen der Fascisten entsprechend umzugestalten. In andere genossenschaftliche Institute entsandte Mussolini einfach einen Kommissar mit absoluten Vollmachten, und als der Leiter der berühmten großen Mailändischen Konsumgenossenschaft starb, ersetzte ihn Mussolini durch einen seiner Anhänger, den er durch Königliches Dekret zum Kommissar ernannte. Die italienische Großeinkaufsgesellschaft mußte liquidieren, die meisten großen Genossenschaften arbeiteten mit Verlust, und zahlreiche Genossenschaften entgingen dem Verderben nur dadurch, daß sie sich den Fascisten unterwarfen. Form und Methoden der fascistischen Genossenschaftsverfolgung haben verzweifelte Ähnlichkeit mit der bolschewistischen Genossenschaftspraxis von 1918 und 1920, und die folgenden Worte Vergnaninis rufen uns die bolschewistischen Praktiken ins Gedächtnis: »Leider sind noch heute an 100 Organisatoren gezwungen als Flüchtlinge zu leben, weit von ihrem Wohnsitz, getrennt von den Familien. Die Genossenschaften, die sich noch nicht dem Willen des fascistischen Herrn am Ort gebeugt haben, sind allen Drohungen ausgesetzt, die Zentralen werden besetzt, die Verwaltungsräte aufgelöst, die Schließung der Geschäfte aufgezwungen, das Eigentum angegriffen, jedes Recht der Genossen abgeschafft. Das einzige Recht, das vom Fascismus anerkannt wird, ist das des Knüppels, des Revolvers, der Handgranate.«

Die Überreste der italienischen Genossenschaften haben sich auf ihrem letzten Kongreß im September 1923 auf eine Taktik festgelegt, die ein besseres Verhältnis zum Fascismus herstellen will, ohne daß doch prinzipielle Konzessionen gemacht werden. Die neue Epoche wurde damit eingeleitet, daß Vergnanini einen Besuch bei Mussolini machte; außerdem gründete man in Gemeinschaft mit den Fascisten einen Ausschuß, der die Beschickung einer Ausstellung vorbereiten soll, die in diesem Jahr in Gent, gleichzeitig mit dem internationalen Genossenschaftskongreß, stattfindet. Ein Gottesfriede zwischen Fascismus und Genossenschaften herrscht noch nicht. Die Genossenschaften streben ihn an.

## Schweiz

Der Verband schweizerischer Konsumvereine konnte bereits seinen Bericht über das Geschäftsjahr 1923 vorlegen. Er unterrichtet im allgemeinen über eine Epoche befriedigender Entwicklung. Die Anzahl der Verbandsvereine ging von 519 auf 516 zurück, der Umsatz stieg aber von 118,4 auf 119,5 Millionen Francs. Der Verband, der zugleich die Funktionen einer Großeinkaufsgesellschaft ausübt, ist bestrebt seine Unkosten zu verringern; er hat seit dem 1. Dezember 1920 die Zahl der Angestellten um 137 vermindert. Eine vom Verband errichtete Versicherungsanstalt, die arbeitsunfähig gewordenen Angestellten Pensionen gewährt, wird von 49 Genossenschaften benutzt, sie hat sich günstig entwickelt. Das gleiche gilt von der Bankabteilung. Die Eigenproduktivbetriebe haben sich normal entwickelt, nur die Schuhfabrik litt unter der ungünstigen Geschäftslage und war bei den hohen sozialen Lasten, die sie zu tragen hat, nicht konkurrenzfähig. Der Verbandsbericht bemerkt, man werde diesen Zweig der Eigenfabrikation nicht weiter ausbauen können, falls es nicht gelinge die Selbstkosten herabzusetzen. Von 6 dem Verband gehörigen Gutsbetrieben sind 4 verpachtet, nur 2 werden vom Verband selbst bewirtschaftet. Das Ergebnis dieser Betriebe wurde durch die Verpachtung verbessert. Auch der Verband schweizerischer Konsumvereine mußte in der Nachkriegszeit schwere Zeiten durchmachen; namentlich waren im Jahr 1922 große Schwierigkeiten zu überwinden. Das Jahr 1923 scheint aber ein Wendepunkt zu sein; es macht sich deutlich ein Umschwung bemerkbar, der um so beachtenswerter ist, als die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz noch sehr viel zu wünschen übrig lassen.

## Totenliste

Durch den Tod des Universitätsprofessors *Heinrich Dade* (siehe die Rundschau

Landwirtschaft, in diesem Band Seite 205) verlor das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen einen eifrigen Mitarbeiter von großen Verdiensten.

Am 20. Januar starb *Aneurin Williams*, 65 Jahre alt. Dadurch verlor die britische Genossenschaftsbewegung einen jener immer seltener werdenden Förderer aus den Kreisen des wohlhabenden und gebildeten Bürgertums, die eine Zeitlang eine so große Rolle in den britischen Genossenschaften spielten. *Williams* hat sich schon als junger Mensch den Genossenschaften zugewandt, seine

Liebe galt vor allem den Produktivgenossenschaften und dem System der Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Wie seine Freunde aus dem christlichen Lager betätigte er sich nebenbei aber auch in der Konsumgenossenschaftsbewegung. Er war Mitglied des Zentralkomitees des Internationalen Genossenschaftsbundes.

Am 6. Februar starb *Alfred Schulze*, der jüngste Sohn und letzte direkte Nachkomme *Schulze-Delitzsch'*. Er war zuletzt Oberbeamter in der Genossenschaftsabteilung der Dresdener Bank.

Am 27. Februar starb in Kristiania *Oscar Dehli*, einer der bedeutendsten Führer der norwegischen Konsumgenossenschaftsbewegung, im Alter von 73 Jahren. *Dehli* gründete im Jahr 1894 den Konsumverein Kristiania. Er redigierte längere Zeit das Fachblatt des norwegischen Konsumgenossenschaftsverbandes und war mehrere Jahre Leiter des Landesverbandes norwegischer Genossenschaften. Er hat praktisch und theoretisch die Konsumgenossenschaftsbewegung außerordentlich gefördert.

**Kurze Chronik** Eine vorläufige Zusammenstellung ergibt für die *dänischen* Genossenschaften im Jahr 1923 einen Umsatz von 1 398,6 Millionen Kronen, gegen 1 248,1 Millionen Kronen im Jahr 1922. Die Verbrauchergenossenschaften sind sehr zurückgegangen. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine fiel von 174,6 auf 123,4 Millionen Kronen oder um 29 %, während der Umsatz der landwirtschaftlichen Bezugsgenossenschaften um 2 %, der landwirtschaftlichen Produktiv- und Absatzgenossenschaften um 2 % und der Umsatz der "verschiedenen" Genossenschaften um 1 % zunahm. ◊ Die *schwedische* Großeinkaufsgesellschaft erzielte einen Umsatz von 72,2 Millionen Kronen im Jahr 1923, gegenüber 63,8 Millionen Kronen im Jahr 1922. Sämtliche Produktivabteilungen haben sich günstig entwickelt. Die gesamte schwedische Konsumgenossenschaftsbewegung nimmt an dieser Entwicklung teil. ◊ Auch der Zentralverband *finnländischer* Konsumvereine hat seinen Umsatz auf mehr als 1 Milliarde Mark gesteigert. Die Großeinkaufsgesellschaft des Verbandes betreibt eine Anzahl Eigenproduktivbetriebe, über die Günstiges berichtet wird. Da sich seit einigen Jahren in Finnland eine sozialistische Genossenschaftsbewegung gebildet hat, repräsentiert diese ältere Organisation nur einen Teil der finnländischen Konsumvereinsbewegung.

# WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Walter Gordon

Gold aus  
Quecksilber?

Unter dem Titel *Der Zerfall des Quecksilberatoms* hat *Adolf Miethe* in den

Naturwissenschaften eine vorläufige Mitteilung veröffentlicht, in der berichtet wird, daß unter besonderen Betriebsverhältnissen in einer Quarzquecksilberlampe geringe Mengen von Gold ( $\frac{1}{100}$  bis  $\frac{1}{10}$  Milligramm) entstehen. Es wurden zwar das benutzte Quecksilber und die Stromzuführung vorher auf etwaigen Goldgehalt untersucht. Es besteht aber sehr wohl die Möglichkeit, daß das Gold aus dem Quarz (Quarz wird anstatt Glas genommen, weil Quarz für die ultravioletten Strahlen der Lampe durchlässig ist) stammt. Gold kann ja durch Auslaugen von Quarzsand gewonnen werden. Ehe genauere Mitteilungen vorliegen, bleibt nur die theoretische Seite zu untersuchen, um so mehr, als sie in der Mietheschen Arbeit nicht richtig dargestellt ist. Handelte es sich um einen Zerfall nach Art des radioaktiven Zerfalls, so könnte er nur unter Aussendung von  $\alpha$ - und  $\beta$ -Strahlen erfolgen. Hierdurch verlore der Kern des Quecksilberatoms eine positive Ladung (ein  $\alpha$ -Teilchen (Heliumkern) hat 2 positive Ladungen, ein  $\beta$ -Teilchen (Elektron) 1 negative Ladung). Dann entstünde in der Tat ein Element, das im periodischen System eine Ordnungszahl hätte, die um eine Einheit kleiner als die des Quecksilbers ist, das heißt Gold, und zwar Gold, das ungefähr das Atomgewicht von gewöhnlichem Gold hätte; denn das  $\alpha$ -Teilchen hat das Atomgewicht 4 (das Gewicht des  $\beta$ -Teilchen ist dagegen zu vernachlässigen), und 201 (ungefähr das Atomgewicht des Quecksilbers) — 4 = 197 (ungefähr das Atomgewicht des Goldes). Dieser radioaktive Zerfall ist aber nicht sehr wahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist nach unseren heutigen Vorstellungen, daß das Quecksilberatom ein langsames Elektron einfängt, wie sie im Quecksilberbogen ja zur Verfügung stehen; dadurch würde sich die positive Ladung des Quecksilberkerns wieder wie im ersten Fall um eine Einheit vermindern, und daher auch wieder ein Element entstehen, das die Stellung des Goldes im periodischen System einnimmt, aber wegen der verschwindenden Masse des Elektrons praktisch das selbe Atomgewicht wie das Quecksilber, aus dem es entstanden ist, hätte. Das Gold entstünde dann durch Aufbau, nicht Zerfall, des Quecksilber-

kerns. Wir wissen, daß von sehr vielen Elementen Isotope existieren, also Elemente, die die selbe Stellung im periodischen System, aber verschiedenes Atomgewicht haben. Das Quecksilber besitzt eine Isotopengruppe, deren Atomgewicht von 197 bis 200 reicht, und die noch nicht völlig getrennt ist, und 2 Isotope vom Atomgewicht 202 und 204; das gewöhnliche Quecksilber vom Atomgewicht 200,6 ist ein Gemisch dieser Isotope. Ganz entsprechend müßte man erwarten, daß, wenn unter den Mietheschen Verhältnissen tatsächlich Gold aus Quecksilber entsteht, dieses Gold Atomgewichte von 193 bis 196 respektive 198 respektive 200 hat oder eine Mischung einiger oder aller dieser Isotope ist. Wären alle Quecksilberisotope in gleichem Maß bei der Goldbildung beteiligt, wie das auch oben bei dem hypothetischen radioaktiven Zerfall angenommen wurde, so wäre das künstliche Gold ein Isotopengemisch, dessen (scheinbares) Atomgewicht 200,6 betrüge, während das gewöhnliche Gold das Atomgewicht 197,2 hat.

Nordlicht

Über die neuen Experimente, die der bekannte norwegische Nordlichtforscher *L. Vegard* zur Aufklärung der Natur des Nordlichts unternommen hat, und von denen vor einiger Zeit in der Tagespresse in sensationeller Darstellung die Rede gewesen ist, liegt nunmehr ein erster wissenschaftlicher Bericht im 27. Band der *Proceedings der Amsterdamer Akademie* vor. Schon seit längerer Zeit hat man sich die Vorstellung gebildet, daß das Nordlicht unter der Einwirkung von der Sonne ausgehender elektrischer Strahlen auf die Materie entsteht, die die Atmosphäre von etwa 100 Kilometer aufwärts bildet; und zwar zeigt das Fehlen eines Dopplereffekts, daß es die ruhende Atmosphäre ist, die leuchtet. Um die chemische Beschaffenheit und physikalische Konstitution jener Atmosphärenschichten zu ergründen, muß man zu allererst das Spektrum des Nordlichts studieren, das heißt die Wellenlängen der in ihm auftretenden Spektrallinien messen, um sie mit den Linien irdischer Stoffe vergleichen zu können. Die große Schwierigkeit dabei ist, daß diese Messung, um eine solche Identifizierung zu ermöglichen, mit der allergrößten Genauigkeit ausgeführt werden muß, wegen der übergroßen Fülle an bekannten Spektrallinien. Die charakteristische Farbe des Nordlichts rührt von einer intensiven grünen Linie her, die in

letzter Zeit mit den feinsten spektroskopischen Methoden von Babcock auf dem Mount Wilson gemessen werden konnte, da sie auch die charakteristische Linie des gewöhnlichen Nachthimmels ist. (Die Nacht ist also nicht schwarz sondern grün.) Neben der grünen Linie weist das Nordlicht noch etwa 30 im Sichtbaren und Ultravioletten gelegene Linien und Banden (Gruppen eng bei einander stehender Linien, die bei geringer Auflösungskraft des Spektralapparats den Eindruck getönter Bänder erwecken) auf. Diese Linien und Banden gehören dem gasförmigen Stickstoff an. Besonders auffallend ist dabei, daß von der enormen Anzahl der Stickstofflinien und -banden nur so wenige Linien und Bandenköpfe im Nordlicht zu finden sind. Die grüne Linie aber war überhaupt nicht unterzubringen, und so erfand man ihr zuliebe ein neues Gas: das Geokoronium. Weiter ist auffallend, daß selbst bei starker Überexposition der stärkeren Linien keine Spur von den Linien der leichten Gase Wasserstoff und Helium, aus denen nach der bisherigen Ansicht die oberen Schichten der Atmosphäre bestehen sollten, zu entdecken ist. Auch kann die grüne Linie nicht von diesen Gasen herrühren, denn dann müßte ihre Intensität relativ zu der der Stickstofflinien nach oben zunehmen, während gerade die grüne Linie unten eher etwas stärker als oben ist. Und warum sind die bekannten Linien von Wasserstoff und Helium dann nicht da, und warum sollte das Spektrum des hypothetischen Geokoroniums nur aus einer einzigen Linie bestehen?

So stellte Vegard die Hypothese auf, daß, wie die übrigen Nordlichtlinien, auch die grüne Linie dem Stickstoff zugeschrieben ist, dem Stickstoff, wie er sich in der Nordlichtregion vorfindet und zum Leuchten gebracht wird, nicht dem gasförmigen Stickstoff unter den Bedingungen, unter denen wir ihn sonst im Laboratorium optisch erregen. Dann müßte man aber, um die Wirkung der Schwere zu balancieren, in jener Region eine hohe Temperatur oder eine elektrische Ladung des Stickstoffs annehmen. Die erste Hypothese ist wegen des Charakters des Spektrums auszuschließen, die zweite nur möglich, wenn die elektrisierte Atmosphäre nicht im gasförmigen Zustand ist. Die obere Atmosphäre besteht nach Vegard aus Stickstoffstaub, der sich aus submikroskopischen Kriställchen, zu denen bei der tiefen Temperatur der Stickstoff gefriert, zusammensetzt, und der infolge der photoelek-

trischen Wirkung des Sonnenlichts elektrisch geladen ist. Ist dem so, dann müßte das Nordlichtspektrum entstehen, wenn kristallisierter Stickstoffstaub mit elektrischen Strahlen bombardiert wird. Ob dies zutrifft, können wir nicht exakt prüfen. Denn wir kennen nicht genau die Eigenschaften der Strahlen, die das Nordlicht produzieren (es deutet vieles darauf hin, daß es Kathodenstrahlen sind); zudem ist es ungeheuer schwierig eine Wolke von Stickstoffstaub herzustellen. Aber angenähert dürfte man doch die Verhältnisse, unter denen das Nordlicht entsteht, nachahmen, wenn man festen Stickstoff (zum Beispiel mittels flüssigen Wasserstoffs) herstellt und ihn mit irgendwelchen elektrischen Strahlen bestrahlt.

Vegard begab sich nun in das berühmte Leidener Kältelaboratorium Kamerling Onnes', um zu untersuchen, ob fester Stickstoff mit Kathodenstrahlen bombardiert einen Lichteffect gibt. Die Kathodenstrahlen wurden durch einen Glühdraht erzeugt, wie in den Verstärkerröhren der Radiotechnik, und gelangten durch die feine Bohrung eines Metallzylinders in den Beobachtungsraum, wo sie unter  $45^{\circ}$  auf eine Kupferoberfläche fielen, die mit flüssigem Wasserstoff gekühlt wurde. Diese Apparatur wurde mit einem Stickstoffstrom beschickt, der beim Passieren der kalten Kupferoberfläche zum Teil zu einer Schicht von ungefähr  $\frac{1}{2}$  bis 1 Millimeter Dicke gefriert, während der Rest abgepumpt wird. Besonders sorgfältig mußte der kalte Teil des Apparats gegen den wärmern isoliert werden. Durch Anlegen verschiedener Spannungen zwischen Glühdraht und Metallzylinder konnte die Geschwindigkeit der in den Beobachtungsraum eintretenden Kathodenstrahlen variiert werden. Es wurden 5 Spektrogramme mit verschiedenen Geschwindigkeiten aufgenommen. Bei 75 Volt begann die Stickstoffschicht schwach zu leuchten, sie zeigte im Spektroskop die blauen und violetten Stickstoffbanden. Bei 200 Volt wurde das erste Spektrogramm mit halbstündiger Exposition aufgenommen. Das Ergebnis war schon vielversprechend. Die Ähnlichkeit mit dem Nordlichtspektrum war verblüffend. Die Stickstoffbanden konzentrierten sich gerade wie beim Nordlichtspektrum in einige wenige ziemlich scharfe Linien. Ferner erschien eine grüne Linie in der Nähe des blauen Teils (mit  $N_2$  bezeichnet) und ein diffuses Band in der Nähe des gelben Teils (mit  $N_1$  bezeichnet), dessen Intensitätsmaximum in der Gegend der grü-

nen Nordlichtlinie lag. Bei 500 Volt fing aber die Stickstoffschicht hell zu leuchten an in dem grünen Licht, wie die meisten Nordlichter zeigen. Das mit 15 Minuten Exposition aufgenommene Spektrogramm unterschied sich von dem vorigen nur durch die große Intensität der Gruppe  $N_1$ , die aus Linien besteht, die sich wegen der zu geringen Dispersion des Spektralapparats nicht trennen lassen. Ging man auf 350 Volt herunter, so verschwand  $N_1$ , bei 700 bis 750 Volt aber war die Helligkeit so groß, daß auf den 2 mit nur 5 Minuten Expositionszeit aufgenommenen Spektrogrammen  $N_1$  beträchtlich überexponiert ist, während die anderen Linien ziemlich schwach waren.  $N_1$  herrscht im Spektrum des gefrorenen Stickstoffs genau so vor, wie die grüne Linie im Nordlichtspektrum. Wurde bei dieser hohen Geschwindigkeit der Kathodenstrahlen die Strahlung unterbrochen, so leuchtete die Stickstoffschicht noch 5 Minuten im gleichen grünen Licht wie beim Bombardement nach. Also ein Fall von Kathodophosphoreszenz.

So weit gehen bisher die Experimente Vegards. Zugunsten seiner Hypothese spricht die Tatsache, daß das Spektrum des festen Stickstoffs die charakteristische Auswahl aus den Stickstoffbanden zeigt.  $N_1$  weist zwar mehrere Linien auf, während an dieser Stelle im Nordlicht nur eine Linie vorhanden ist. Aber aus den Experimenten geht hervor, daß die relative Intensität der Linien der  $N_1$ -Gruppe bei verhältnismäßig geringfügigen Änderungen der experimentellen Bedingungen beträchtlich variiert, und wenn auch das Nordlicht von festem Stickstoff emittiert wird, so kann dies doch unter Verhältnissen der Fall sein, die erheblich von denen der Vegardschen Experimente abweichen. Übrigens hat man auch gelegentlich bei starken Nordlichtern Linien in der Nähe der grünen Linie beobachtet. Auch die Linie  $N_2$ , die auf den ersten Blick etwas unerwartet erscheint, findet sich auf älteren Spektrogrammen von starken Nordlichtern. Zu weiterer Klärung dieser Fragen wird der Einfluß der Temperatur, höherer Geschwindigkeiten und der Natur der elektrischen Strahlen auf das Spektrum untersucht werden müssen. Das Nachleuchten, wie es der feste Stickstoff zeigt, kann man auch beim Nordlicht beobachten. Nach heftigen Nordlichtschauspielen ist der Himmel mit einem diffusen grünen Leuchten überzogen, das erst allmählich verblaßt.

Die Hypothese, daß die Atmosphäre aus festem Stickstoff besteht, vermag viel-

leicht eine Reihe von kosmischen Erscheinungen zu erklären: das Blau des Himmels infolge der Zerstreung des Sonnenlichts an den Staubeilchen, das Tierkreislicht, das Flimmern der Fixsterne, die Reflexion von elektrischen und akustischen Wellen an den oberen Atmosphärenschichten. Wie dem auch sei, durch die Vegardschen Untersuchungen ist ein großer Schritt vorwärts auf diesem schwierigen Gebiet getan.

**Röntgenstrahlen** In dieser Rundschau (in diesem Band Seite 265 f.) wurde über den merkwürdigen Comptoneffekt berichtet, der darin bestehen soll, daß die an Materie gestreute Röntgenstrahlung weicher wird in einer Weise, wie sie die auf der Hypothese der Lichtquanten fußende Theorie der Zerstreung (im Gegensatz zur Wellentheorie der Röntgenstrahlen) fordert. Compton hat Experimente veröffentlicht, vor allem an Graphit, als Streumaterial, die diesen Effekt nachweisen. Nun haben sich auch die amerikanischen Röntgenphysiker *George L. Clark* und *William Duane* der Sache angenommen, und sie sind zu einem ganz andern Resultat gelangt. Sie haben eine ganze Reihe chemischer Elemente (zwischen der Ordnungszahl 6 (Kohle) und 60 (Neodym)) teils mit der Strahlung einer Wolfram-, teils mit der bedeutend weichern einer Molybdenantikathode untersucht. Die Sekundärstrahlung wurde mit einem Kristallspektrometer mit Icnisationskammer analysiert. Sie fanden, daß die Sekundärstrahlung 4 Bestandteile hat. Der 1. ist ein kontinuierliches Spektrum, das bei einer kurzwelligen Grenze einsetzt und sich zu langen Wellen hin erstreckt. Dies ist einfach die Streuung der Bremsstrahlung der Röntgenröhre. Das kurzwellige Ende erklärt sich quantentheoretisch dadurch, daß bei der Umwandlung der kinetischen Energie der von der Kathode ausgehenden und an der Antikathode gebremsten Elektronen keine größeren Lichtquanten entstehen können als dieser Energie entspricht. Den 2. Bestandteil bilden die gestreuten Linien der Eigenstrahlung des Antikathodenmaterials (Wolfram respektive Molybden), und zwar innerhalb der Beobachtungsbreite (1/10 %) mit den Wellenlängen der primären Strahlung. Den 3. die Eigenstrahlung des sekundären Strahlers, deren Wellenlängen mit der selben Genauigkeit an der Stelle liegen, wie bei Strahlung, die in einer Röntgenröhre mit dem betreffenden Element als Antikathode erzeugt wird. Den 4., und

dies ist neu und für die Diskussion des Comptoneffekts wichtig, breite Intensitätsmaxima, die die Autoren als tertiäre Strahlung ansprechen, indem die primären Röntgenstrahlen sekundär in den Atomen des bestrahlten Elements photoelektrisch Elektronen auslösen, die dann ihrerseits bei ihrer Bremsung wahrscheinlich im selben Atom eine Bremsstrahlung erzeugen. In der Tat stimmt die kurzwellige Grenze jener Intensitätsmaxima (von den Autoren humps genannt, im Gegensatz zu den scharfen peaks der Linien) mit der berechenbaren Grenze der betreffenden Bremsspektra überein. Comptons Befund bei Graphit erklären die Verfasser damit, daß hierbei die nach Compton zu erwartende weichere Streustrahlung zufällig mit dem tertiären Bremsspektrum zusammenfällt, während sonst die nach beiden Theorien auftretende modifizierte Strahlung an verschiedenen Stellen liegt. Die ganze Angelegenheit bedarf also der Klärung. Vielleicht sind, wie Millikan gefunden haben soll, beide Effekte vorhanden.

**Kurze Chronik** Am 2. April entdeckte W. Reid in Rondebosch /Südafrika/ einen neuen Kometen, der im Sternbild Fornax stand. Er bewegte sich in der Richtung zum Orion, ging am 20. Mai nahe an  $\beta$  Orionis vorbei.  $\diamond$  Der bedeutende Chemiker Richard Willstätter hat sein Lehramt an der Münchener Universität niedergelegt. Er hatte vorgeschlagen das Münchener Ordinariat für anorganische Chemie dem Professor an der Universität Kristiania Heinrich Goldschmidt zu übertragen. Dies wurde abgelehnt, und zwar, wie Willstätter feststellen zu können glaubte, aus antisemitischer Gesinnung des Lehrkörpers. Dieser Geist scheint ihm für wissenschaftliche Forschung nicht zuträglich. Und so zieht der Gelehrte es vor diese Stadt zu verlassen.  $\diamond$  Am 25. Juni wurde Walter Nernst 60 Jahre alt. Seine Hauptleistungen liegen auf thermodynamischem Gebiet. Seine früheren Arbeiten über die galvanische Stromerzeugung und den (nach ihm benannten) Verteilungssatz über die Verteilung eines gelösten Stoffes auf 2 Phasen gehören hierher. Seine zahlreichen physikalisch-chemischen Beobachtungen führten ihn 1906 zu jener bedeutenden Erweiterung der klassischen Thermodynamik, dem 3. Hauptsatz (der 1. Hauptsatz ist das Energieprinzip, der 2. das Prinzip der Vermehrung der Entropie) oder, wie er allgemein bezeichnet wird, dem Nernstschen Wärmetheorem, das aussagt, daß

sich mit abnehmender Temperatur die Entropie, also das Maß für die Nichtumkehrbarkeit der Naturprozesse, der Grenze 0 nähert. Wir wissen, daß das Nernstsche Wärmetheorem in engem Zusammenhang mit der Quantentheorie steht, einem Zusammenhang, den wir einmal in voller Deutlichkeit erkennen werden, wenn das Dunkel, das noch jetzt über der Quantentheorie lastet, zerstreut sein wird. Eine der fundamentalsten Folgerungen des Nernstschen Wärmetheorems (und der Quantentheorie) ist die durch die zahlreichen, von Nernst und seinen Schülern angestellten Messungen erhärtete Tatsache, daß die spezifische Wärme der festen Körper bei Annäherung an den absoluten Nullpunkt gegen 0 abnimmt.

**Literatur** Der 72. Band der Serie Die Wissenschaft /Braunschweig, Friedrich Vieweg & Sohn/ bringt die Axiomatik der relativistischen Raum-Zeit-Lehre von Hans Reichenbach, eine erkenntnistheoretische Analyse der Relativitätstheorie nach der axiomatischen Methode. Dieses Buch darf wohl zu den grundlegenden Werken für die philosophische Diskussion der Theorie gezählt werden.  $\diamond$  Eine konzise Darstellung der modernen physikalischen Probleme findet man in einer kleinen, von Rudolf Ladenburg verfaßten Schrift Die Grundlagen der Quantentheorie und ihre experimentelle Prüfung /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/. Ein angefügtes Literaturverzeichnis belehrt den Leser, wo er Ausführliches über das im Text Erwähnte erfahren kann.  $\diamond$  Eine bis in alle Einzelheiten gehende Beschreibung der Technik der Röntgenspektroskopie, aus der wir so ungeheuer viel über das Wesen der Atome gelernt haben, gibt uns das Buch Manne Siegbahns, einer anerkannten Autorität auf diesem Gebiet, Spektroskopie der Röntgenstrahlen /Berlin, Julius Springer/. Auch die wichtigsten Ergebnisse der Theorie sind dargestellt.  $\diamond$  Die Monographie Willi Wiens über Kanalstrahlen aus dem Handbuch der Radiologie /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/ ist in 2. Auflage erschienen. Es ist wohl bekannt, daß Wien an der Erforschung dieses Gebiets selbst hervorragenden Anteil hat. Insbesondere verdanken wir ihm die in die Monographie neu aufgenommenen allerjüngsten Untersuchungen über die Lichterregung der Kanalstrahlen, die uns wieder einmal vor die für uns so rätselhaften Probleme des Lichts stellt.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Sozialismus** Im Anschluß an Karl Kautsky, der in seiner Schrift *Die proletarische Revolution und ihr Programm* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ eine bedeutungsvolle Schwenkung vollzog, formuliert *Eugen Dietzgen*, der Sohn des Arbeiterphilosophen Josef Dietzgen, in einer kleinen Broschüre, betitelt *Kapitalismus und Sozialismus nach neumarxistischer Orientierung* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/, seine eigenen Anschauungen über die Tendenzen der sozialen Entwicklung. Die Tendenz zur fortschreitenden Verelendung des Proletariats, die Marx und das Erfurter Programm als notwendige Folge und Begleiterscheinung des Kapitalismus erklärt hatten, werde durch die bisherige Erfahrung, von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zum Weltkrieg, nicht bestätigt.

Der Professor an der Universität Jena *Karl Korsch*, ehemals thüringischer Justizminister, dem dann, nach dem Sturz der kommunistischen Macht im Landtag, die Behörden den Zugang zu seinem Hörsaal zu sperren versuchten, feiert in seiner Schrift *Marxismus und Philosophie* /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ das, was Marx und Engels ihre »dialektische Methode« nannten, als größte und revolutionärste, von dem Vulgärmarxismus bis heute nicht begriffene Geistesstat. Auf die schlagende Kritik, die Max Adler an dem prinzipiellen, von Hegel stammenden und von dessen spiritualistisch-metaphysischen Voraussetzungen nicht loslösbaren Grundgedanken der Dialektik geübt hat, wird überhaupt mit keinem Wort eingegangen. Was Korsch sich unter Dialektik vorstellt, läuft auf eine ganz vage, beim Fehlen aller Grenzbestimmungen durchaus unfruchtbare Art von Monismus hinaus.

Das umfangreiche Buch des frühern ungarischen Ministers und Budapester Universitätslehrers *Bela Földes* *Die Hauptströmungen der sozialistischen Gedankenwelt* /Berlin, Otto Elsner/ zeigt ausgebreitete Kenntnis der einschlägigen Literatur und ist durchaus in arbeiterfreundlichem Sinn gehalten. Neue Gesichtspunkte treten kaum auf. Die Sprache verläuft sich hin und wieder in nebulose Unbestimmtheiten. So heißt es im Schlußabschnitt: »Die Arbeiterklasse bildet die herrschende Mittelklasse. Selbst das Eherne Lohngesetz, einst als Fluch des Arbeiters betrachtet, ist ihm zum Segen geworden.« Wie es das an-

gestellt hat, wird dem Leser freilich vorbehalten.

Wesentlich andern Kalibers ist ein fast 300 Seiten starkes Buch *Die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie in ihrer geschichtlichen Entwicklung*, am Erfurter Programm und an der deutschen Revolution dargestellt und beleuchtet /Berlin, Karl Siegismund/, dessen Verfasser *Albert Bovenschen* im Vorwort dem Leser versichert, daß er sich in seiner Darstellung »völliger Unbefangenheit befleißigen werde«. Ein Versprechen, das dann bereits im 1. von Marx und Engels handelnden Abschnitt durch eine Charakteristik Friedrich Engels' als des »rein germanischen Sprossen einer deutschen Mutter« und ein Gerede von dem herzuskalten Juden Marx recht eigenartig illustriert wird. Doch ist das Kinderspiel gegenüber der Kunstfertigkeit, die der Verfasser später im Aufwerfen rhetorischer Fragen bezeugt. Da heißt es zum Beispiel: »Ob man [das heißt die deutsche Sozialdemokratie] mit vollem Bewußtsein das schwer bedrängte Deutschtum der Ostmark verraten hat, um die Polen noch nachträglich dafür zu belohnen, daß sie im Jahr 1848 die Revolution in Deutschland gefördert haben, von deren siegreicher Durchführung Marx die Aufrichtung der kommunistischen roten Republik erhoffte?« In dem Kapitel *Die Internationale* schwingt sich der Verfasser schließlich zu dem lapidaren Satz auf: »Daß die internationale Solidarität schon immer eine Kulisse gewesen ist, aufgerichtet, um hinter ihr die auf Deutschlands Unschädlichmachung gerichteten Absichten gewisser Drahtzieher in London und Paris zu verdecken, konnte nur denen verborgen bleiben, die nicht sehen wollten.« Weiter läßt sich die »völlige Unbefangenheit«, nämlich der Wahrheit gegenüber, wirklich nicht mehr treiben.

Arbeiten ähnlicher Tendenz erschienen in letzter Zeit nicht selten. Eine sei noch aus dieser Schar erwähnt: Das Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ein »kritischer Kommentar« des Berliner Syndikus *Hermann Schöler* /Berlin, Staatspolitischer Verlag/ Mit was für Mitteln diese Kritik arbeitet, und welches Unvermögen selbständigen Urteils sie bei ihren Lesern voraussetzt, erhellt daraus, daß der Verfasser nach Abdruck der Görlitzer Programmsätze, die den Völkerbund, völkerrechtlichen Schutz der nationalen Minderheiten, internationale Herabsetzung der Wehrmacht im Anschluß an den

Völkerbund verlangen, ein »Aufflammen in Zorn und Entrüstung« markiert. Das, heißt es wörtlich weiter, »ist die Preisgabe der nationalen Eigenkultur ... ist platter Vaterlandsverrat«, und die nationalistische Erregung tobt sich noch eine ganze Zeitlang weiter aus, bis sie bei Wendungen wie »gemeingefährlicher Wahnwitz« und »frevelhaftes Verbrechen« landet.

Schließlich sei, nach Scheinkritik und Scheinthorie, auf eine Arbeit wirklicher Kritik hingewiesen: die 2 Bogen umfassende Broschüre *Th. Dans*, Mitglieds des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, Der Arbeiter in Sowjetrußland, Bilanz der kommunistischen Wirtschaftspolitik /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/. Sie schildert in eindrucksvoll knapper Zusammenfassung, unter Heranziehung von statistischem Material und offiziellen bolschewistischen Kundgebungen, das russische Volkselend. Das Büchlein will »der westeuropäischen Arbeiterschaft die Möglichkeit geben die Politik der Bolschewisten zu verstehen, um über ihre Ergebnisse und ihre Zweckmäßigkeit selbst zu urteilen«. Es wäre ihm die weiteste Verbreitung, vor allem in den Kreisen der deutschen Kommunisten selbst, zu wünschen.

**Vorschläge** Die große Wunde, psychologische Betrachtungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit heißt eine Schrift des Gießener Philosophieprofessors Ernst Horneffer /München, R. Oldenbourg/, die mit gleicher Schärfe gegen die Sozialdemokratie wie gegen die engherzige Autoritätsgläubigkeit und Passivität des deutschen Bürgertums loszieht. Nirgends gebe es hier führende Persönlichkeiten, außer etwa unter den Leitern der großen Industrie. Der Autor hat ein neues Mittel zur *Beschwichtigung des Klassenkampfes* in petto. Die gutsituierten großen Betriebe sollen für die bei ihnen länger, eventuell lebenslänglich beschäftigten Arbeiter besondere Teilaktien ausgeben, die jenen ein Recht der Anteilnahme an den Verwaltungssitzungen und für das Alter den Anspruch auf eine wirklich auskömmliche Unterstützung gewährleisten. Dabei gibt der Verfasser ohne weiteres zu, daß eine Verwirklichung seines Plans von vornherein doch immer nur einer kleinen Minorität der Bevölkerung zugute kommen könnte.

Richard Bondam tritt in seinem Buch *Die Heilung der Gesellschaft* /München, Albert Langen/ für eine *Reform des Erbrechts* ein, die Mittel aufbringen soll, um

durch verbesserten Unterricht und Erziehung begabten Kindern der besitzlosen Klassen in weitem Umfang Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs zu verschaffen. (Was die von verschiedenen Seiten propagierte "Begabtenauslese" bedeutet, ist in den Sozialistischen Monatsheften des öftern dargelegt worden.)

**Einführungen** Von August Sartorius von Waltershausen liegt eine neue Einführung in die *Volkswirtschaftslehre* vor: Geschichte, Theorie und Politik /Leipzig, B. G. Teubner/. Das Buch wendet sich in populärer Darstellung an weite Kreise, die eine Orientierung in wirtschaftlichen Fragen suchen, »nicht nur an die Akademiker sondern an die deutsche Jugend mit einiger Vorbildung überhaupt«. Eine Ergänzung dazu bildet die als 4. Heft der Lehrschriften des Athenaeums über Staat und Wirtschaft herausgegebene und kürzer gehaltene Einführung in das Studium der Weltwirtschaft /Füssen am Lech, Athenaeum/, der zur Selbstkontrolle des Lesers ein Repetitorium des Inhalts in Form von ein paar hundert Fragen beigegeben ist. Alice Salomons Einführung in die *Volkswirtschaftslehre*, die jetzt in 6. Auflage vorliegt /Leipzig, B. G. Teubner/, gibt dem im Vorwort aufgestellten Programm entsprechend einen Leitfadens für den wirtschaftlichen Unterricht an den Fach-, Fortbildungs- und sonstigen Schulen. Auch die Verhältnisse der Nachkriegszeit sind in der Darstellung berücksichtigt.

In der dankenswerten Sammlung ausgewählter *Lesestücke* zum Studium der politischen Ökonomie, die die Freiburger Professoren Karl Diehl und Paul Mombert herausgeben, sind 3 neue Bändchen erschienen /Karlsruhe, G. Braun/. Der 15. Band, *Kapital und Kapitalismus* betitelt, bringt Abschnitte aus Adam Smith, Rodbertus-Jagetzow, Karl Marx und neueren Autoren. Die beiden anderen Bände bringen vorwiegend ältere Literatur zum Staatsschuldensystem und zu den Grundsätzen der Besteuerung.

**Neuausgaben** Die Vereinigung internationaler Verlagsanstalten in Berlin, eine kommunistische Gründung, bringt in schmucker Ausstattung auf gutem Papier und mit klarem Druck eine Reihe älterer sozialistischer Schriften unter dem Titel *Elementarbücher des Kommunismus* heraus. Unter andern ist da das kommunistische Manifest, Marxens Vortrag Lohnarbeit und Kapital, Lassalles Rede über Ver-

fassungswesen und sein Arbeiterprogramm erschienen. Einleitungen des verstorbenen Franz Mehring und Hermann Dunckers sind hinzugefügt. Im gleichen Verlag hat Karl Korsch die vor 3½ Jahrzehnten in der Neuen Zeit aus dem Marxnachlaß veröffentlichte *Kritik Marxens am Gothaer Programm* unter dem Titel Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei mit einer ausführlichen Einleitung neu abgedruckt. Der Herausgeber sucht vergeblich, aus den Marxschen Ausführungen etwas für Lenin herauszuschlagen.

**Kurze Chronik** In Frankfurt am Main ist aus Mitteln, die ein Privatmann zur Verfügung stellte, ein *Institut für Sozialforschung* errichtet worden, das neben den Arbeitsräumen für Forscher eine eigene Druckerei und Buchbinderei umfaßt. Der wichtigste Besitz ist eine sozialwissenschaftliche Bibliothek von bereits 12 000 Bänden. Zum Leiter des Instituts wurde Genosse Carl Grünberg, Professor an der Universität Wien und Herausgeber des Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, berufen. Er stellt alljährlich eine oder mehrere große Aufgaben und wählt die geeigneten jungen Soziologen aus, die zu ihrer wissenschaftlichen Lösung zusammenwirken. ◊ Nach einjähriger Unterbrechung hat *Schmollers Jahrbuch*, das nach dem Tod des Begründers von Schumacher und Spiethoff fortgeführt wurde, wieder zu erscheinen begonnen /München, Duncker & Humblot/. Die Leitung liegt jetzt bei Spiethoff allein. Die in einem Band vereinigten 4 Hefte des 47. Jahrgangs fesseln durch den Reichtum ihres Inhalts. Es sei nur auf Hashagens, offenbar von Max Weber angeregte eingehende Studie über Calvinismus und Kapitalismus am Rhein und auf Sombarts Aufsatz über den Begriff der Gesetzmäßigkeit bei Marx hingewiesen. Herkner erörtert die Stellung Schmollers in der Geschichte der Nationalökonomie. ◊ Der Chefredakteur der Kieler Zeitung *Alfred Herrmann* hat einen Lehrauftrag für Zeitungswissenschaft an der Universität Kiel erhalten. ◊ Der Referent im Reichswirtschaftsministerium *Bruno Rogowsky* folgte einem Ruf an die Handelshochschule Königsberg. Er hat im Reichswirtschaftsministerium unter anderem Preisprüfungen auf den verschiedensten Gebieten, insbesondere der Papier- und Zellstoffindustrie, ausgeführt. ◊ Der Berliner Ordinarius der Staatswissenschaften *Ignaz Jastrow* wird zum 1. Ok-

ttober aus dem Lehrkörper der Berliner Universität ausscheiden. Jastrow begründete seinerzeit die Unterrichtsverfassung der Handelshochschule Berlin, deren erster Rektor er war. Von 1881 bis 1894 gab er die Jahresberichte der Geschichtswissenschaft und von 1894 bis 1897 die *Soziale Praxis* heraus; später rief er den Arbeitsmarkt ins Leben. Von ihm rührt die sogenannte Jastrowsche Ziffer her, die später von der amtlichen Berichterstattung über den Arbeitsmarkt angenommen wurde und heute weit über die Grenzen Deutschlands hinaus der einheitlichen Messung der Lage des Arbeitsmarkts dient. Der Gelehrte und der erfolgreiche Lehrer vereinigten sich in ihm mit dem Politiker, dem aufrechten Vertreter sozialliberaler Ideen. Über die Aufgaben, die dem Sozialliberalismus in Preußen gestellt sind, publizierte er, etwa ein Jahrzehnt vor dem Weltkrieg, eine anregende Broschüre.

**Literatur** In der bekannten, von Arthur Spiethoff herausgegebenen Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften /Berlin, Julius Springer/ erschien als 34. Heft eine kurz gefaßte Geschichte der Volkswirtschaftslehre, von *Edgar Salin* verfaßt. ◊ Der Professor *Karl Dunkmann*, der jahrelang als Leiter der Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker tätig war, publiziert einen umfangreichen Band *Die Lehre vom Beruf, eine Einführung in die Geschichte und Soziologie des Berufs* /Berlin, Trowitzsch & Sohn/. Etwa die Hälfte des Buchs beschäftigt sich mit der Geschichte des Berufs, den wechselnden Anschauungen über dessen Wert und Bedeutung. Im 2. Teil wird, nach allgemeinen Ausführungen über den Berufsbegriff, von der Differenzierung der Berufe und Begabungen, von den Aufgaben, Zielen und Grenzen der Berufsberatung gesprochen. ◊ Der Frankfurter Universitätslehrer *Franz Zizek* veröffentlicht in Ergänzung zu seinem Grundriß der Statistik eine kurze Abhandlung über 5 Hauptprobleme der statistischen Methodenlehre /München, Duncker & Humblot/. ◊ Die wirtschaftliche Betriebslehre von *Heinrich Nicklisch*, Professor an der Berliner Handelshochschule, ist in 5. Auflage erschienen /Stuttgart, C. E. Poeschel/. Nach einer allgemeinen Einleitung über die Grundlagen der wirtschaftlichen Betriebslehre behandelt der Verfasser die Unternehmung, die Organisation des Vermögens und der Arbeit, die Buchhaltung und die Statistik.

### Geschichte / Walther Koch

**Rußland: Neu-este Geschichte** Wer sich in der Weltpolitik über Lage und Zukunftsmöglichkeiten klar werden

will, muß die ganze Struktur der verschiedenen Länder und ihre gegenseitigen Beziehungen aus ihrer Geschichte heraus zu verstehen suchen. Besonders gefährlich ist es seine Weisheit über das heutige Rußland und sein Verhältnis zu uns und Europa lediglich aus Stimmungsberichten von Reisenden oder agitatorischen pro- oder antibolschewistischen Artikeln schöpfen zu wollen. Gerade Rußland zeigt uns, wie ein Volk, mag es noch so starke revolutionäre Erschütterungen durchmachen, im Letzten schließlich an die Gegebenheiten seines Landes und die Tradition seiner Geschichte gebunden ist. Auch die französische Revolution mußte ja, trotz all den fundamentalen Neuerungen, die sie geschaffen hatte, und die sich in ganz Europa auswirken sollten, in ihrer weiteren Entwicklung und Konsolidierung auf den Grundlagen des alten Frankreichs aufbauen, wie man dies etwa in der Organisation der Verwaltung durch Napoléon deutlich nachweisen kann. Kein Wunder, daß auch in dem heutigen Rußland immer mehr Züge hervortreten, die nur allzu sehr an die alte Politik des zaristischen Rußlands erinnern. Eine Stellungnahme zum gegenwärtigen Rußland ist ohne eine gewisse Kenntnis seiner Entwicklung besonders in den letzten Jahrzehnten nicht möglich.

Das Buch, das man zu allererst in die Hand nehmen sollte, um eine erste wissenschaftliche Einführung in das heutige Rußland zu gewinnen, ist die Geschichte Rußlands von 1878 bis 1918 von *Alfred von Hedenström*; sie erschien in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart, die sich auch sonst durch Veröffentlichung grundlegender Werke zur Auslandskunde verdient gemacht hat. Nach einer Übersicht über Land und Leute schildert das Buch das Russische Reich in seinem von der Napoléonischen Verwaltung beeinflussten Verwaltungsaufbau. Nach französischem Muster errichtete Fachministerien (heute in den Volkskommissariaten erhalten), 77 Gouvernements und 18 Gebiete bildeten das organisatorische Gerippe. Unter der Regierung Alexanders II. erfolgte 1861 die Aufhebung der Leibeigenschaft; 1863 wurde nach deutschem Vorbild eine begrenzte Autonomie der Hochschulen, 1864 nach französischem Muster eine Justizreform durchgeführt. Andererseits

stand der staatlichen Bureaukratie die auch von Alexander II. geschaffene ländliche Selbstverwaltung gegenüber, die sogenannten Semstvos. 1870 erhielten auch die Städte Selbstverwaltung, 1874 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Bei der Durchführung dieser Reformen stießen besonders die beiden geistigen und politischen Grundströmungen des neuern Rußlands: die Slawophilen und die sogenannten Westler, auf einander. Wer die geistige Wesensart dieser beiden Strömungen, besonders der Slawophilie, kennen lernen will, greife zu dem wirklich tiefsehrenden Buch des Präsidenten Tschechiens *Thomas Masaryk* Rußland und Europa /Jena, Eugen Diede-richts/, in dem der Verfasser schon vor dem Krieg diese Fäden bloßlegte. Auch die Bestrebungen neuester Art, zum Beispiel der Eurasier, hauptsächlich vertreten durch den früheren Diplomaten Fürst Trubetzkoi, sind eine Art Fortsetzung der slawophilen Idee, die Rußland von Europa wieder absperrten, auf sich selbst und auf seine Mission im Slawentum und auch in Asien weisen will. 1871 war Danilewskijs Werk Rußland und Europa erschienen, das eine scharfe Trennung von Ost und West, von Byzanz und Rom propagierte. Der russische Bauer in seiner Rechtgläubigkeit, seiner Anhänglichkeit an die zaristische Selbstherrschaft und in seiner Verwurzelung im russischen Volkstum wird dem verderbten Westen entgegengehalten. Demgegenüber vertraten die Westler den Standpunkt, daß das Heil für Rußland in einem völligen Anschluß an die europäische Kultur liege. Politisch setzten sie sich für eine Verfassung nach dem Muster der westlichen Demokratien und für eine an dem englischen Beispiel geschulte Selbstverwaltung ein. Die Kadetten mit ihrem Führer Miljukow vertraten in ihrer ganzen Art auch während des Weltkriegs diese hauptsächlich englisch orientierte westlerische Auffassung. Die ursprünglich liberale Haltung der Regierung Alexanders II. verwandelte sich durch den Polenaufstand 1865 in eine reaktionäre. Die von slawophiler Seite beeinflusste russische Politik verkündete als außenpolitische Parole die Eroberung Konstantinopels als des heiligen Byzanz und die Vertreibung der Türken aus Europa sowie die Befreiung der Balkanvölker. Aus der Erhebung der Serben in Bosnien und der Hercegowina entbrannte 1877 der russisch-türkische Krieg, der zwar glücklich ausging, aber Rußland doch nicht die erwartete Beute gewinnen ließ, da dem die Interessen Englands

entgegenstanden. Bekanntlich lenkte die russische Regierung damals die Volkswut auf Bismarck, der den Berliner Kongreß geleitet hatte, und das von ihm vertretene Reich. Dadurch wurde das Dreikaiserbündnis zwischen Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn zerrissen, bis man 1904, anlässlich des Krieges mit Japan, der russischen öffentlichen Meinung klarzumachen suchte, daß England der Hauptschuldige an dem Ausgang des Berliner Kongresses gewesen sei.

Während der Regierungszeit Alexanders II. erstarkte vor allem auch die revolutionäre Bewegung. Schon 1862 schilderte Turgenjew in seinem Roman Väter und Söhne den neuen Typus der russischen Jugend. Um den revolutionären Geist zu unterdrücken, wies die Regierung die revolutionären Studenten aus, die dann in Zürich und anderen europäischen Städten einen Herd bildeten, aus dem die kommenden Umwälzungen ihr Feuer holten. Großen Einfluß auf sie gewann auch Bakunin (siehe über ihn auch das neueste Buch Ricarda Huchs Bakunin /Leipzig, Inselverlag/: leider durch manches Vorurteil getrübt). Entscheidend für den Geist und die Tat der revolutionären Jugend war aber die Parole "Laßt uns ins Volk gehen!". Damit entfaltete sie unter der Oberfläche eine lebhaft revolutionäre Propaganda, die man aufs anschaulichste in Peter Krapotkins Memoiren eines Revolutionärs geschildert findet. Die Propaganda der Tat, für die hauptsächlich die Sozialrevolutionäre eintraten, gipfelte in Attentaten und einzelnen terroristischen Akten. Größtes Aufsehen erregte das Attentat auf das Winterpalais am 17. Januar 1880. Es war gegen die Autokratie gerichtet, man wollte ein Parlament durchzusetzen suchen. 1881 wurde Alexander II. getötet. Sein Nachfolger Alexander III. regierte, unter dem maßgebenden Einfluß seines Erziehers Pobjedonoszew, eines fanatischen Slawophilen, rein autokratisch. Charakteristisch für seine Regierung war der Drang zur Erweiterung des russischen Weltreichs, vor allem nach Asien hin. In Hedenströms Werk wird in einem eingehenden Kapitel die Volkswirtschaft und Finanzpolitik der Jahre 1881 bis 1904 zergliedert, vor allem die Tätigkeit des Finanzministers Witte, der die Goldwährung einführte und mit Hilfe ausländischen Kapitals eine russische Großindustrie ins Leben rief. Ein anderes Kapitel stellt den Kampf zwischen Bürokratie und Selbstverwaltung dar, der die Jahre 1881 bis 1904 erfüllte, und den Thronwechsel,

der den Zaren Nikolaus I. zur Herrschaft brachte und an dem Regierungssystem nichts änderte. Die revolutionären Bewegungen verstärkten sich. 1898 hielt die Gruppe zur Befreiung der Arbeit in Minsk ihren 1. Kongreß ab und nahm dort den Namen Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei an. Ihr Führer war Plechanow. Neben dieser neuen erwachte die Sozialrevolutionäre Partei unter Gerschunij und Tschernow zu neuem Leben. Die Anhänger der bürgerlich konstitutionellen Semstwobestrebungen sammelten sich 1903 in Schaffhausen in dem Befreiungsbund, dem Männer wie Fürst Lwow, Miljukow und Kowalewskij angehörten. Unglücklicherweise kam es nicht zu einem Zusammengehen dieser oppositionellen Gruppen. Die russische Sozialdemokratie war in ihren Auswirkungen durch den Prinzipienstreit in ihren eigenen Reihen, dem Kampf zwischen der "radikalen" Mehrheit (Bolschewiki) unter Führung Lenins und der realpolitischen Minderheit (Menschewiki), deren Führer Plechanow und Axelrod waren, sehr gehindert. Der Polizeiminister Plehwe bekämpfte hauptsächlich den gefährlichen Befreiungsbund, wurde aber von Witte nicht unterstützt, der deshalb 1903 seine Entlassung nehmen mußte.

Die auswärtige Politik der Jahre von 1879 bis 1904 strebt nach einem Bündnis mit Frankreich. In Bulgarien empörten sich die Nationalen unter der Führung Stambulows gegen ihre russischen Befreier. Der bulgarische Fürst Alexander wurde durch eine Offiziersverschwörung zur Abdankung gezwungen, die mit russischem Geld wachgerufen worden war. Trotzdem wählte man Stambulow zum Ministerpräsidenten, und der Nachfolger auf dem Thron wurde nicht der Kandidat Rußlands, Fürst Mingrelskij, sondern der von Stambulow vorgeschlagene Prinz Ferdinand von Koburg. Stambulow wurde 1895 auf offener Straße erschossen. Auch Serbien schloß, obwohl es seine Unabhängigkeit den russischen Waffen verdankte, 1881 ein geheimes Bündnis mit Österreich-Ungarn. Völlig verloren ging der russische Einfluß in Rumänien, dem man Südbessarabien entzogen hatte. Nur das kleine Montenegro blieb Rußland treu ergeben. Rußland war genötigt sich nach einem neuen Bundesgenossen umzusehen. Es betrieb die Freundschaft mit Frankreich, obwohl lange Zeit eine Allianz mit der demokratischen Republik als eine Gefahr für die Autokratie galt. Erst die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags sei-

tens Deutschlands und die englandfreundliche Politik Wilhelms II. überwandten diese Bedenken. »Stehend hörte der Zar beim Paradediner auf dem französischen Admiralsschiffe die Marseillaise an.« Das Bündnis mit Frankreich kehrte seine Spitze gegen England, mit dem Rußland vor allem in Asien zusammenstieß, im Kampf für Indien wie auf dem chinesischen Markt. 1902 schlossen Japan und England ein Bündnis auf 5 Jahre, das 1904 zum russisch-japanischen Krieg führte. Dieser, mit seinem Ausgang, der Revolution von 1905, wird in dem Buch eingehend geschildert. Wo der Verfasser von den kirchlichen Verhältnissen spricht, skizziert er in erster Linie die verschiedenen Sekten. Man unterdrückte alle Bekenntnisse neben dem griechisch-katholischen, um die Grenzmarken vollständig zu russifizieren. Finnland und Polen hatten am meisten zu leiden, besonders durch die Russifizierung der Schule.

Die Revolution von 1905 ist wohl noch in aller Erinnerung. Sie war von den Sozialrevolutionären und dem Befreiungsbund organisiert worden. Lenin und die Bolschewisten bekämpften jede Unterstützung dieser Revolution und organisierten den Boykott des endlich errungenen russischen Parlaments, der Duma. Ihnen ist es geschuldet, daß die Revolution sabotiert und von einer Reaktionsperiode abgelöst wurde, die bis zum Ausbruch des Weltkriegs anhielt. Die Probleme und Kämpfe dieses Zeitabschnitts sind in jenen Jahren in einer Reihe von Artikeln der Sozialistischen Monatshefte, namentlich von Roman Streltzw, fortlaufend behandelt worden. Die Bolschewisten unter der Führung Lenins brachten es fertig die Keime des Neuen zu ertöten. Die Regierung sah es gern, daß sich der Radikalismus übersteigerte und so alle Fortschritte illusorisch machte. Das Hauptproblem aller Politik bildet in Rußland immer die Agrarfrage, die von der Duma nicht gelöst wurde. Stolypin, der neue Ministerpräsident, wollte dies nunmehr durch eine großzügige Landreform tun. Sein Programm war: den Mir aufzuheben, kräftige Bauernwirtschaften zu schaffen, die anderen Bauern zu proletarisieren und zum Teil in die städtische Industrie abzuschieben. Stolypin war ein erbitterter Feind der Konstitutionell-Demokratischen Partei (abgekürzt Kadetten genannt) und traf sich darin mit Lenin, während Plechanow ein Zusammengehen mit ihr zwecks friedlicher gesetzgeberischer Arbeit empfahl. Nun folgte die Reaktion vom Jahr 1907

bis zum Weltkrieg. Wie üblich veranstaltete man Judenpogrome, um die Volksleidenschaften abzulenken. Die Jugend wurde durch sexuelle Literatur beschäftigt (Periode des Saninismus, nach Arzybaschews Roman Sanin). Die Finanzen des Staates besserten sich. In der auswärtigen Politik ist des russisch-japanischen Abkommens vom 4. Juli 1910 zu gedenken. Vor allen Dingen erfolgte eine Verständigung mit England. Dazu trug in erster Linie Sir Donald Mackenzie Wallace, der Verfasser eines der besten Bücher über Rußland, bei. Er hintertrieb alle Versuche nach dem verlorenen Krieg eine Annäherung Rußlands an Deutschland herbeizuführen, besonders bei Gelegenheit der Algieraskonferenz. Die Hauptgegensätze zwischen Rußland und England lagen in Persien; England beseitigte sie, indem es nachgab. Am 31. August 1907 wurde in Petersburg das russisch-englische Abkommen unterzeichnet, das die beiderseitigen Interessengebiete in Asien von einander abgrenzte. Die Russen verstärkten nach ihrer Niederlage im Fernen Osten nunmehr ihre Propaganda unter den Slawen. Der 1. Slawenkongreß der Panlawisten fand 1908 in Prag statt. Mit den Tschechen konnte man leicht eine Einigung herbeiführen. Die Einigung aller Slawen scheiterte an der polnischen Frage. Auf dem Balkan stieß Rußland mit Österreich-Ungarn zusammen, das 1908 die Annexion von Bosnien und der Hercegowina durchführte. Auf Betreiben Sasownows schlossen sich Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland 1912 gegen die Türkei zusammen, die Beute entzweite die Bundesgenossen, wobei bekanntlich Bulgarien unterlag und sich infolgedessen von Rußland abwandte. Die deutsch-russischen Beziehungen verschlechterten sich zusehends. Alle Monarchenbegegnungen konnten den drohenden Weltkrieg nicht hindern.

**Russische Revolution** Die Revolution ist das Kind der Niederlage im Krieg. Sie fing im Grunde mit Kriegsausbruch an. Deshalb gehört der Zusammenbruch des Heeres und des innern Staatsgefüges zur Vorgeschichte der Revolution. Am schlimmsten ging es während des Krieges in Rußland den Juden. Wie zum Hohn erhielten die mißhandelten Juden Briefe von ihren Verwandten in Amerika, die sie zur Erlangung der Gleichberechtigung beglückwünschten. Die liberale Opposition der Oktobristen, Progressisten und Kadetten glaubte, ein Sieg der russischen Waffen

werde nur dann möglich sein, wenn an die Stelle der zaristischen Autokratie eine Verfassung nach dem Vorbild der englischen Parlamentarismus gesetzt werde. Es bildeten sich Komitees zur Förderung und Überwachung der Kriegführung, wesentlich aus den Kreisen der Industrie und des Handels. Die im Dienst der englischen Regierung stehende Zeitung Nowoje Wremja begrüßte auf englischen Wink diese neuen Körperschaften. Das Ziel der Liberalen, die durchaus imperialistisch orientiert waren und sich für ein Zusammengehen mit der Entente bis zum völligen Sieg einsetzten, war die Übernahme der Regierung und speziell der Vertretung der auswärtigen Politik durch ihren Führer Miljukow. Die Unsicherheit der Regierung im weiteren Verlauf des Krieges zeigte sich vor allem in dem schnellen Wechsel der Minister. Anfang 1916 wurde Stuermer, innenpolitisch ein Reaktionsär von reinstem Wasser, Ministerpräsident. Außenpolitisch arbeitete er auf eine Verständigung mit Deutschland hin. Der Chef der russischen Geheimpolizei General Komarow-Kurlow schildert in einem recht interessanten Buch Das Ende des russischen Kaisertums /Berlin, August Scherl/ Stuermer als strenggläubigen Mann alten Schlages. »Man darf B. W. Stuermer wegen seiner Ansicht, daß der Krieg mit Deutschland das größte Unglück für Rußland war, und daß der Krieg keinerlei ernste politische Gründe für sich gehabt hat, keinen Vorwurf machen.« Besonders scharf wendet sich Komarow-Kurlow gegen Miljukow, der Stuermer durch niemals vorgelegte Dokumente des Landesverrats bezichtigte. Die Aufzeichnungen des russischen Kavalleriegenerals gehen übrigens bis auf die Ereignisse von 1906 zurück; der Verfasser ist der Zarenfamilie streng ergeben; die revolutionären Bewegungen schildert er von der Perspektive der Geheimpolizei aus. Als Ergänzung ist die Lektüre dieses Buches sehr empfehlenswert.

Die auf einen Frieden mit Deutschland hinzielende Politik Stuermers scheiterte, wie in den Sozialistischen Monatsheften seinerzeit dargelegt wurde, an der anti-russischen Politik Bethmann Hollwegs, die in der berüchtigten Polenproklamation kulminierte. Das zaristische Regime, längst unhalbar, brach nunmehr zusammen. Es folgte die erste provisorische Regierung mit Fürst Lwow als Ministerpräsidenten und Miljukow als Außenminister. Besonders wertvoll ist aber die Schrift *Paul Miljukows* über seine eigene Regierungszeit, also wesent-

lich Frühling und Sommer 1917, die den Titel Geschichte der 2. russischen Revolution führt /Wien, Interterritorialer Verlag Renaissance/. Das Werk ist eine Rechtfertigungsschrift, es sucht die Fehler der anderen nachzuweisen, vor allem der Sozialrevolutionäre und Menschewisten. Sie trägt bezeichnenderweise den Untertitel Gegensätze der Revolution und will zeigen, wie an der innern Gegensätzlichkeit der liberalen Revolution gegen die sozialistische die Frucht der Märzrevolution verloren ging. Die Revolution kam wie fast alle Revolutionen als Endergebnis eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Schon im Mai 1915 begann dieser. Die Teuerung nahm infolge des Mangels an Lebensmitteln zu. Das russische Gold floß als Pfand für Auslandskredite ins Ausland, Verkehr und Produktion gerieten ins Stocken. Die Kadettenrevolution ist wesentlich auf die kriegsverlängernden Einflüsse des englischen Botschafters zurückzuführen. Am Abend des 28. Dezembers 1916 fand im Haus der britischen Botschaft eine russisch-englische Konferenz statt, die die Beseitigung des am Hof allmächtigen, angeblich zum Frieden neigenden sonderbaren Wundermönches Rasputin beschloß. Am 29. Dezember wurde er getötet und seine Leiche in die Newa geworfen. Der Sylvester wurde in Moskau und Petersburg in einem wilden Trubel begangen, im Gegensatz zu der Stimmung der in den Schützengräben frierenden und hungernden Soldaten. Man ahnte die Revolution. Der Innenminister Protopopow sah sie kommen und wollte ihren Ausbruch provozieren, um sie zu zerschmettern. Doch diesmal glückte es nicht so wie 1905. Am 8. März wurden von der Regierung Brotkrawalle inszeniert, aber am 12. März siegte die Revolution durch den Übergang der Truppen. Unter dem Namen Exekutivkomitee der Duma bildete sich eine provisorische Regierung mit Rodzianko, Miljukow und Gutschkow an der Spitze; zugleich mit der Bezeichnung Exekutivkomitee des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten mit Tschcheidse und Kerenskij an der Spitze eine Nebenregierung: genau wie bei der Februarrevolution von 1848 in Paris, wo sich neben der bürgerlichen Regierung Lamartines eine proletarische unter Louis Blanc gebildet hatte. Die Reibungen und schließlich den Zerfall dieser Doppelregierung schildert Miljukows Buch. Die Macht Kerenskij und Tschcheidses mußte beständig zunehmen, weil sie die städtischen Proletariermassen und große Teile des Heeres

in Gestalt der Arbeiter- und Soldatenräte, der Sowjets, hinter sich hatten. Während die liberale Regierung an eine Art parlamentarischer Monarchie im englischen Sinn gedacht hatte, setzte Alexander Kerenskij, der einzige Vertreter der Sowjets in der neuen Regierung, die Errichtung der Republik durch. Die ungeheuren Schwierigkeiten, die Kerenskij zu besiegen hatte, und die sich daraus ergaben, daß nach außen kein Friede ohne Annexionen und Kontributionen zu erreichen war, und sich innen der Zusammenhalt der Truppen wie der Industrie löste, wurden durch die Bolschewisten ausgenutzt. Am 16. April langten diese in Petersburg an, nachdem sie Ludendorff zum Zweck der Zerstörung der russischen Widerstandskraft aus dem Schweizer Exil zurückbefördert hatte. Mit ihrer demagogischen Parole "Brot, Friede und Freiheit!" gewannen sie nach und nach Einfluß auf die Massen. Im Mai bildete sich ein kadettisch-sozialistisches Koalitionskabinett, von Miljukow abgelehnt und von den Bolschewisten wütend bekämpft. Kerenskij wurde Kriegsminister und Haupt der Koalitionsregierung. Doch vergebens suchte er im Juli durch eine große Offensive Deutschland zum Frieden geneigt zu machen (siehe hierüber den Artikel Quessels Lloyd George, Kerenskij und der Friede, in den Sozialistischen Monatsheften 1917 II Seite 868 ff.). Die Offensive brach zusammen, und Lenin glaubte bereits am 17. Juli, daß der Augenblick für den Aufstand gekommen sei. Doch war es verfrüht; man beschuldigte Lenin, daß er mit deutschem Geld bestochen sei, er mußte sich in einem finnländischen Dorf versteckt halten. Der Versuch des Generals Kornilow eine Gegenrevolution durchzuführen erschütterte im September die Stellung Kerenskij's und gab den Bolschewisten Oberwasser. Eine Darstellung der Ereignisse von deutschvölkischem Standpunkt aus gab der Breslauer Professor *Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven* in seiner Geschichte der russischen Revolution (München, J. F. Lehmann/. Er sieht in Kornilow den Retter der Revolution. »Kornilows Scheitern bedeutete den Bankrott der Revolution.« Alles, was sich in Rußland ereignete, geschah nach dem Verfasser unter dem Einfluß der zur Auflösung drängenden Massen. Immerhin ist das gut orientierende Buch von Interesse. Erst durch die Betrachtung der russischen Geschehnisse von verschiedenen Standpunkten aus können wir zu einer richtigen sachlichen Erfassung kommen.

**Kurze Chronik** Das Nordische Institut der Universität Greifswald hat bis zum 1. Mai 1925 die folgende *Preisauflage* gestellt: »Dänen und Schweden auf der Ostsee von den Anfängen bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts.« Es soll eine quellenmäßig belegte Darstellung bis zur Zeit Waldemars II. in deutscher, lateinischer oder in einer der nordischen Sprachen gegeben werden. ◊ Unter der Leitung des russischen Historikers S. P. Melgunow und unter Mitgliedschaft der russischen, jetzt in Berlin lebenden Professoren W. A. Mjakotin, S. Prokopowitsch, I. A. Iljin, Baron M. Taube und anderer wurde im Januar beim Berliner *Russischen Wissenschaftlichen Institut* eine Sektion zur Untersuchung der gegenwärtigen russischen Kultur gegründet. Es will Material für die Geschichte der russischen Revolution und des Weltkriegs, über die neuere russische Geschichte überhaupt zusammentragen. ◊ Anfang Februar habilitierte sich an der Berliner Universität der bekannte Assyriologe *Eckhard Unger* für sein Fach der Assyriologie. Lange Zeit war er am Ottomanischen Museum in Konstantinopel tätig; 1906 ließ er dort die erste Veröffentlichung über diese Sammlung in deutscher Sprache erscheinen. 1921 und 1922 brachten Bücher des Gelehrten über babylonisches Schrifttum und über die Entstehung der Keilschrift. Ebenso Untersuchungen zur altorientalischen Kunst. In jenen ersten Veröffentlichungen werden verschiedene, für die altbabylonische Kunst außerordentlich wichtige Skulpturfunde besprochen. ◊ Der Heidelberger Professor *Wilhelm Spiegelberg* wurde, trotz heftigem Protest der völkischen Finkenschaft, Ordinarius der Ägyptologie in München. Er hat sich vor allem durch die Entzifferung der hieratischen und demotischen Texte verdient gemacht. ◊ Am 31. Januar wurde der bekannte katholische Geschichtsforscher *Ludwig von Pastor* 70 Jahre alt. Sein Hauptwerk ist die Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters, die größtenteils in Rom geschrieben ist. Ihm wurden zu diesem Zweck die vatikanischen Archive geöffnet. Außerdem hat er über Savonarola und Stolberg gearbeitet. Sein Lehrer war der katholische Reformationshistoriker Johannes Janssen. ◊ Am 30. März feierte *Franz Oppenheimer* in Frankfurt am Main seinen 60. Geburtstag, in alter Frische und Lebendigkeit. In der Geschichtswissenschaft hat er manches Wertvolle geschaffen, vor allem in seinem Werk *Großgrundeigentum und soziale Frage*.

## Literatur

Karl Haushofer, Emil Obst und andere geben eine neue geopolitische Monatsschrift, die *Zeitschrift für Geopolitik* heraus /Berlin, Kurt Vowinckel/. Sie will untersuchen, wie weit die politischen Ereignisse auf der Erde mit Boden, Klima, Rasse usw. zusammenhängen. ◊ Der Professor für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Berlin Karl Stählin gibt eine Folge *Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte* heraus /Leipzig, Paul Schraepfer/. Es liegen bisher vor: Die Fahrt des Athanasius Nikitin über die 3 Meere, Reise eines russischen Kaufmanns nach Ostindien 1466 bis 1472, Der Briefwechsel Iwans des Schrecklichen mit dem Fürsten Kurbkskij, Reise von Petersburg nach Moskau 1790, Jacob von Stählin, ein biographischer Beitrag zur deutsch-russischen Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts. ◊ Der Verfasser der beiden seelisch tief ergreifenden Bücher *Die Sühne* /Berlin, A. Seehof & Co./ und *Die schwere Stunde* /Berlin, Paul Cassirer/ *Viktor Panin* gab unter dem Titel *Das zaristische Rußland* /Berlin, A. Seehof & Co./ lebendige Schilderungen aus der russischen Entwicklung von den Dekabristen bis zur Zeit Nikolaus II. ◊ Im Gegensatz zu diesen Aufzeichnungen, die das Furchtbare und Grausame des Zarismus schildern, atmen die Erinnerungen der *Gräfin Marie Kleinmichel* Bilder aus einer versunkenen Welt /Berlin, August Scherl/ Hofluft. Doch wird der kritische Leser auch in ihnen Einzelheiten von politisch-psychologischem Interesse finden, so daß die Lektüre nicht ohne Wert ist. ◊ In die russische Geschichte führt auch der von Stefania Goldrenning übersetzte Roman *Waclaw Gasiorowski* *Die Königsmörder* /Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung/ ein. ◊ Einen sehr wesentlichen Einblick in die Geistesgeschichte Rußlands im 19. Jahrhundert lassen die von Elias Hurwicz im Münchener Dreimaskenverlag veröffentlichten Schriften und Briefe *Peter Tschaadajews*, des ersten russischen Geschichtsphilosophen, tun. ◊ Einen Beitrag zur russischen Außenpolitik bringt das nach den nachgelassenen Papieren des ersten Fürsten von Bulgarien von E. C. Corti zusammengestellte Buch *Alexander von Battenberg, sein Kampf mit dem Zaren und Bismarck* /Wien, L. W. Seidel & Sohn/. ◊ Einen Überblick über die Kirchengeschichte Rußlands, von D. N. Bonwetsch, bringt der 190. Band der bekannten Sammlung *Wissenschaft und Bildung* /Leipzig, Quelle & Meyer/.

## Hygiene / Georg Wolff

**Geschlechtskrankheiten:** Unter dem Titel *Die Sexualrevolution* begründet Bekämpfung der ehemalige Polizeiarzt Heinrich Dreww noch einmal das von ihm befürwortete System des sogenannten Diskretionismus, das heißt der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht, ausführlich und mit großem Temperament /Leipzig, Ernst Bircher/. Nach dem von ihm ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Regelung der Prostitutionsfrage sollen *alle* Geschlechtskranken, jedoch ohne Namensnennung, einem zu strengstem Stillschweigen verpflichteten Gesundheitsamt gemeldet und von ihm bis zur Heilung kontrolliert werden, während der Entwurf der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der besonders auf die Initiative Blaschkos zurückgeht, für die beschränkte Anzeigepflicht eintritt, und zwar in der Form, daß der behandelnde Arzt unter voller Namensnennung Anzeige erstattet, jedoch nur, „wenn der Kranke sich der ärztlichen Behandlung entzieht, oder wenn er andere, infolge seines Berufes oder seiner persönlichen Verhältnisse, besonders gefährdet“. Beide Entwürfe bekämpfen damit den Reglementarismus, der in Preußen seit 1794 gesetzlich besteht, der aber lediglich die eingeschriebenen Kontrollmädchen, das heißt den geringsten Teil der weiblichen Prostituierten, und einen noch kleineren Teil aller Geschlechtskranken überhaupt polizeilich überwacht. Beide Entwürfe entsprechen in ihrem Endziel dem Sinn des Abolitionismus, der das ausschließliche gegen einen kleinen Teil der Frauenwelt gerichtete Ausnahmegesetz der Reglementierung abschaffen und die Prostitution als gesellschaftliche Massenerscheinung in ihren sozialen Ursachen bekämpfen will. Man kann im Zweifel sein, welche Methode die richtigere ist, zumal bisher noch keine den Beweis ihrer Unfehlbarkeit erbracht hat. Sinn hat es freilich nur die Quellen der Geschlechtskrankheiten überhaupt zu verstopfen, soweit dies im Bereich des biologisch Möglichen liegt, während es natürlich zwecklos ist durch polizeiliche Kontrolle der eingeschriebenen Prostituierten eine (unzulängliche) Überwachung einiger weniger Infektionsquellen durchführen zu wollen. Darum hat sich die abolitionistische Bewegung in Deutschland dem Drewwschen Gesetzentwurf angeschlossen, der die

Meldung sämtlicher Geschlechtskranker vorsieht. So erfahrene Beurteiler der Psychologie der Geschlechtskranken, wie Blaschko, Neisser, Jadassohn und andere, versprachen sich nichts von solch radikalem Vorgehen; sie hoben hervor, daß alle bereits in Behandlung Befindlichen ja dadurch in freierwilliger Überwachung stehen, also nur die Meldung der übrigen notwendig ist. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten läßt sich jedenfalls nicht ohne weiteres mit der gesetzlichen Bekämpfung anderer Seuchen gleichstellen; denn hier muß eine Reihe von Imponderabilien berücksichtigt werden, die nirgends sonst mitspielen.

Im übrigen sollte sich jeder darüber klar sein, daß durch gesetzliche Maßnahmen allein die Geschlechtskrankheiten niemals ausgerottet, oder auch nur ihre Ausbreitung vermindert werden kann. Entsprechen die Gesetze den Bedürfnissen der Masse, so werden sie befolgt werden und die Gesellschaft vor den sozial schädlichen Elementen schützen; laufen sie dem Allgemeinempfinden zuwider, so wird sich in so delikaten Dingen wie dem Sexualverkehr niemand um sie kümmern. Das sollten uns die Erfahrungen zeigen, die man mit der gesetzlichen Bekämpfung der Abtreibung gemacht hat. Die Erfolge, die wir bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten haben, werden deshalb im wesentlichen von 2 Faktoren abhängen; von den Fortschritten unserer Erkenntnis auf biologisch-hygienischem Gebiet, den Vorkehrungsmaßnahmen und einer rechtzeitigen Diagnose und wirksamen Therapie der Erkrankungen auf der einen Seite, von der kulturellen Entwicklung unserer Gesellschaft auf der andern, die einen unregelmäßigen, käuflichen Geschlechtsverkehr als menschenwürdig stigmatisieren, den einzelnen durch Erziehung zur Selbstzucht leiten und die sozialen Gegensätze ausgleichen müßte. Die Erfolge der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten könnte übrigens nur eine einwandfreie Medizinalstatistik konstatieren, die vorläufig in Deutschland noch nicht vorhanden ist.

Durch höchste Sachlichkeit zeichnet sich eine Arbeit Siegfried Bettmanns *Hygiene des Sexuallebens* aus, die im Handbuch der Hygiene / Leipzig, S. Hirzel/ erschien. In 5 großen Abschnitten behandelt der Verfasser die Hygiene der sexuellen Entwicklung, die sexuelle Hygiene der Ehe, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die gesundheitliche Überwachung der Prostituierten und die per-

sönliche Prophylaxe. Was die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten anlangt, so steht Bettmann auf dem Blaschkoschen Standpunkt der beschränkten Meldepflicht. Auch diese würde sich seiner Ansicht nach erübrigen, wenn man ein ärztliches Melderecht anerkennen und die Bedingungen abgrenzen würde, unter denen der Arzt es auszuüben hat.

#### Totenliste

Am 13. Januar ist in München *Ernst Schweninger*, bekannt als Bismarcks Leibarzt, im Alter von 74 Jahren gestorben. Von seinem Vater, einem Arzt, hatte er die Liebe zur ärztlichen Tätigkeit geerbt. Auf einer Studienreise nach Wien entdeckte er schon in den siebziger Jahren in dem Darm von an Cholera Gestorbenen einen Pilz, von dem er behauptete, er sei identisch mit dem Kochschen Kommabazillus gewesen. 1875 habilitierte er sich in München. Wegen einer persönlichen Affäre mußte er später die Universitätslaufbahn aufgeben. Er wirkte dann als praktischer Arzt und war als solcher Anhänger der sogenannten Naturheilkunde. Bismarcks Einfluß verschaffte ihm im Jahr 1884 die Möglichkeit wieder Universitätslehrer zu werden, wie bekannt, sehr gegen den Widerstand der Fakultät. Bis zum Jahr 1902 leitete er eine Abteilung der Berliner Charité. Durch den Landrat von Stubenrauch wurde er dann Leiter der Innern Abteilung des neu gegründeten Lichtenfelder Krankenhauses. 1906 nahm er seinen Abschied von diesem Posten, auf dem er mancherlei Konflikte mit anderen Ärzten zu bestehen hatte. Seine Gedanken über die Behandlung der Krankheiten legte er in einem Buch *Der Arzt* nieder. Anfang April starb der Ordinarius für Psychiatrie und Nervenheilkunde an der deutschen Universität Prag *Arnold Pick*, in seinem 74. Lebensjahr.

**Kurze Chronik** In Berlin ist von Soziologen, Volkswirten und Juristen unter dem Namen *Deutsche Gesellschaft für Medizinalpolitik* eine wissenschaftliche Vereinigung gegründet worden, deren Aufgabengebiet die gesamte Sozialbiologie, Bevölkerungswissenschaft und Gesellschaftshygiene umfaßt. Das Präsidium besteht aus dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Reichsverbands der deutschen Landwirte Krueger de Corti, dem Reichsbibliothekar Kirschner und dem Mitglied des Beirats beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung O. Prange. ◊ Im Juni wurde in Berlin eine sozialhygienische Aus-

stellung des Roten Kreuzes eröffnet, die von den 5 sozialhygienischen Reichsverbänden, Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz, Vereinigung für Krüppelfürsorge, Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, Verein gegen den Alkoholismus, Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, beschickt wurde. Reiches statistisches, bildliches und plastisches Material illustriert die Sterblichkeits- und Minderleistungsziffer, die auf falscher Säuglingspflege, auf den Gefahren des Alkoholismus, der Tuberkulose und den Geschlechtskrankheiten beruhen. Diesen vernichtenden Krankheitserregern sind dann die rettenden sozialhygienischen Einrichtungen und die intellektuellen aufklärenden Kräfte gegenübergestellt, die den Kampf gegen die drohenden Gefahren aufgenommen haben. ◊ Die Berliner Wohlfahrtsvereinigung veranstaltete Ende Juni im Rathaus eine Versammlung gegen den *Alkoholmißbrauch*. Die Referentin Alice Salomon berichtete über persönliche Eindrücke und Erlebnisse in Amerika, die sie zur Anhängerin der Prohibition gemacht hätten. Die Versammlung beschloß denn auch die Einführung eines allgemeinen Alkoholverbots in Deutschland zu empfehlen. Auch hier hat also die Phantasie der Frauen wie in Amerika nicht weiter gereicht als zur Empfehlung des einfachen Zwangs: als ob damit einer so vielgestaltigen Erscheinung beizukommen wäre. Und das jetzt, wo in Amerika Gompers im Namen der amerikanischen Gewerkschaften für die Aufhebung des Alkoholverbots eingetreten ist. ◊ Der japanische Professor T. Matsushita gibt in der Deutschen *Meazinischen Wochenschrift* an, daß in Japan ein neues *Krebsheilmittel* gefunden worden sei, dem man den Namen Carcinolysin gegeben habe. Es ist wahrscheinlich ein Ferment aus der chinesischen Pflanze Haisung, einer Pinusgattung, und wird mit einem Öl gemischt, das aus Poh hergestellt ist. Es wurde in Japan in 3417 Fällen von Krebskrankung ausprobiert und soll in einem Viertel dieser Fälle vollständige klinische Heilung herbeigeführt haben. Zwei Drittel der behandelten Kranken zeigten zum mindesten deutliche Besserung, in einem Drittel der Fälle blieb das Mittel unwirksam. Es soll dadurch gegen die Krankheit wirken, daß es den Kern der Krebszellen zerstört. Bei Versuchen mit Ratten und Mäusen zeigte es sich, daß das Carcinolysin in jeder Form der Anwendung bei gesunden Tieren unschädlich ist, dagegen bei erkrankten eine Erweichung, Nekrose und allmäh-

liche Resorption der Geschwülste erzielt. Matsushita empfiehlt das neue Mittel vor allem nach Operationen von Krebsgeschwülsten anzuwenden, um so einen Schutz vor Rezidiven zu erzeugen. Das Mittel wird jetzt im Berliner Krebsinstitut ausprobiert. Die Prüfung wird ergeben, welcher Wert ihm zukommt. ◊ Die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten ist auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit Wirkung vom 1. April 1924 neu geregelt worden. Die Verordnung bestimmt, daß die Arbeitszeit des *Krankenpflegepersonals* in der Woche bis zu 60 Stunden betragen darf, die Pausen nicht mitgerechnet. Die tägliche Arbeitszeit soll in der Regel 10 Stunden nicht überschreiten und durch angemessene Pausen unterbrochen sein.

## KUNST

### Musik / Erwin Lendvai

**Mussorgskij:** Der Name Modest Mussorgskij ist ein Memento in der Musikgeschichte. Das Werk Mussorgskijs, der 1835 geboren wurde, 1881 starb, ist Zeit seines Lebens nicht über die russischen Grenzen gedrungen. In Deutschland ist es erst seit 1913 bekannt; und erst seit 4 Jahren setzt er sich im ständigen Repertoire der deutschen Opernbühnen durch. Sein mächtiges Opernwerk Boris Godunow wurde seit 1896 in der, die Mussorgskische Eigenart verwischenden Neubearbeitung und Neuinstrumentierung Rimskij-Korssakows bekannt. Diese Bearbeitung ließ die Musik Mussorgskijs im Glanz Wagnerischen Orchesterklangs erscheinen. Mit Recht verlangte man die Entfernung der Retuschen, und so steht vor uns wiederum das Werk, von dem man einst glaubte, daß es dilettantisch unzulänglich und einer Korrektur bedürftig wäre. Mussorgskij bringt in Musik und Handlung nicht das Einzelschicksal sondern das Schicksal der Masse. Das Werk trägt ganz und gar russischen Charakter: slawische Trauer mit melancholischem Humor. Nur die beiden polnischen Szenen, von einem Gegner Polens genial erfunden, versetzen uns in eine andere Welt, die dann doch wieder in die höhere des Allslawentums eingeht. Der künstlerische Realismus Mussorgskijs will nicht die Schönheit sondern die Wahrheit. Darum findet man in der Musik unausgeglichene, doch niemals unkünstlerische Stellen. Das Werk nennt sich Volksdrama, nicht Oper. Die Gestalten, die dem westeuropäischen Hörer erst ganz gleichgültig,

ja simpel vorkommen, leben, die Figuren werden Persönlichkeiten; man sieht ihnen ins Innerste und erschrickt, denn man findet sich selbst in ihnen wieder. Allnot, weitestgespannte Sehnsucht und dunkles, unergründliches Erdenschicksal. Und daher ist der Einfältige die entscheidende Gestalt des Werkes. Dieser verlachte Dorfmann ist der Seher, denn er trägt das ganze weite Rußland, ja die ganz weite Erde in sich.

Mussorgskijs Musik birgt jenes Russentum in sich, das sich um Balakirew, den großen Pianisten und scharfsichtigen Kritiker, schart. Mussorgskij bleibt der Naturalist, der die Kraft hat eine Revolution der Geister heraufzubeschwören. Alle Technik, alle thematische Entwicklung ist ihm fremd. Er beobachtet scharf, wie etwa sein Seelenbruder Gogol; er hält den Rhythmus der Rede und Gebärde fest und wirkt dadurch leidenschaftlich in der Ausführung. Eine Synthese der Eindruckskunst und der Urtümlichkeit. Ein neuer, elementarer Rhythmus lebt in ihm, der eine Brechung der normalen Rhythmik in die Erscheinung treten läßt. Ergreifend wird seine Sprache im erzählenden Lied, vulkanisch eruptiv tönt es durch das Sprachrohr der Volksseele in seinen an Plastizität unübertrefflichen Chören. Mussorgskij ist eine Ausnahmerscheinung in der Musikgeschichte; der Dilettant als Genie; denn der Akademie gegenüber bleibt die Mussorgskijsche Tonsprache Dilettantismus. Aber in jener Formlosigkeit verkörpert sich am markantesten der russische Daimon.

Mussorgskijs Boris Godunow, seit einem halben Jahrhundert vergraben, fängt jetzt erst an bei uns zu leben. Vielleicht mußte erst das furchtbare Jahrzehnt 1914 bis 1924 vorübergehen, um uns seinen Kern ahnen zu lassen.

#### Deutsches Tonkünstlerfest 1924.

Musikfeste rauschen quer über Deutschland. Es ist kaum mehr ein Städtchen ohne einen ehrgeizigen Generalmusikdirektor zu finden, und er muß sich ein tönendes Zentrum verschaffen. "Betrieb" entsteht, das ist die Hauptsache. Im Mittelpunkt der ungezählten kleineren und größeren Musikfeste steht das alljährlich stattfindende Tonkünstlerfest des Allgemeinen deutschen Musikvereins. Es hat sich seit seiner Gründung durch Liszt erheblich verändert. Nicht zu seinem Vorteil. Männer von unerschütterlichem Musikglauben haben kindlichen Spielen und Experimenten Aufmerksamkeit und Vertrauen geschenkt. Wider ihren Willen ließen sie sich von einer

verkrampften Bewegung mitreißen. Keiner will aber die Verantwortung für die inhaltarmen Programme tragen. So ist das Festpublikum der allein leidtragende Teil. Es ist nämlich schon ein Unterschied, ob einem neue Malerei oder neue Musik vorgesetzt wird. Musik muß eben abgesehen werden. Dieses Absitzen wird manchmal zu einer Gefängnisstrafe. Das zeigte sich gerade auf diesem Tonkünstlerfest Mitte Juni in Frankfurt. Da wurde Paul Hindemiths Dämon auf der Bühne experimentierend abgetanzt. Ein Zufall, daß Musik und Gesten der eindeutigen Sinneslust (Erotiker schweigen, Nichterotiker reden davon) mitunter kongruent waren. Hindemiths Musik schillert, karikiert und läßt doch ungelöst. Es folgte Igor Strawinskij's Musik zur Geschichte eines Soldaten. Über Strawinskij, der jetzt als der vorgeschobene Posten modernster Musik international anerkannt ist, wird hier noch in anderm Zusammenhang ausführlicher zu reden sein. Dann kam ein regelrechtes Trommelfeuer: eine sogenannte Symphonie eines noch sehr jungen Schweizers. Die Trompeten und Posauern mußten tüchtig herhalten. Vor Gerhard von Keußlers nicht endenwollendem Oratorium steht man schließlich ratlos da. Fraglos ein ehrliches Wollen, aber das Ergebnis ist doch eine fatale Langeweile. Kleine lyrische Formen ertragen noch das Grau in Grau; aber in einem 2stündigen Oratorium, das doch ein Drama ohne Requisiten sein soll, ist andauerndes Lamentoso nicht am Platz. Als Dirigent stand Keußler sich selbst im Weg. Wenn 4 Trompeten wie verrückt blasen, so haben wir ein Quartett von Alexander Jemnitz. Die 4 Herren spielten verkappte Violinkonzerte auf ihren Instrumenten. (Vielleicht schreibt der Komponist demnächst ein Quartett für 4 Kontrafagotte.) Der durchaus ernst zu nehmende böhmische Musiker Alois Haba plädierte in 2½ Stunden für das Vierteltonsystem. Wir bezwingen ja nicht einmal das alte Halbtonsystem. Wozu denn noch weitere Differenzierung? Sie erscheint jedenfalls verfrüht. Das Amarquartett und Hermann Scherchen mit 4 Frauenstimmen bewiesen an Habaschen Kompositionen, daß das "Falschspielen" und "Falschsingen" Tugenden sein können. Ob die Ausführenden die Halbtonintervalle in der Tat in der Hälfte trafen, ob nicht  $\frac{7}{12}$ ,  $\frac{9}{10}$ ,  $\frac{9}{20}$ -Töne erklangen, kann man nicht genau hören. Vorläufig scheint es so, als ob das Vierteltonsystem nur auf einen engen Kreis besonderer Ohren Eindruck machen

kann. Hans Pfitzners 8stimmiger a capella-Chor ist eine Schablonenarbeit. Arnold Schönbergs Friede auf Erden entspringt nicht dem Geist des Chorgesangs (Chorsänger sind keine Instrumentalisten). Wenn Scherchens bewundernswerte Dirigententechnik das Werk nach 1½-jährigem Studium zwang, so ist diese Virtuosenleistung ein vereinzelter Fall, und es ist fraglich, ob er für die Entwicklung des a capella-Gesangs Bedeutung erlangen wird. Richard Strauß' Deutsche Motette wurde von den vereinigten Gesangsvereinen Frankfurts unter der Führung Stefan Temesvarys vollendet aufgeführt: eine Leistung, der man seine Hochachtung bezeigen muß, trotz einigen trivialen Wendungen des Werkes. Erhebliches Interesse erregte die oratoriumsartig aufgeführte Oper Dido und Aeneas des größten englischen Komponisten Henry Purcell /1658 bis 1695/, die Hermann Scherchens Privatchor und das mustergültige Frankfurter Opernhausorchester aus der Vergessenheit emporgehoben und zum eigentlichen Ereignis des ganzen Festes machten.

**Instrumentenkunde** Wie oft sieht und hört der Laie Musikinstrumente und kennt sie nicht. Diesem Mangel abzuhelpen sind in der letzten Zeit mehrere kleine Bücher erschienen, die die nötige Aufklärung bringen sollen. Adolf Abers Büchlein Die Musikinstrumente und ihre Sprache (in der Zellenbücherei /Berlin, Dürr & Weber/) will mit Hilfe von 43 Abbildungen und in klaren Abhandlungen praktisch »das Ohr des Zuhörers schärfen, will dem Besucher von Konzert und Oper dazu verhelfen die Sprache der Musikinstrumente recht zu verstehen, will erreichen, daß auch der Musikfreund an den instrumentationstechnischen Vorgängen bei der Aufführung eines Kammermusikwerks, einer Symphonie oder einer Oper wirklichen Anteil nehmen kann«. Das Buch interessiert auch den Fachmusiker. Lobenswert ist Fritz Volbachs Arbeit Das moderne Orchester (in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt). Das 2bändige reich illustrierte Werk ist die Arbeit eines auch in der bildenden Kunst heimischen Fachmanns. An guten Reproduktionen nach alten Bildwerken wird auch die Geschichte der Instrumente dargetan.

Der berufenste Forscher auf dem Gebiet der Musikinstrumente ist Curt Sachs. 1913 erschien sein Reallexikon der Musikinstrumente /Berlin, Julius Bard/. 1920 folgte das Handbuch der Musik-

instrumentenkunde /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, ein gediegenes, unentbehrliches Nachschlagewerk. Eine populäre Zusammenfassung des Themas bildet sein Buch Die Musikinstrumente (in Hermanns Bücherei /Breslau, Ferdinand Hirt/). Sachs verstand es diese handliche, mit tadellosen, auf Kunstdruckpapier gedruckten Abbildungen versehene Ausgabe selbständig, nicht als bloße Auszugskopie der bereits früher publizierten Fachwerke, zu gestalten. So zieht vor unseren Augen das Werden und Vergehen der Instrumente vorüber. Mit Neid sieht man auf die mannigfaltigen Instrumente der Renaissancezeit zurück. Unwillkürlich steigt die Frage auf, ob nicht die Ausgrabung der alten Instrumente von Nutzen wäre. Wenn wieder im Orchester mit Gamben, Zinken, Pommern, Racketten, Krümmhörnern usw. musiziert würde? Welche Mannigfaltigkeit an Klängen haben wir doch eingeübt. Einen geschichtlichen Überblick bietet auch Julius Schlossers Arbeit Unsere Musikinstrumente Wien, Anton Schroll & Co./ Klar gegliedert, nimmt das mit besten Reproduktionen ausgestattete Buch sein Material aus den historischen Instrumenten Italiens und Deutschlands. Sympathisch wirkt Schlossers Ehrung Curt Sachs', die nicht ein nichtssagender Höflichkeitsakt sondern das neidlose Eingeständnis ist, daß jener der eigentliche Quellenforscher auf dem Spezialgebiet der Instrumentenkunde ist.

Eine wahre Fundgrube für die Instrumentengeschichte bildet der 3. Band von Michael Praetorius' /1571 bis 1621/ Syntagma Musicum, den Edouard Bernouilli in kritisch revidiertem Neudruck erscheinen ließ /Leipzig, C. F. Kahnt/. Zwar ist eigentlich der 2. Teil des Syntagma (Organographia /Wolfenbüttel 1618/) den Instrumenten gewidmet, doch nimmt auch dieser 3. Band oft auf die Orchesterbesetzungen (Ersatz für Chorinstrumente usw.) Bezug und bietet somit vielfach Einblick in die Verwendung und Bauart vieler leider verschollener Instrumente. In der Hauptsache ist der sauber gedruckte 3. Band eine musikalische Formenlehre. Bedauerlich ist, daß die beiden vorhergehenden Bände nicht ebenfalls in Neudruck erschienen sind.

**Kurze Chronik** Der Verlag B. Schott Söhne in Mainz erließ ein *Preis-ausschreiben* für ein Konzert für 1 oder mehrere Soloinstrumente mit begleitenden Instrumenten im Kammerstil. ◊ In Wien fand vor geladenem

Kreis die Uraufführung der Serenade Opus 24 von **Arnold Schönberg** statt. Das Stück ist in 7 Sätze eingeteilt: Marsch, Menuett, Variationen, Sonett von Petrarca für 1 Männerstimme, Tanzszene, Lied ohne Worte, Finale. Die öffentliche Uraufführung fand am 21. Juli in Donaueschingen statt.  $\diamond$  Nach eigenem Text hat **Richard Strauß** für die Wiener ein Ballett Schlagobers (zu deutsch Schlagsahne) komponiert. Mit erstaunlicher Naivität hat er den kindlichen Balletteinfall in ein nobles symphonisches Gewand gesteckt. Vielleicht ein wenig zu akademisch, ohne Wiener Leichtigkeit. Einstweilen haben sich die Wiener an zu viel Schlagobers den Magen verdorben.  $\diamond$  Ein symphonisches Ballett **Karl Hentschels** Aphrodisia wurde in der Budapester Oper mit großem Erfolg zum erstenmal aufgeführt. Das die althellenischen Aphroditefeste verherrlichende Ballett stellt ein Wiederaufleben und eine Idealisierung der altgriechischen Musik in modernem Gewand vor. Vor kurzem vollendete Hentschel auch eine neue Oper **Cyano**.  $\diamond$  Ende September findet in Leipzig ein großangelegtes 3tägiges **Händelfest** statt, dessen Aufführungen und Programme alle Gebiete des Händelschen Schaffens umfassen werden. Von besonderem Interesse wird die szenische Aufführung des Belsazar sein.  $\diamond$  Der 9. Münchener **Ferienstimmkursus**, vom 15. bis zum 19. Juli, umfaßte Atemtechnik, Bildung der Sprach- und Singstimme, Vortrag, funktionelle Sprach- und Stimmstörungen, Schülervorführungen und Schulgesangsmethodik. Viel zu viel, um in 5 Tagen Gewinn aus den Kursen ziehen zu können.  $\diamond$  Ebenfalls in 5 Tagen, vom 17. bis zum 23. Juli, führt der 2. Nürnberger Fortbildungskursus für **Schulgesang** Methodisches über Atemtechnik, Rhythmik, Dynamik, Bildung von Sprache und Stimme bei Lehrenden und Lernenden in praktischen Übungen Neugierigen vor. Aber 5 Tage können einem nicht das geringste auf diesen schwer zugänglichen Spezialgebieten geben.  $\diamond$  Der 15. Würzburger Fortbildungskurs für **Schul- und Chorgesang** schlägt den Rekord: er fand vom 14. bis zum 16. Juli statt. Hier wurde alles in 3 Tagen, gelehrt: 1. Grundfragen der Schul- und Chorgesangspädagogik; 2. in welcher Weise Schüler, die kein Musikinstrument spielen, sicher zur Erlernung des schönen (!) selbständigen Singens nach Noten geführt werden. »Das Schwergewicht wird auf eine vorbildliche Unterrichtspraxis gelegt.«

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Deutsche Elektroindustrie** Die deutsche Elektroindustrie hatte bis zum Ausbruch des Weltkriegs sehr erheblich dazu beigetragen die deutsche Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Heute aber ist sie wegen der viel zu hohen Produktionskosten in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt stark geschwächt. Der Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie hat sich deshalb auf seiner Junitagung eingehend mit der Frage beschäftigt, wie eine Gesundung herbeigeführt werden könne. Der Vorsitzende Carl Friedrich von Siemens wies in seiner Eröffnungsrede auf die enormen Belastungen durch Steuern, Zollschranken und Eisenbahnfrachten sowie auf die gegenwärtige Schwierigkeit der Geldbeschaffung hin, die alle Fertigungsindustrien, in denen Deutschland allein noch mit dem Ausland konkurrieren könne, außer Wettbewerb setzen. Nur wenn diese Schranken fallen, könnte, unter Zusammenfassung aller wissenschaftlichen, organisatorischen und technischen Mittel, die Elektroindustrie aus den ihr zur Verfügung stehenden großen Betrieben die für das Gemeinwohl erforderlichen Überschüsse herausholen. Im Zusammenhang mit den zuletzt hervorgehobenen Momenten lenkte Georg Klingenberg die Aufmerksamkeit auf die Neuordnung des höhern preußischen Schulwesens, durch die die Grundlage der Ingenieurbildung verdorben werde, da zugunsten der altphilologisch-historischen Bildungsmittel die mathematisch-naturwissenschaftliche Ausbildung verkümmert werden solle. Gegen die Verfügung des preußischen Ministers für Erziehung und Unterricht wurde deshalb auch am Schluß der Versammlung eine scharfe Resolution gefaßt. Sehr eingehend behandelte sodann der ehemalige Reichsminister Hans von Raumer die weltwirtschaftliche Umstellung seit 1914 und die sich hieraus ergebenden Aufgaben der zukünftigen Handelspolitik. Speziell über die Wettbewerbsfähigkeit der elektrotechnischen Industrie sprach der Generaldirektor der Bergmannelktrizitätswerke Jacques Hissink. Er ging davon aus, daß unsere Preise für ein zufriedenstellendes Auslandsgeschäft zu hoch seien. Sie dürfen aber nicht zu Ungunsten der Inlandspreise herabgesetzt werden. Von den Faktoren, die die Preisbildung beeinflussen: Gewinn, Handlungskosten, Rohstoffkosten, Löhne

und Fabrikationsunkosten, bezeichnet er den Gewinn als nicht herabsetzbar, was die bisher veröffentlichten Geschäftsberichte erwiesen. Die Herstellungskosten lassen sich bei Ermäßigung der Steuern und Bankzinsen vermindern. Die elektrotechnische Industrie wird heute 10mal so hoch besteuert wie im Frieden. Ein vernünftiges Abgleichen von Debet- und Kreditzinsen bei den Banken sei auch nötig, um Kapitalien für einen gesunden Industriekredit anzusammeln. Auch die Rohstoffpreise liegen im Vergleich zu den Preisen ausländischer Erzeugnisse zu hoch. Eine Herabsetzung der Löhne hielt Hissink mit Rücksicht auf die Kosten der Lebenshaltung nicht für möglich; die Gesamtaufwendungen für Löhne und damit für Fabrikationsunkosten, bezogen auf die Gewichtseinheit des Fertigprodukts, ließen sich aber ganz außerordentlich herabdrücken. Dieses Ziel will er in Übereinstimmung mit den anerkannten Bestrebungen der wirtschaftlichen Fabrikation durch 3 Mittel erreichen: durch »folgerichtigen Herstellungsgang, Mechanisierung der Betriebe; Beschränkung der Zahl von einander abweichender Erzeugnisse«. Die gleichgerichteten Fordschen Grundsätze ließen sich auch auf die Elektroindustrie anwenden; nicht nur im einzelnen auf die verschiedenen Werke sondern auch auf die Gesamtheit. Diesem Grundsatz widerspreche es zum Beispiel, wenn in Berlin allein 3 große Firmen (Siemens-Schuckert-Werke, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Bergmannelektrizitätswerke) das gesamte Gebiet des elektrotechnischen Apparate- und Maschinenbaus bearbeiten, wozu noch mehrere bedeutende Werke im übrigen Deutschland kommen. Hier könne nur ein enger Zusammenschluß aller der elektrotechnischen Industrie angehörigen Firmen zu einer Zentralgemeinschaft helfen, wobei folgende Endziele anzustreben seien: »Zusammenfassung der Konstruktionsabteilungen, um möglichst einfache und genormte Konstruktionen zu erreichen, auf diesen Konstruktionen beruhende weitestgehend durchgeführte Massenfabrikation und Verbilligung, Zusammenfassung und Vereinfachung des Einkaufs und Verkaufs, Organisation des Gesamtbildes in der Weise, daß nur einheitliche Interessen zur Geltung kommen«. Fügt man hier hinzu: im Interesse der Allgemeinheit, so decken sich diese Forderungen ganz mit dem Ziel des Sozialismus. Die Hissinkschen Forderungen zeigen nur, wie sehr die elektrotechnische Industrie für die Sozialisierung reif ist.

#### Schacht- abteufen

Seit Ausbruch des Weltkriegs bis jetzt ist die deutsche Bergwerksindustrie nur in den allerdingendsten Fällen zur Niederbringung (Abteufen) neuer Schächte geschritten. Mit fortschreitender Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird man aber, schon im Interesse unserer Gesamtwirtschaft, nicht umhin können die Pläne zur Anlage neuer Schächte wieder aufzunehmen. Von den Schwierigkeiten, die beim Abteufen von Schächten zu überwinden sind, macht sich der Laie im allgemeinen nur sehr unvollkommene Vorstellungen. In Wirklichkeit sind für das Niederbringen aber nicht nur ganz enorme Kapitalien aufzubringen, sondern es müssen sich auch alle Techniken, ferner von den exakten Wissenschaften Geologie, Chemie und Physik in den Dienst des Bergmanns stellen, um Mißerfolge auszuschließen. Nachdem zunächst ein bestimmtes Gebiet geologisch nach dem Vorhandensein wertvoller Mineralschätze im Erdinneren beurteilt worden ist, werden Tiefbohrungen ausgeführt, um die vermuteten Kohlenflöze, Erzvorkommen oder Salzablagerungen zu erschließen. Diese Bohrlöcher werden systematisch über ein größeres Feld verteilt, und die Bohrergebnisse ermöglichen dann eine Vorstellung über das Streichen der Flöze, deren Mächtigkeit, über die Abbauwürdigkeit von Salzlagern usw. und zugleich auch deren Tiefe unter der Erdoberfläche. Weiter vermitteln die Bohrlöcher ein Urteil über die Art und die Natur der durchstoßenen geologischen Schichten, das Vorhandensein von Wasseradern, lockerer Sandablagerungen, stärkerer oder schwächerer Zerklüftung des Gebirges und damit über die günstigste Stelle, an der die Schächte niedergebracht werden können. Unter Umständen können die sämtlichen Aufwendungen für zahlreiche Tiefbohrungen vergebens gemacht sein, wenn sich aus ihnen zwar das Vorhandensein reicher Mineralschätze ergibt, die Schachtanlagen aber zu schwierig und kostspielig ausfallen würden. Besondere Schwierigkeit bereiten hier: zu große Tiefe der Ablagerungen unter der Erdoberfläche, aber auch zu großer Wasserreichtum der zu durchstoßenden Schichten und zu großer Reichtum an leicht beweglichen Sandschichten, die, wenn einmal angebohrt, unaufhaltsam nachrutschen und in wenigen Stunden die Arbeit von Monaten und Jahren unter sich begraben können. Sind unmittelbar oberhalb der Mineralablagerungen feste und wasserundurchlässige Gestein-

schichten, Tonablagerungen und dergleichen vorhanden, und hat man nur in den oberen Schichten Sandablagerungen und Wasseradern zu durchstoßen, dann bietet das moderne Schachtabteufverfahren nach der Gefriermethode doch ein zuverlässiges Mittel die Gefahrenquellen auszuschalten.

Nach dem gewöhnlichen Verfahren muß man beim Durchstoßen von nicht standfesten oder stark wasserhaltigen Gebirgsschichten, wenn man beim Niederbringen des Schachts auf diese trifft, mit einer sorgfältigen Getriebezimmerung und Sicherung der Schachtsohle vorgehen, um das Durchsickern des Schwimmsands in den bereits ausgebauten Schachtteil zu verhindern; bei nicht zu großer Mächtigkeit der beweglichen Schichten kann man auch Spundwände setzen, ähnlich wie man beim Gründen von Brückenpfeilern und dergleichen vorgeht. Auch mit Senkzylindern wird gearbeitet, indem man einen der Schachtweite entsprechenden, eisernen Zylinder, den Senkschuh, durch hydraulische Pressen zu gleichmäßigem Niedersinken zwingt und auf den Senkschuh, entsprechend seinem Eindringen in das schwimmende Gebirge, gußeiserne Ringe, sogenannte Tübbingringe, aufsetzt. Man kann ohne weiteres übersehen, daß diese Verfahren überaus kostspielig und mühselig sind; zudem gewährleisten sie auch nicht immer vollen Erfolg, besonders dann nicht, wenn in den tertiären Sandablagerungen beträchtliche Einschlüsse festen Sandsteins usw. vorhanden sind.

Gegenüber diesen älteren bergmännischen Methoden ist das Gefrierverfahren ein ganz bedeutender Fortschritt. Es besteht darin, daß um den Schacht herum in größerem oder geringerem Abstand je etwa 1 Meter von einander Bohrlöcher niedergebracht werden. In diese Bohrlöcher werden dann konzentrische Eisenrohre eingesetzt. Durch das mittlere Rohr wird in dauerndem Zufluß eine Salzlösung eingebracht, die auf eine sehr niedrige Temperatur, bis zu etwa — 50°, abgekühlt ist. Diese Salzlösung steigt in dem äußern, weitem Rohr wieder empor, wobei die ganze Umgebung des Doppelrohrs rasch Wärme an die kalte Salzlösung abgibt und sich bis weit unter den Gefrierpunkt des Wassers und selbst den etwa vorhandener verdünnter Salzlösungen in schwimmenden Gebirge abkühlt. Durch das dauernde Zirkulieren der unterkühlten Salzlösung in den Gefrierrohren bilden sich um diese herum Wälle aus gefrorenem Gebirge, die sich allmählich zu einer festen Mauer um den

ganzen Schacht herum zusammenschließen und damit die Bewegung des schwimmenden Gebirges vollständig zum Stehen bringen, so daß der Schacht genau so wie im festen Gebirge niedergebracht und mit Tübbings oder Mauerwerk verbaut werden kann. Solange die Eismauer steht, existiert für den Schacht keine Gefahr, sie äußert sich erst, wenn die Frostmauer auftaut, und Wasser- und Sanddruck wieder zur Wirksamkeit kommen. Auf das Verbauen der im schwimmenden Gebirge stehenden Schachtteile ist deshalb von vornherein die größte Sorgfalt zu lenken, und das Abteufen von Schächten nach dem Gefrierverfahren sollte nur den erfahrensten Fachleuten übertragen werden. Eine besondere Gefahr auch beim Abteufen nach dem Gefrierverfahren bilden ausgedehntere Klüfte im Gebirge, die unausgesetzt dem Schacht Wassermassen zuführen können. Hier hilft das Gefrierverfahren allein nicht mehr, man ist vielmehr gezwungen diese Klüfte zunächst mit Sand und Zement auszufüllen und erst dann mit dem Ausfrieren vorzugehen.

Die Gefrierlauge wird nach den üblichen Methoden der Kältetechnik abgekühlt, indem man, je nach der gewünschten niedrigen Temperatur, Ammoniak oder Kohlendioxyd komprimiert und dann rasch expandieren läßt, wobei man den sich ausdehnenden Gasen im Gegenstrom die abzukühlende Lauge entgegenführt, oder indem man durch Schlangenhöhre flüssiges Kohlendioxyd in die die Lauge enthaltenden Abkühlungsgefäße, die Refrigatoren, hindurchleitet. Als Gefrierflüssigkeit ist früher gelegentlich denaturierter Alkohol benutzt worden, jetzt wendet man meist ein Gemisch von Chlorkalzium- und Chlormagnesiumlösung an, dem man etwa 5% Methylalkohol zufügt.

Überall, wo das Gefrierverfahren von erfahrenen Fachleuten angewandt worden ist, hat es sich ausgezeichnet bewährt. Trotz den hohen Kosten, die es bedingt, macht es sich doch voll bezahlt: weil es in vielen Fällen die einzige Möglichkeit bietet Schächte bis zur geforderten Tiefe niederzubringen, während alle anderen Abteufverfahren vollständig versagten, weil es weiter die Abteufdauer mit großer Sicherheit im vorhinein zu bestimmen gestattet, und weil es die fatalen Überraschungen ausschaltet, auf die man bei den älteren Verfahren immer gefaßt sein muß, und die in nicht seltenen Fällen zur Aufgabe der ganzen Schachtanlage gezwungen haben, die Jahre schließlich fruchtloser Arbeit gekostet hatten.

**Schiffahrt:** 3 wesentliche Neuerungen  
**Neuerungen** in der deutschen Schiffahrt haben ihre Feuerprobe bestanden: der Gegenpropeller, das Flettneruder und die Schlingertanks.

Der Gegenpropeller besteht aus einem System von Leitschaukeln, die am Ruderposten hinter der Schiffsschraube angebracht sind und den rotierenden Wasserstrom der Schraube aufnehmen. Die hierbei aufgenommene Energie wird in einem zusätzlichen Schub für das Schiff ausgenutzt, so daß eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit um 10 bis 15 % erfolgt.

Das Flettneruder dient zur Verminderung des Kraftaufwands beim Steuern größter Schiffe, wozu bisher starke Rudermaschinen benutzt werden mußten. Das Neue besteht darin, daß in das eigentliche schwere und schwer bewegliche Ruder an dessen Ende ein leichtes, mit der Hand dirigierbares Hilfssteueruder eingebaut ist, das allein eingestellt wird. Indem das Hilfsruder bei seiner Einstellung von den hinter dem Schiff abströmenden Wassermassen getroffen wird, zwingt es so das Hauptruder sich in die gleiche Ebene einzustellen. Auf diese Weise werden 95 bis 97 % an Steuerkraft gespart. Durch zwangsläufige Verbindung des Kreiselkompasses mit dem Flettneruder braucht der Kurs nur am Kompaß selbst eingestellt zu werden, und ein etwa halbpferdiger Motor übernimmt dann die selbsttätige Einstellung des Ruders.

An Stelle der bekannten Schlingertanks sind bei den beiden neuen Dampfballen und Deutschland an den beiden Schiffsseiten wulstartige Anbauten vorgesehen worden, die den Zweck haben die Stabilität des Schiffes bei jedem Tiefgang zu sichern. Auch diese Neuerung hat sich bewährt: sie wird aber zugleich noch dazu benutzt die Rollbewegung des Schiffes bei schwerem Seegang zu mindern. Zu diesem Zweck ist der in wasserdichte Zellen zwischen Schiffshaut und Schlingerwulsten unterteilte Raum mit Schlitzen versehen, in die Wasser eindringen kann, das dann in den Zellen pendelt und der Rollbewegung des Schiffes entgegenwirkt.

**Totenliste** Der Erfinder der Heißdampflokomotive *Wilhelm Schmidt* ist im Februar in Kassel, 66 Jahre alt, gestorben. Der von ihm konstruierte Überhitzungsapparat, der Wasserdämpfe auf eine höhere Temperatur brachte, als der Temperatur nasen Wasserdampf entspricht, bewirkte erhebliche Ersparnisse im Maschinenbe-

trieb, und durch die von ihm verwendeten Heißdampfmaschinen wurden die Nachteile und Gefahren der Dampfüberhitzung vermieden. In der von Schmidt 1890 begründeten Maschinenbauanstalt in Aschersleben wurden Heißdampfmaschinen verschiedenster Bauart hergestellt, von denen besonders die doppelt wirkenden durch das Schmidtsche Verfahren der Füllungsüberhitzung einen hohen Grad der Vollendung und Betriebssicherheit erreichten.

Der Generalmajor *Hans Groß*, einer der ältesten Angehörigen der frühern deutschen Luftschiffertruppe, ist am 28. Februar in Berlin im Alter von 64 Jahren gestorben. Groß war es, der das erste deutsche Militärluftschiff nach dem halbstarren System gebaut hat.

**Kurze Chronik** Die *flammenlose Verbrennung* nach dem Verfahren von Schnabel und Bone, die früher in dieser Rundschau (1914 II Seite 878 f.) gewürdigt worden war, ist leider während des Krieges und nach ihm in Deutschland nur sehr wenig gefördert worden. Dagegen ist sie in Amerika, vor allem bei den Bethlehem Steel Works und bei der Remington Arms Limited in größtem Umfang eingeführt und hat sich mit vorzüglichstem Erfolg bewährt. Es sind jetzt Bestrebungen im Gang die amerikanischen Erfahrungen auch für die deutsche Industrie in größerem Umfang nutzbar zu machen. Das Schnabel-Bonesche Verfahren bietet übrigens auch die Möglichkeit die Wirtschaftlichkeit des Gasglühlichts, die heute auf einer sehr geringen Stufe steht, beträchtlich zu erhöhen. ◊ Die *Brikettierung der Abfallstoffe*, die bisher in den verschiedensten Industrien ungenutzt verloren gingen (Sägespäähne, Hobel- und Schälspähne, Gerberlohe, Hanf- und Flachsabfälle, Kiefernadeln, Wein- und Öltrester, Zuckerrohrabfälle usw.), wird jetzt zu ihrer Nutzbarmachung mit Erfolg durchgeführt. Entweder kommen hierbei noch besondere Bindemittel zur Anwendung, oder es werden die zum Beispiel bei Holzabfällen während der erforderlichen Trocknung flüssig werdenen Harze, Gallerte, Eiweiß usw. als Bindemittel benutzt. ◊ Das Verfahren der Siemens-Schuckert-Werke zur *Beseitigung des Kesselsteins*, das in einer elektrolytischen Ausscheidung von Wasserstoff an der Kesselwand besteht, wodurch der sich bildende Beschlag von schwer löslichen Kalksalzen zerstört beziehungsweise an der Entstehung verhindert wird, findet in der Praxis steigende

Beachtung. ◊ Die *Diemeltalsperre*, die zum größten Teil auf waldeckischem, zum kleinern auf preußischem Gebiet liegt, ist vom preußischen Staat mit größter Beschleunigung gefördert worden. Der Stauinhalt beträgt 22 Millionen Kubikmeter, die mittlere Abflußmenge wird 1 Kubikmeter in der Sekunde erreichen. Die Diemeltalsperre ist zur Ergänzung der Edertalsperre gebaut und soll mit dieser zusammen zur Hebung des Wasserstands der Weser dienen, ferner zur Speisung des Mittellandkanals und zur Erzeugung von elektrischer Energie in Verbindung mit dem Kraftwerk in Hemfurth.

## EINZELNES

### Aus der Zeit

**Weltjugendliga** Daß auch immer weitere Kreise der bürgerlichen Jugend (die sich jedoch zu gutem Teil zu parteilosem Sozialismus und radikaler Demokratie bekennt) die Gedanken der Völkerveröhnung, der endlichen Menschheitsbefriedung und der Abkehr von nationalistischer Enggeistigkeit sowie die Forderung wahrhafter Menschlichkeit sich zu eigen machen, dafür legen die gelegentlichen Treffen der Weltjugendliga sowohl im Inland als auch im Ausland beredtes Zeugnis ab. Es wäre zu wünschen, daß sich unsere international arbeitenden Organisationen mit jenen Kreisen noch zu engerer und herzlicherer Arbeit zusammenfänden. Denn solche Kampfschar im Lager der bürgerlichen Jugend, die immer stärkere Bedeutung gewinnt, kann uns nur willkommen sein. Freilich müßte dann die Weltjugendliga sich grundsätzlich der Arbeit und Aufklärung in eben dieser gesamten bürgerlichen Jugend, der sie infolge ihrer intellektuellen Einstellung zugeordnet bleiben wird, widmen. Daß darüber durchaus noch keine Klarheit besteht, zeigte zuletzt wieder der Gautag des Mitteldeutschen Gaus der Weltjugendliga, der in Neuwallwitz in Sachsen stattfand und etwa 25 Vertreter aus ganz Sachsen, unter anderen auch Jungsozialisten, zusammenführte. Die Weltjugendliga befindet sich nach dem Referat des Studenten Blau aus Leipzig noch durchaus im Stadium des Aufbaus. Aus der lose und zentral nach Berlin gegliederten Mitarbeiterschar der ersten 3 Jahre erwuchs nach und nach, zumal nach den kritischen Zeiten des Belagerungszustands und besonders nach der Reichsexekutive gegen das "rote" Sachsen-Thüringen, ein weitverästelter

Bund, in dem offensichtlich die Junglehrerschaft eine besondere Rolle spielt. Auch die In- und Auslandstreffen, die infolge ihrer starken Werbe- und Klärungskraft in größerem Ausmaß veranstaltet werden müßten, haben weite Kreise vor das Novum Weltjugendliga gestellt. Zum Beispiel das Hellerauer Treffen, zu dem sich Teilnehmer in beträchtlicher Zahl aus Skandinavien, Finnland, den östlichen Randstaaten, Polen, Tschechien, Bulgarien, Italien, der Schweiz, Frankreich, Holland, England, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern zusammengefunden hatten: wer vergäße etwa das eigenartige Bild der modisch gekleideten dänischen Bauernvolkshochschüler inmitten der zünftigen deutschen Jugend? (Für den Spätsommer ist im böhmischen Grenzland wiederum eine Zusammenkunft geplant). Der von der Berliner Zentrale eingerichtete Briefwechsdienst nach fast allen Ländern der Erde, der vielfältige Zeitungen- und Zeitschriftenaustausch, die Zeitungskorrespondenz und Nachrichtensammelstelle, die Beratungsstelle für Auslandsfahrer usw. haben ohne Zweifel bereits große Bedeutung gewonnen. Zur Erleichterung des Verkehrs will der Verband sich auch einer Welthilfssprache bedienen; er hat sich für das Ido entschieden und will späterhin alle Nachrichten auch in dieser Sprache erscheinen lassen.

Der sächsische Gautag hat vor allen Dingen erkannt, daß in diesen politisch gespannten und entscheidenden Zeiten eine aktive Mitarbeit zu leisten ist. Die Weltjugendliga will zu ihrem Teil an der Niederringung der Gewaltmethoden in jeder Form beitragen. Es war eine Freude alle die vielen jungen Leute beider Geschlechter sich so bewußt und so entschlossen für ihre Ideen einsetzen zu sehen. Heil dir du junge Lehrerschaft, die du jetzt, 10 Jahre nach dem Ausbruch der furchtbarsten europäischen Katastrophe, entschlossen bist der Verherrlichung des Krieges in unserer Jugend ein Ende zu machen! Wirf deine Netze weit, damit die Zukunft eurer werde. Es darf nicht sein, daß auch diese Jugend ihrer Aufgabe untreu wird, daß sie verzagt oder, wie die Freideutschen, dem öden, weltentfremdeten Spintisieren und Problembieren verfällt.

Über den äußern Verlauf der Tagung ist nicht viel zu sagen. Sie wurde absichtlich klein und still gehalten. Immerhin empfiehlt sich künftig auch eine weckende Aktion, die den Kontakt mit der Gesamtbevölkerung sucht.

Stegfried Muschter.